



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

**Wahlprogramm zur
Bürgerschaftswahl 2020**
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg

„Die Mitte lebt!“

(Beschlossen vom Landesparteitag
am 25./26. Oktober 2019)

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdphamburg.de/wp-content/uploads/Wahlprogramm-FDP-Hamburg-2015.pdf>; 10.2.2020
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-1113

Programm der Hamburger Freien Demokraten zur Wahl der Bürgerschaft am 23. Februar 2020

Auch in Hamburg werden viele politische Entscheidungen immer stärker von Emotionen geprägt.

Für das Klima, gegen das Auto.

Für Enteignungen, gegen Investitionen.

Für Links, für Rechts.

Oder gleich für einen ganzen Systemwechsel.

Wir haben dabei den Eindruck, Politik wird immer mehr von Rändern für Ränder gemacht.

Der große Verlierer: Die bürgerliche Mitte!

Menschen, die an diese Stadt und ihre Stärken glauben. Und die ihre Werte nicht dem Trend opfern.

Diesen Menschen wollen wir zurufen: Ihr seid nicht allein!

Wir Freie Demokraten in Hamburg sind an Eurer Seite.

Mit einer Politik, die auf Sachverstand gebaut ist und nicht auf Emotionen.

Die die Grundlagen unseres Wohlstands schützt und weiterentwickelt.

Die unsere Wirtschaft wieder in den Blick nimmt.

Die auf die Umsetzung der beschlossenen Bildungspolitik achtet.

Die unsere Stadt ideologiefrei in die Mobilität der Zukunft führt. Die das Vertrauen in den Rechtsstaat wieder stärkt.

Kurz: die dafür sorgt, dass die Politik sich wieder um Hamburg kümmert – und nicht um sich selbst.

Geben wir unserer Stadt ihre Handlungs- und Zukunftsfähigkeit zurück. Und senden wir dazu ein Signal, das in ganz Deutschland gehört werden kann:

DIE MITTE LEBT!

Mit Anna von Treuenfels hat die bürgerliche Mitte in Hamburg wieder ein Gesicht!

Ohne Scheu vor Kontroversen setzt sie sich als Spitzenkandidatin der Freien Demokraten wie keine andere für die Werte unserer Mitte ein: klar und verbindlich, authentisch und leidenschaftlich.

Inhaltsverzeichnis

01. Hamburg – Stadt der Chancen	3
02. Beste Bildung und lebenslanges Lernen.....	4
03. Wissenschaft und Forschung fördern	15
04. Wirtschaftsentwicklung durch mehr Innovationen.....	21
05. Hamburger Hafen – Herz der Hamburger Wirtschaft.....	34
06. Selbstbestimmung und Innovation im Arbeitsmarkt	38
07. Rechtsstaat und Innere Sicherheit garantieren.....	41
08. Stadtteile und Quartiere mit Augenmaß entwickeln	51
09. Öko-urbane Metropole Hamburg	55
10. Mobilität gewährleisten – Verkehr muss fließen.....	61
11. Gesundheit fördern	69
12. Soziale Stadt für Familien und alle Generationen.....	74
13. Kultur fördern und Medienstandort ausbauen.....	84
14. Sport und Bewegung für die Active City.....	89
15. Stadt und Verwaltung modernisieren	92
16. Finanzen – Haushalt und Konzern entschulden	94

01. Hamburg – Stadt der Chancen

Immer mehr Menschen wohnen und arbeiten in Hamburg – unsere Stadt wächst. Wir Freie Demokraten sehen diese Entwicklung als große Chance, denn mit neuen Bewohnern kommen auch neue Ideen, Lebensweisen, Kulturen, Nachbarn und Freunde zu uns und bereichern unseren Alltag und unser Umfeld.

All diese Menschen verdienen eine Politik, die ihnen etwas zutraut. Sie verdienen, dass Hamburg eine Stadt der Chancen wird, in der sie ein selbstbestimmtes Leben in Verantwortung für ihre Familien und die Gesellschaft führen können.

Wir Freie Demokraten wollen Hamburg fit für die Zukunft machen. Digitalkompetenzen und technologisches Grundwissen müssen bereits in der Kita und in der Grundschule vermittelt werden, damit unsere Kinder in der Zukunft durchstarten können.

Der Verkehr muss fließen, indem wir Baustellen besser koordinieren, die Verkehrswege modernisieren, den HVV ausbauen und den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen. Gleichzeitig müssen in Hamburg Impulse zur Entwicklung neuer Technologien für individuelle Mobilität gesetzt werden, auch im Interesse des Erhalts und der Schaffung zukunftsfähiger industrieller Arbeitsplätze. Ein Ausspielen von Fortbewegungsmitteln wird es mit uns nicht geben, denn ideologiefrei und sachbezogen stellen wir immer unsere Stadt mit all ihren Erfordernissen und das Wohlergehen ihrer Einwohner in den Vordergrund.

Damit Wohnen in Hamburg bezahlbar bleibt, sind neben verstärkten Anstrengungen beim Wohnungsbau auch neue Wege notwendig. Es muss endlich Schluss sein mit weiteren Regulierungen und veralteten Bauvorschriften.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hamburg soll bei modernem Umweltschutz, der Energieerzeugung und der Schonung natürlicher Ressourcen technologisch führend werden. Hamburg hat dazu das unternehmerische Know-how und verfügt über leistungsfähige Hochschulen. Umweltrelevante Entscheidungen werden wir im Interesse der Effizienz und nicht aus parteipolitischem Opportunismus treffen.

Hamburg muss lebenswert und sicher sein, damit alle Menschen sich hier wohlfühlen und gerne in unserer Stadt leben.

Bei all dem setzen wir auf Innovationen statt Ideologie, Freiheit statt Verordnungen und Kreativität statt Bevormundung. Denn wir trauen den Menschen etwas zu.

Die Bürgerschaftswahl bietet Ihnen als Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik in Hamburg zu nehmen. Mit Ihren Stimmen für die Hamburger Freien Demokraten wählen Sie den mutigen Weg in Richtung Zukunft.

Wir Freie Demokraten sind bereit, Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen und mit allen demokratischen Akteuren zusammenzuarbeiten, um unsere Stadt voranzubringen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnen wir dabei auf allen Ebenen ausdrücklich ab. Auch eine Koalition mit den Linken schließen wir aus.

02. Beste Bildung und lebenslanges Lernen

Beste Bildung in allen Lebensphasen ist das zentrale gesellschaftspolitische Ziel, das wir erreichen müssen.

Während andere bei ihrem Verständnis des Sozialstaats von einem Bürger ausgehen, der wie ein unmündiges Kind an die Hand genommen werden muss, wollen wir die Menschen durch beste Bildung zu einem selbständigen Leben befähigen. Wir sind der Überzeugung, gute Kitas und Schulen sowie weiterführende Angebote dualer Ausbildungsgänge und das Studium an unseren Hochschulen sind die beste Sozialpolitik für unser Land. Wir wissen, dass Menschen unterschiedlich sind – das sehen wir auch als Chance für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Damit dies gelingt, sollen alle Menschen gleiche Chancen auf Bildung haben. Ihr Bildungserfolg darf nicht länger vom Elternhaus bestimmt sein.

Von der frühen Förderung in den Kitas über die Schule bis zur Berufsausbildung ist ein Modernisierungsschub in Hamburg überfällig – von Inhalten über Methoden bis zu den Ressourcen. Beim zu schaffenden zweiten Bildungssystem für ein lebensbegleitendes Lernen stehen wir dabei erst am Anfang. Viele individuelle Lebensbiografien und der Strukturwandel machen diese Aufgabe zur Herausforderung.

Die angestoßene Reform des Bildungsföderalismus erlaubt mehr Engagement des Bundes, das wir konkretisieren wollen. Zugleich ist dieser Schritt nur der Beginn einer grundlegenden Neubestimmung der Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen, die auch die Selbstverantwortung der einzelnen Schule stärken soll.

Bundesweit einheitliche Bildungsstandards

Der schulpolitische Flickenteppich wird immer mehr zur Belastung für Schüler, Lehrer und Eltern. Ein Umzug in ein anderes Bundesland ist für die meisten Familien aufgrund der verschiedenen Leistungsanforderungen eine Zumutung. Bereits am Ende der Grundschule müssen Viertklässler in Bayern einen deutlich umfangreicheren Wortschatz erlernt haben als die Schüler in Bremen. Das setzt sich bis zum Abitur fort, das von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich schwer ist. Jeder Schüler verdient es, beste Bildung zu erhalten – unabhängig vom Wohnort. Daher brauchen wir bundesweit einheitliche, ambitionierte Bildungsstandards in allen Fächern – auch um bundesweite Abschlussprüfungen in weiteren Fächern zu ermöglichen. Denn Bildungsstandards schaffen die Grundlage für erfolgreichen Unterricht mit der Vermittlung von Wissen, Fachlichkeit und grundlegenden Kompetenzen.

Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot

Die vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Änderung des Grundgesetzes mit Artikel 104c war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir Freie Demokraten hätten uns mehr gewünscht. Die Festlegung bundesweit einheitlicher und ambitionierter Bildungsstandards und deren verbindliche Durchsetzung, neue Aufgaben und Möglichkeiten im Zuge der Digitalisierung sowie die Qualifizierung und medienkompetente

Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals sowie die damit verbundene notwendige Ressourcenausstattung können Bund und Länder nur gemeinsam im Rahmen einer verfassungsrechtlich abgesicherten Kooperation erfolgreich leisten.

Wir halten deshalb an unserem grundsätzlichen Ziel fest, über einen geänderten Artikel 91b Absatz 2 Grundgesetz dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen zur Sicherstellung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können. Damit wollen wir Freie Demokraten die verfassungsrechtliche Grundlage für einen modernen Bildungsföderalismus im 21. Jahrhundert schaffen.

Zentralabitur und bundeseinheitliche Mittlere Reife

Mit der Entwicklung zukunftsfähiger Bildungsstandards werden bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur in weiteren Fächern möglich. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife werten diesen Schulabschluss auf und garantieren das notwendige Maß an Harmonisierung auf dem Weg zu einem Zentralabitur. Die Vergleichbarkeit der Abschlussprüfungen wird auch durch einen gemeinsamen Bewertungsmaßstab sichergestellt.

Mehr Freiräume für die selbstverantwortete Schule

Wir wollen, dass der Bund die Entwicklung von bundesweit einheitlichen und ambitionierten Bildungsstandards fördert, die Länder innerhalb dieser gemeinsam gesetzten Standards ihre Schulsysteme ausgestalten und die Schulen eine möglichst große Freiheit erhalten, wie sie die Bildungsziele erreichen können.

Wir Freie Demokraten stehen zur selbstverantworteten Schule. Sie soll weitgehend frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbildung und Personal entscheiden. Wir möchten die Freiheit der Schulen zur Entwicklung des besten Konzepts für den eigenen Schulstandort stärken, das sich an den Konzepten anderer Schulen messen lassen muss. Außerdem soll es mehr Transparenz für Eltern und Schüler geben, damit es ihnen leichter fällt, die passende Schulform und Schule auszuwählen. Es soll eine regelmäßige transparente Evaluation der einzelnen Schulen durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen im Internet veröffentlicht werden.

Digitalpakt 2.0

Der Digitalpakt konzentriert sich fast ausschließlich auf die technische Infrastruktur und schöpft die neuen Möglichkeiten nach der letzten Grundgesetzänderung nicht voll aus. Technische Ausstattung allein revolutioniert die Bildung aber nicht. Die Technik muss nutzbar gemacht werden. Deshalb werden wir über den Bundesrat eine Initiative unterstützen, die mehr Möglichkeiten eröffnet: IT-Administratoren müssen die technische Ausstattung warten, das können Lehrkräfte nicht nebenbei leisten. Für die Nutzung der Technik müssen Lehrkräfte aus- und weitergebildet werden. EdTech-Coaches können Schulen ganzheitlich beraten, indem sie die Entwicklung von Medienkonzepten begleiten, technische Lösungen empfehlen und didaktische

Konzepte vermitteln. Digitale Lernplattformen und Lernmittel müssen auskömmlich finanziert werden. Die bei der Nutzung digitaler Lernmittel entstehenden Daten müssen geschützt und zugleich für Learning Analytics und Educational Data Mining zugänglich gemacht werden.

Technische Infrastruktur und Administration

Die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche digitale Bildung, für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien und eine reibungslos funktionierende digitale Schulverwaltung ist eine moderne und leistungsstarke digitale Infrastruktur. Hier sehen wir noch deutlichen Verbesserungsbedarf an Hamburgs Schulen. Wir wollen, dass WLAN in jedem Klassenzimmer zur Selbstverständlichkeit und die technische Infrastruktur der Schulen durch professionelle Systemadministratoren gewartet wird.

Durch die Einrichtung eines Koordinators für Digitale Bildung soll die Umsetzung der Maßnahmen des „DigitalPakts Schule“ optimiert und vorangetrieben werden. Weiter sollen die Schulverwaltungen konsequent digitalisiert werden, damit Verwaltungsabläufe optimiert werden können. Außerdem soll ein digital gestütztes Qualitätsmanagement eingeführt werden.

Das digitale Klassenzimmer

Hamburgs Schulen müssen den digitalen Fortschritt willkommen heißen. Wir Freie Demokraten wollen das digitale Klassenzimmer realisieren, das die neuesten technischen Möglichkeiten für die Bildung unserer Kinder gemäß den didaktischen Anforderungen nutzbar macht.

Mithilfe des digitalen Klassenzimmers ist die individuelle Förderung jedes Kindes ohne großen personellen Mehreinsatz möglich, weil Pädagogen zukünftig den Lernfortschritt jedes einzelnen Schülers zu jeder Zeit beobachten und bei Bedarf sofort fördernd eingreifen können. Sollte ein Schüler mehrfach an derselben Aufgabe scheitern, kann sofort der fehlende oder nicht verstandene Inhalt individuell erklärt werden.

Digitales Lehren und Lernen an allgemeinbildenden Schulen

Digitale Bildung hat das Potenzial, durch ganz neue Formen des Lehrens und Lernens die Qualität der Schulbildung außerordentlich anzuheben. Sie kann aber den traditionellen Schulunterricht nicht ersetzen. Vielmehr geht es darum, die klassische Präsenzlehre mit digitalen Technologien in Hinblick auf einen Mehrwert für den Lernerfolg sinnvoll zu erweitern.

Die Grundlage hierfür soll eine Bildungs-Cloud für Hamburgs Schulen bilden. Jede Schule soll über ein digitales Lern-Management-System verfügen, das aus einer internetgestützten Lernplattform mit Informations-, Kommunikations- und Assessmentfunktionen sowie Schulverwaltungswerkzeugen mit einer integrierten Qualitätsmanagementfunktion besteht. Im Unterricht sollen digitale Schulbücher und Lernmaterialien genutzt werden können.

Besonders wichtig ist uns die Förderung des spielerischen und interaktiven Erwerbs von Digital- und Technologiekompetenz, zum Beispiel durch das Programmieren kleiner Roboter oder den Einsatz von Lernspielen. Auch der Einsatz von visuellen Programmiersprachen (Blocksprachen) soll ausgeweitet werden, um Schüler an das Thema Programmieren heranzuführen. Weiter möchten wir die Lehre innovativer gestalten und freie digitale Materialien für den Unterricht fördern sowie einen Innovationspreis für digitale Bildung einführen, der besondere Konzepte und deren Umsetzung prämieren soll.

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen (z.B. Programmiersprachen, der Umgang mit Themen wie Fake News, Datenschutz oder Cyber-Sicherheit die Nutzung von Text, Datenbearbeitungs- und Präsentationsprogrammen) geschieht am effizientesten im Informatikunterricht. Unser Ziel ist es, Informatik als Pflichtfach möglichst früh in den Stundenplan der Sekundarstufe I einzuführen.

MINT-Offensive

Wir Freie Demokraten wollen über die Bund-Länder-Kooperation auch die Attraktivität der MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – in der Schule steigern. Mit einer MINT-Offensive wollen wir dazu MINT-Labore in den Schulen einrichten. Damit wollen wir auf dem neuesten Stand der Technik und mit entsprechend fortgebildetem Lehrpersonal mehr junge Menschen für die MINT-Fächer begeistern. In diesen Laboren können für den Unterricht noch junge Technologien wie Holografie oder Virtual und Augmented Reality in den Schulalltag integriert werden.

Planetariumsbesuch für Grundschulkinder

Wir Freie Demokraten möchten erreichen, dass jedes Grundschulkind in Hamburg die Chance auf einen Besuch im Planetarium erhält. Analog zu den Bemühungen, jedem Hamburger Schulkind im Verlauf seiner Schulzeit einen pädagogisch wertvollen Besuch der Elbphilharmonie zu ermöglichen, sollten ähnliche Anstrengungen auch hinsichtlich des Planetariums Hamburg unternommen werden. Dies kann ein wichtiger Baustein für die Entwicklung eines ganzheitlichen aufgeklärten Weltbildes sein und sollte daher altersgerecht bereits während der Grundschulzeit erfolgen.

Vereinbarte Maßnahmen des Schulstrukturfriedens zügig umsetzen

Wir Freie Demokraten konnten in den Verhandlungen zum Schulstrukturfrieden und mit der erreichten Einigung maßgebliche Verbesserungen für das Hamburger Schulsystem erzielen. Wir werden für eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen sorgen, im Einzelnen:

Fokus auf die Wissensvermittlung

Schüler müssen auf einen konkreten Wissenskanon zurückgreifen können, um auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein. Zu lange hatte es aber in den Bildungsplänen ein Ungleichgewicht zwischen den sogenannten „Kompetenzen“ und echtem Wissen gegeben. Wir Liberale setzen uns daher für eine zügige und konse-

quente Überarbeitung der Bildungspläne ein. Es muss endlich wieder etwas zu lernen geben!

Kernkompetenzen stärken

Die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlage eines gelingenden Bildungsweges. Auf diesen Kernkompetenzen fußen soziale Teilhabe und Erfolg in Ausbildung, Studium und Beruf. Die Stärkung dieser Kernkompetenzen ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und wir setzen uns weiterhin dafür ein.

Hoher Anspruch bei allen schulischen Abschlüssen

Wir wollen die Aussagekraft der in Hamburg erworbenen Schulabschlüsse erhöhen. Hamburger Schulabschlüsse müssen bundesweit und international nicht nur anschluss-, sondern wettbewerbsfähig sein. Deswegen setzen wir uns für höchste Qualität und einen hohen Anspruch bei sämtlichen Schulabschlüssen ein.

Effektive Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall

Auch der beste Unterricht kann nur wirken, wenn er stattfindet. Aus diesem Grund ist es uns besonders wichtig, die vereinbarten Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall schnell umzusetzen. Die Zielvorgaben sind unbedingt einzuhalten, damit insgesamt der Unterrichtsausfall abgebaut wird. Um dies zu unterstützen und mehr Fachunterricht zu gewährleisten, setzen wir auf den Einsatz eines effektiven Vertretungsmanagements an den Hamburger Schulen.

Ausreichend Lehrer

Zur Sicherstellung der Umsetzung von Lehrinhalten müssen den Schulen schon jetzt und nicht erst in Zukunft mit Blick auf noch weiter steigende Schülerzahlen ausreichend Lehrer zur Verfügung stehen und entsprechend ausgebildet bzw. für den Einsatz in Hamburg eingeworben werden.

Individuelle Förderung der Schüler

Im Fokus aller schulischen Arbeit muss immer die optimale Förderung aller Schüler, der lernschwachen und der lernstarken, stehen. Wir wollen eine weitaus individuellere Förderung der Schüler ermöglichen, sei es durch differenzierte Angebote in Lerngruppen, besseren Nachhilfeunterricht oder die Möglichkeit freiwilliger Klassenwiederholungen. Für uns steht fest: Jeder Schüler ist einzigartig und hat große Potenziale. Wir müssen diese nur wecken.

Professionelle Schulverwaltung für Hamburgs Schulen

Wir wollen, dass Lehrer sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: guter Unterricht. Deswegen haben wir es ermöglicht, an den Schulen ausgebildete Verwaltungskräfte einzusetzen. Auch weiterhin werden wir uns für eine Professionalisierung der Schulverwaltung stark machen.

Nachhaltige Schulentwicklungsplanung für Hamburg

Die Hamburger Schulentwicklungsplanung war über die letzten Jahre von Willkür und Einzelfallentscheidungen geprägt. Der Senat hat eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung verschlafen und weder ausreichend neue Schulen gebaut noch vorhandene Schulen ohne qualitative Einbußen hinreichend räumlich erweitert. Der ak-

tuelle Schulentwicklungsplan bildet den Bedarf in den Bezirken nicht vollumfänglich ab. Was im Zeitraum bis 2030 für den Schulbau geplant ist, bildet im Wesentlichen nur die aktuelle Situation ab. Zudem sind die privaten Schulen und die Förderschulen nicht einbezogen worden. Diese müssen für eine nachhaltige Schulplanung aber berücksichtigt werden.

Die Schulentwicklung muss zudem in einem engen Dialog mit den Beteiligten vor Ort erfolgen, um die Anforderungen an den Schulbau realistisch zu ermitteln. Nur so können den lokalen Rahmenbedingungen entsprechende Lösungen gefunden werden. Wir setzen uns für eine an dem realen Bedarf in den Bezirken ausgerichtete, nachhaltige, partizipative und transparente Schulentwicklungsplanung ein, damit alle Schüler in Zukunft einen angemessenen Platz zum erfolgreichen Lernen haben.

Hamburgs Schulbau sorgt immer wieder für Spannungen mit Nachbarschaften vor Ort. Wir möchten eine bessere Einbindung der Anwohner in die Schulentwicklungsplanung und den Schulbau erreichen und für mehr Transparenz bei den Bauprojekten sorgen. Das Vertragsmanagement mit Dienstleistern muss professionalisiert werden, ebenso wie eine professionelle Baubegleitung erforderlich ist, um Bauänderungen zu koordinieren und freizugeben. Es darf nicht sein, dass Handwerker bei Planungsmängeln am Ende auf den Kosten für zusätzliche Tätigkeiten sitzen bleiben.

In Hamburg hängen Bildungschancen besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, setzen wir uns für die Gründung von Talentschulen nach dem Vorbild in NRW ein. Wir wollen exzellente Gymnasien und Stadtteilschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung dahin bringen, wo sie am dringendsten benötigt werden und maximalen Effekt erzielen, in kinderreiche Stadtteile mit den größten sozialen Herausforderungen.

Durchlässigkeit der Bildungswege ermöglichen

Nicht alle Kinder und Jugendliche entwickeln sich mit gleicher Geschwindigkeit. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie jeweils die Schulform besuchen, die für ihre Bedürfnisse die besten Bildungsangebote vorweist. Die Wahl einer weiterführenden Schule soll durch unverbindliche Selbsttests und Empfehlungen durch Lehrer vereinfacht werden, zudem soll der Wechsel zwischen den Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule an geeigneten Zeitpunkten in beide Richtungen vereinfacht werden. Dafür bedarf es besser abgestimmter Lehrpläne und einer unbürokratischen Wechselhilfe. Damit soll ebenso ein unbürokratischer Wechsel von Schülern aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland in das Hamburger Schulsystem ermöglicht werden.

Erste und mittlere Bildungsabschlüsse stärken

Um dem Fachkräftemangel wirksam und nachhaltig zu begegnen, muss er dort bekämpft werden, wo er entsteht, nämlich in der Schule. Eine Berufsausbildung ist ein ebenso guter Start in ein erfolgreiches Berufsleben wie das Abitur. Deshalb braucht es eine Stärkung des ersten und mittleren Bildungsabschlusses mit einer intensiven

Vermittlung der Kernkompetenzen für alle Schüler: sicheren Lesens, Beherrschung der Rechtschreibung und Grundfertigkeiten in der Mathematik.

Schüler brauchen vor Beginn einer Ausbildung eine realistische Vorstellung vom künftigen Arbeitsalltag. Deshalb müssen die berufsvorbereitenden Praktika unter Einbindung von Handwerk, Handel und Start-ups ausgebaut werden. Alle Lehrkräfte brauchen regelhaften Kontakt zu Ausbildungsbetrieben und müssen entsprechend aus- und fortgebildet werden.

Auch die Unternehmen selbst müssen an die Schulen geholt werden. Wir wollen umfangreiche schulische und außerschulischen Programme unter Einbindung der hamburgischen Wirtschaft einrichten, die junge Menschen über Karrierechancen im Rahmen einer betrieblichen Ausbildung informieren.

Berufliche Bildung stärken

Eine moderne und wachsende Großstadt muss ihrer Jugend die besten Zukunftschancen bieten. Die duale Ausbildung ist in diesem Zusammenhang ein deutsches Erfolgsmodell und dieses müssen wir stärken. Wir Freie Demokraten sagen klar: Ein Meister muss in der gesellschaftlichen Anerkennung so viel Wert sein wie ein Master!

Unser Anspruch an die Berufsschulen ist Exzellenz. Deshalb braucht es eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung analog zur akademischen. Dabei sollen Berufsschulen mit einer besonders starken zukunftsorientierten Ausrichtung durch Bund- und Länderprogramme gefördert werden. Um besondere Talente zu fördern, wollen wir zudem ein Begabtenförderungsprogramm für Auszubildende auflegen.

Die Ausbildungsverhältnisse von Berufsausbildung und Studium müssen angeglichen werden. Das fängt schon bei den grundlegenden Dingen an. Für Auszubildende wollen wir Wohnkonzepte analog der Wohnheime für Studenten entwickeln. Auch die Durchlässigkeit zwischen den Systemen muss verbessert werden. Deshalb setzen wir uns für eine transparentere Anrechenbarkeit von in der Ausbildung erbrachten Leistungen auf das Studium ein.

Wir wollen jungen Auszubildenden die besten Chancen für eine erfolgreiche Karriere geben. Dafür brauchen sie das richtige Rüstzeug, deshalb müssen die Themenbereiche Wirtschaft, Unternehmensgründung und Selbstständigkeit regelhafter Unterrichtsinhalt in den Berufsschulen sein.

Vermittlung von Digitalkompetenz an Berufsschulen

Nahezu alle Ausbildungsberufe sind umfassend von der Digitalisierung betroffen. Dennoch findet die Berufsausbildung noch immer überwiegend analog statt. Eine moderne berufliche Bildung muss den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt vollenfänglich gerecht werden.

Dafür müssen alle Berufsbilder und Ausbildungsberufe stetig evaluiert und an die Entwicklung in der Arbeitswelt angepasst werden. Die beruflichen Schulen Hamburgs brauchen die bestmögliche technische Infrastruktur und Ausstattung. Moderne Tech-

nologien, wie Virtual und Augmented Reality, müssen konsequent und sinnvoll in der beruflichen Bildung genutzt werden. Deshalb wollen wir digitale Bildung als verpflichtendes Segment in der Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrer implementieren.

Wissen aus der Praxis muss konsequent genutzt werden. Wir setzen uns für mehr praxisnahe Weiterbildungen in Kooperation mit Technologieunternehmen an den Berufsschulen ein. Hierbei müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung auch effizient eingesetzt werden, z.B. durch die Nutzung von Massive Open Online Courses (MOOCs), das sind hochwertige interaktive Online-Kurse, die weltweit zugänglich sind. Die Digitalisierung macht es möglich, jedem Berufsschüler einen dezentralisierten Zugang zu spezialisierten Ausbildungsmodulen zu geben. Dafür ist eine Bildungs-Cloud für Berufsschulen einzurichten.

Bessere Förderung hochbegabter Schüler

Schüler mit Hochbegabung und besonders leistungsfähige Schüler müssen an Hamburgs Schulen optimal gefördert werden. Hierzu bedarf es geeigneter Maßnahmen zur Förderung hochbegabter Schüler als verpflichtenden Teil der Lehrerausbildung und -fortbildung. Die Diagnose- und Prognosefähigkeiten sollen dabei gestärkt und spezielle Unterstützungsangebote für Schüler mit Hochbegabung in allen Schulformen ausgebaut werden. Hochbegabten und besonders leistungsfähigen Schülern soll zudem die Aufnahme eines Frühstudiums erleichtert werden.

Wahlfreiheit bei Inklusion gewährleisten und Förderschulen erhalten

Als Freie Demokraten stehen wir zu dem Recht auf Inklusion. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Individualität und Chancengleichheit auch für Kinder mit Leistungseinschränkungen gelten. Das Recht auf Inklusion darf daher nicht zur Pflicht werden. Stattdessen soll es eine Wahlfreiheit zwischen Förder- und Regelschule geben, damit jedes Kind in einem geeigneten Umfeld lernen kann. Wir setzen uns für den Erhalt und für eine gute Ausstattung der Förderschulen ein. Jedes Kind mit besonderem Förderbedarf soll zudem durch eine Einzelfalldiagnostik besonders in der Schulwahl unterstützt werden.

Programm gegen Schulabbruch

Mehr als 1.000 Schüler verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss. Ohne Schulabschluss haben die meisten von ihnen geringe Chancen, einen geregelten Beruf zu ergreifen. Hamburg benötigt daher dringend Programme gegen den Schulabbruch. Bestehende Angebote in Hamburg, aber auch in anderen Bundesländern sollen weiter geprüft und bei Tauglichkeit für Hamburg optimiert und in bedarfsgerechter Anzahl angeboten werden. Wir möchten hierzu die zuständigen Behörden wie Jugend- und Sozialämter, die Schulen und die betroffenen Familien besser miteinander vernetzen, damit diese einen gemeinsamen Plan für die Erreichung eines Schulabschlusses potenzieller Schulabbrecher festlegen können. Ziel soll es sein, einen Plan zur Vermeidung von Fehlzeiten zu vereinbaren und Schüler mit einem erhöhten För-

derbedarf unbürokratisch und zeitnah in geeignete Förderprogramme aufzunehmen. Die regelmäßige Teilnahme am Unterricht sowie eine individuelle Förderung sind maßgeblich für den schulischen Erfolg, unentschuldigte Fehlzeiten dürfen nicht geduldet werden.

Mobbing entgegentreten

Mobbing ist ein ernstes Problem für die Persönlichkeitsentwicklung vieler Kinder und Jugendlicher. Das Aufkommen von Cybermobbing ist in den letzten Jahren zu einem zunehmenden Problem an Schulen geworden. In der Lehrerausbildung und -fortbildung muss dieses Thema einen höheren Stellenwert erhalten. Wichtig ist, dass Betroffene Ansprechpartner haben, an die sie sich vertrauensvoll wenden können und die auf eine professionelle Lösung des Problems hinwirken können. Erste Hilfe und der Fingerzeig zu einem Experten können zum Beispiel über eine entsprechende Hotline erfolgen. Zudem rufen wir die Schulen dazu auf, selbst ein Anti-Mobbing-Bekenntnis mit ihren Schülern zu entwickeln sowie als Kodex der Schule zu vereinbaren und zu leben.

Exzellente Aus- und Weiterbildung für Hamburgs Lehrer

Das Lehramtsstudium soll am realen pädagogischen Bedarf der verschiedenen Schulformen anspruchsvoll ausgerichtet und praxisnäher gestaltet werden. Wir wollen, dass Hamburgs Lehrer optimal auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Bereits vor einem möglichen Lehramtsstudium möchten wir die Studienwahl durch freiwillige Eignungstests erleichtern. Im Studium selbst sollen die verschiedenen Schulformen durch spezifische Aus- und Weiterbildungsinhalte gestärkt werden, welche an den Bedarfen der Schüler und den Profilen der Schulen ausgerichtet sind. Dabei sollen insbesondere Spezialisierungsangebote für die Bereiche Integration und Inklusion geschaffen und ausgebaut werden. Einen Einheitslehrer lehnen wir genauso wie eine Einheitsschule ab.

Praxis-Lehrer sorgen für neue Impulse. Persönlichkeiten aus Forschung und Wirtschaft sollen künftig ehrenamtlich oder auf Zeit den Unterricht bereichern und die Tätigkeit von Lehrern ergänzen. So wird auch die gesellschaftliche Verantwortung für die Bildung unserer Kinder konkret.

Hochwertiges und gesundes Schulessen

Die Gesundheit und Lernfähigkeit von Schulkindern müssen im Rahmen der Ganztagsbetreuung gewährleistet sein. Zudem ist Essen, das gut schmeckt, ein Stück Lebensqualität. Wir möchten an allen Schulen ein ernährungsphysiologisch hochwertiges Schulessen mit einer sozialverträglichen Preisgestaltung einführen, zudem sollen die Schüler eine Wahlfreiheit in Bezug auf eine fleischfreie Ernährung bekommen. Wir setzen uns für frei zugänglichen Trinkwasserzugang an allen Hamburger Schulen ein.

Bessere Kooperation mit Vereinen und Verbänden

Sportvereine, Bürgervereine, Geschichtswerkstätten aber auch Freiwillige Feuerwehren oder das Technische Hilfswerk können das Ganztagsprogramm von Schulen mit ihren Angeboten gewinnbringend ergänzen und dabei ihre Anliegen und Programme jungen Menschen besser vermitteln. Wir sehen hier viel Potenzial, Schüler für gesellschaftliche Themen und sportliche Aktivitäten zu begeistern. Gemeinsam mit Schulen, Schülern, Lehrern, Vereinen und Verbänden möchten wir dieses Potenzial in Hamburg konsequent nutzen. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden ein, um das Ganztagsangebot der Schulen zu bereichern.

Kita-Plätze wohnortnah bereitstellen

Für Eltern in Hamburg wird es in vielen Teilen der Stadt zunehmend schwer, für den Bedarfszeitraum einen wohnortnahen Kita-Platz zu finden. Der vorhandene Bedarf muss effektiver erhoben werden, um den Anbietern von Kindertagesbetreuung eine gute Grundlage für die Entscheidungsfindung zu geben, an welchen Orten neue Einrichtungen entstehen sollen. Gerade in bestehenden Quartieren kann es schwer sein, geeignete Standorte für eine Kita zu finden, zum Beispiel, weil es keine Möglichkeit gibt, eine ausreichende Außenfläche in bereits verdichteten Nachbarschaften zu realisieren. Statt einer formelhaften Standardvorgabe kann in solchen Fällen auch eine Genehmigung nach einem Punktesystem möglich sein. Für neue Quartiere soll gelten, dass ein bedarfsgerechtes Kita-Angebot integraler Bestandteil der Gesamtplanung ist.

Betreuungsschlüssel verbessern

Die tatsächliche Betreuungssituation in den Kinderbetreuungseinrichtungen unterscheidet sich stark von den ausgegebenen Zielen. Der offizielle Krippenbetreuungsschlüssel beträgt in Hamburg 1 : 4,7 (ein Erzieher auf im Schnitt 4,7 Kinder). Die Studie der Bertelsmann-Stiftung 2019 berechnete den tatsächlichen Schlüssel allerdings auf 1 : 7,1, also eine um mehr als 50 % schlechtere Quote als angegeben. Diese Trickserei muss aufhören. Das bedeutet,

- Fortbildungen, Krankheit, Urlaub und mittelbare Pädagogik müssen künftig vollständig im Betreuungsschlüssel abgebildet werden,
- Kräfte mit einer geringeren Qualifikation als eine Zweitkraft dürfen nicht mehr oder nur noch anteilig in den Schlüssel eingerechnet werden,
- künftig auf den verwirrenden Unterschied zwischen einem „rechnerischen“ und einem „realen“ Betreuungsschlüssel zu verzichten,
- es darf Trägern nicht mehr erlaubt werden, zeitlich unbegrenzt und ohne Angabe von Gründen sowie ohne dies zu melden, die Zielbetreuungsquote um 10 % zu unterschreiten.

Diese Maßnahmen erlauben einen offenen Blick auf die tatsächliche Betreuungssituation vor Ort und legen damit die Basis für eine ehrliche und schrittweise Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation. Dies wollen wir erreichen, indem wir

- die Erzieherausbildung reformieren und attraktiver machen, zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung,
- die Anwerbung ausgebildeter Fachkräfte mit ausreichenden Sprachkenntnissen aus dem Ausland erleichtern, zum Beispiel durch eine Aufnahme des Erzieherberufs auf die Positivliste der Bundesagentur für Arbeit,
- Quereinsteigern eine praxisorientierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz leichter ermöglichen,
- Wohnheime für Erzieher in der Ausbildung schaffen, um durch Hamburgs Attraktivität mehr Bewerbern den Zuzug aus dem Umland zu ermöglichen.

Unser langfristiges Ziel der Fachkraft-Kind-Relation in der Krippe beträgt 1 : 4 nach den Kriterien der Bertelsmann-Studie.

Pädagogische Fläche in Kitas erweitern

Ein wichtiges Qualitätsmerkmal in der Kindertagesbetreuung neben der Fachkraft-Kind-Relation ist die Größe der pädagogischen Fläche. Die bestehenden Vorgaben müssen verbindlicher eingehalten werden. Schritt für Schritt muss die vorgehaltene Fläche je Kind vergrößert werden.

Bessere Anerkennung der Kindertagespflege

Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Baustein der Kinderbetreuung. Während in den letzten Jahren große Summen in den Bereich der Kindertagesstätten geflossen sind, trat die Kindertagespflege weitgehend auf der Stelle. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Arbeit besser anerkannt wird. Tagespflegekräfte müssen eine bessere Entlohnung erhalten.

Unterstützung bei der Einrichtung von Betriebskitas

Eltern müssen die Gewissheit haben, dass ihr Kind während ihrer Arbeitszeit sicher betreut wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen es daher Unternehmen aller Größen erleichtern, Betriebskitas aufzubauen und betriebsübergreifende Einrichtungen unterstützen.

Digitalkompetenz in der frühkindlichen Bildung

Die Weichen für Zukunftschancen werden schon sehr früh gestellt. Digitalkompetenz und technologisches Grundwissen sollen daher schon früh auf dem individuellen Bildungsweg vermittelt werden. Wir wollen daher den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen auf diesem Gebiet weiterentwickeln. Im Mittelpunkt stehen dabei eine nachhaltige Förderung der Medienbildung und eine frühe Sensibilisierung für die Chancen und Risiken der Internetnutzung, die den Kindern eine Orientierung im digi-

talen Raum ermöglicht. Parallel müssen auch Eltern und Erzieher die Möglichkeit einer entsprechenden Förderung erhalten.

Bewegungsförderung für Kinder neu aufsetzen

Die bisherige Förderung von Bewegung in der Kita durch das Programm „Bewegungskita“ konnte die Einrichtungen nicht überzeugen. Für den Bereich der frühen Bildung wollen wir ein neues Programm initiieren, welches für die Kitas deutliche Mehrwerte bei klaren und eindeutigen Fördervoraussetzungen bietet.

Schwimmunterricht und Wassergewöhnungskurse fördern

Schwimmen zu können, ist nicht nur in einer Stadt am Wasser wie Hamburg eine Frage der Sicherheit. Damit jedes Kind in Hamburg am Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen kann, also mindestens das Bronzeabzeichen absolviert hat, wollen wir die Wassergewöhnung und das Schulschwimmen konzeptionell weiterentwickeln.

Alle Kinder sollten bereits in der Kita-Zeit eine Wassergewöhnung erfahren. Jedes noch nicht schulpflichtige Kind in Hamburg sollte an einem Schwimmkurs teilnehmen können, um das Seepferdchen-Abzeichen zu erwerben.

An den Schulen muss so früh wie möglich Schwimmunterricht angeboten werden – Schwimmunterricht ab Klasse 3 kommt zu spät. Am Schwimmunterricht müssen alle Kinder teilnehmen, soweit keine medizinischen Gründe entgegenstehen. Jede unter hygienischen Gesichtspunkten angemessene Schwimmkleidung soll akzeptiert werden (Bikini, Badeanzug, Badehose, Burkini). Etwa hervorgebrachte religiöse Gründen zur Nichtteilnahme am Schwimmunterricht können die Notwendigkeit des Schwimmenlernens nicht überwiegen. Lehrer sollen bei Konfliktgesprächen mit Eltern besser unterstützt werden.

Kapazitäten in den städtischen Schwimmhallen für den Lehrbetrieb sind derzeit nur beschränkt vorhanden und müssen dringend erweitert werden.

Damit sich junge Menschen und Familien das Schwimmen leisten können, werden wir vergünstigte Tickets für Schwimmbäder für Auszubildende und Studenten sowie Familien einführen.

03. Wissenschaft und Forschung fördern

Die Förderung der Wissenschaft ist für die Zukunft Hamburgs von zentraler Bedeutung. Dabei ist uns die Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre besonders wichtig. Statt bestimmter Technologien wollen wir die Forschung an sich stärken, also technologieoffen bleiben.

Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern

Die Grundfinanzierung der Hochschulen wird derzeit lediglich um 0,88 % pro Jahr erhöht. Dies stellt nicht einmal einen Inflationsausgleich dar – eine faktische Kürzung. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Länderfinanzierung in vielen Bereichen, Hamburg macht sich also zunehmend abhängig von Bundesmitteln. Wenn wir Hamburg zu einer Metropole des Wissens machen wollen, müssen wir die landeseitige Finanzierung der Hochschulen verlässlich stärken. Dabei wollen wir auch private Hochschulen stärker als bislang berücksichtigen und eine Förderung analog zum Hochschulpakt entwickeln. Bundesmittel, die für die Wissenschaft vorgesehen sind, müssen auch tatsächlich in diesen Bereich investiert werden. Eine Zweckentfremdung wie bei den BAföG-Millionen lehnen wir ab.

Hochschulentwicklung in Hamburg durch mehr Innovation

Die Hamburger Hochschultradition beginnt nicht erst 1919 mit der Gründung der Hamburger Universität, sondern bereits 1613 mit einer Anzahl bedeutender Forscherpersönlichkeiten am Akademischen Gymnasium. Wir bauen auf diese Tradition: für die Bedürfnisse der Stadt, den Hafen und den Klima- und Hochwasserschutz, aber auch darüber hinaus, um Hamburg wirklich zu einem exzellenten Wissenschaftsstandort zu machen. Leitziel unserer Wissenschaftspolitik ist daher die Stärkung der Innovationskraft aller Hamburger Hochschulen sowie der Hamburger Akademie der Wissenschaften, damit sie im internationalen Maßstab Global Player werden und Hamburger Interessen wirkungsvoll vertreten. Denn nur innovative Hochschulen sind zukunftsfähig und sichern in Hamburg den Erfolg von Wissenschaft und Wirtschaft.

Vernetzung der Hochschulen über die Landesgrenze hinaus

Die Digitalisierung bietet große Chancen für eine bessere Hochschulvernetzung. Die derzeit angelegten Programme enden aber an der Landesgrenze, jedes Bundesland entwickelt seine eigenen Wissensnetzwerke. Wir wollen hier rechtzeitig Verbindungen aufbauen und Programme kompatibel machen, um die großen Potenziale einer länderübergreifenden Vernetzung der Hochschulen zu nutzen und eine Fragmentierung zu verhindern. Auch auf internationaler Ebene müssen rechtzeitig die Weichen für korrespondierende Netzwerke geschaffen werden.

Internationale Verbindungen als Chance begreifen

Wissenschaft lebt vom Austausch, auch über Staatsgrenzen hinaus. Wir werden Auslands- und Auslandsstipendienprogramme stärken und den Lehr- und Forschungsbetrieb in englischer Sprache fördern. Die Rückkehr von Forschern aus dem Ausland an unsere Hochschulen wollen wir erleichtern. Die Anerkennung ausländischer Studienleistungen muss verbessert werden.

Offene Hochschule

In Zeiten von Breitband, Clouds und Livestreams kann Hochschulbildung viel mehr Menschen erreichen, als in einen Hörsaal passen. Die technologische wie institutionelle Öffnung der Hochschulen ist nicht nur ein kluger Umgang mit begrenzten Mitteln, sondern auch ein wirksamer Einsatz für mehr Chancengerechtigkeit, flexible individuelle Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Offene Hochschulen sind in der Bildungslandschaft ein notwendiges und Erfolg versprechendes Zukunftskonzept für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien im Kontext des demografischen Wandels. Wir wollen daher ein reguläres Online-Studienangebot aufbauen und den flexiblen Erwerb von Scheinen und Zertifikaten im Rahmen nicht abschlussbezogener Weiterbildungsangebote ermöglichen.

Forschungsfreiheit

Aus liberaler Sicht ist Freiheit die zentrale Voraussetzung von Wissenschaft und Forschung. Wir setzen uns daher für Technologieoffenheit ein, insbesondere in zukunftsweisenden Feldern wie der Gentechnik. Forschungsverbote in Form sogenannter Zivilklauseln lehnen wir ab.

Denn im Übermaß behindert und mindert staatliche Einmischung die Qualität der Forschung. Das gilt auch für die Forschung der Doktoranden; ihre Kreativität ist einer der Motoren innovativer Forschung. Die Verschulung durch die Bachelor-/Master-Studiengänge hat an den Hochschulen die Doktorandenförderung allerdings an den Rand gedrängt. Wir setzen uns daher für eine Ausweitung der Doktorandenförderung ein.

Exzellenzstrategie

Der große Erfolg der Universität Hamburg im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes geht nicht auf eine Aktivität des Senats zurück, sondern auf die Eigenleistung der Universität Hamburg. Dieser Erfolg muss nun als Impuls genutzt werden, der auch von Seiten des Senats aktiv aufgegriffen wird. Der Bund hat bei der Vergabe der Exzellenzcluster die Anzahl der Cluster kurzfristig erhöht, ohne die Gesamtfördersumme anzuheben. Wir setzen uns dafür ein, die daraus resultierende Minderförderung auszugleichen.

Exzellenter Erfolg der Hochschulen ist messbar, u.a. an der Zahl internationaler Auszeichnungen für herausragende Forschungsleistungen. Sie haben für den Nachwuchs Vorbildfunktion und sind der Stolz jeder Universität. Denn Aufgabe einer exzellenten Universität ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse hervorzubringen und nicht nur eigenes Wissen zu reproduzieren. Um solche kreativen Potenziale institutionell aufzubauen, schaffen wir an den Hamburger Hochschulen eine neue Forschungskultur und wollen bereits die Bachelor-/Master-Studiengänge an solchen innovativen Forschungsprozessen beteiligen.

Exzellente Lehre

Neben den bestehenden Programmen zur Förderung exzellenter Forschung wollen wir Programme für exzellente Lehre einrichten. Nur so wird Hamburg im Wettbewerb um die klügsten Köpfe bestehen. Die privaten Hochschulen wollen wir in bestehende und neue Förderprogramme und -preise einbeziehen. Für eine insgesamt hochwertige Lehre ist es aber auch wichtig, für alle Lehrkräfte hochwertige didaktische Fortbildungen anzubieten. Besonders gute Lehrkonzepte müssen nicht nur ausgezeichnet, sondern als Blaupause für andere Lehrveranstaltungen genutzt werden.

Sanierungsstau beheben und Hochschulgebäude modernisieren

Gute Forschung und Lehre kann es nur unter guten räumlichen Rahmenbedingungen geben. Das bisherige unzureichende Gebäudemanagement der Hochschulen hat zu einem stetigen Wertverlust geführt, der nun auch mit großen Investitionen nicht unmittelbar zu beheben ist. In einem ersten Schritt muss für alle öffentlichen Hochschulgebäude in Hamburg eine professionelle Bestandsaufnahme zur Bewertung des baulichen Zustands erfolgen. Wir wollen dann im Hamburger Haushalt einen Sanierungspfad vorgeben, der nicht nur die bestehenden Mängel beseitigt und die notwendigen Modernisierungen vorsieht, sondern auch den zukünftigen Substanzerhalt vollständig berücksichtigt.

Studentische Infrastruktur

Bei Neubau- und Sanierungsprojekten an den Hochschulen muss auch die studentische Infrastruktur mitgeplant werden. Studenten benötigen gute Menschen, ausreichende Lernplätze in Bibliotheken und Laboren, Gemeinschaftsräume etwa für Fachschaften sowie Räume und Flächen für studentische Kultur und Sport. Dazu gehört aber auch eine ausreichende technische Ausstattung von Bibliotheken, Hörsälen und Lernräumen mit WLAN und genügend Steckdosen.

Wohnraum für Studenten und Auszubildende

In Hamburg gibt es weiterhin zu wenig günstigen Wohnraum für Studenten und Auszubildende. Die Versorgungsquote bei Wohnheimplätzen liegt nur bei 5,9 %, bundesweit leben 12 % der Studenten in einem Wohnheim. Gerade für eine Stadt mit hohen Mieten wie Hamburg ist es wichtig, dieses Missverhältnis zu beseitigen. Wir werden daher ein Sofortprogramm für 500 neue Wohnheimplätze in den kommenden zwei Jahren auf den Weg bringen. Den Bau privater Wohnheime wollen wir fördern.

Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verbessern

Zu einer Aufwertung des Wissenschaftsstandorts gehört auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Nur so werden wir die klügsten Köpfe nach Hamburg holen und Nachwuchsforscher und -wissenschaftler aus unserer Stadt in Hamburg halten können. Den „Code of Conduct“ zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen wollen wir im Dialog mit den Betroffenen weiterentwickeln.

Die Studenten müssen künftig stärker die Möglichkeit haben, das Studium an ihren eigenen Interessen zu orientieren, um interkulturelle Empathie und soziale Kompetenzen zu erwerben. Studentische Aufenthalts- und Arbeitsräume sind ein wichtiges Element selbständigen Lernens und müssen entsprechend zur Verfügung stehen.

Science City Bahrenfeld

Die Science City Bahrenfeld ist ein Großprojekt, das die Wissenschaftsstadt Hamburg über die nächsten Jahrzehnte beschäftigen und auch darüber hinaus prägen wird. Die Science City wird einen großen Beitrag für den Austausch von Wirtschaft und Wissenschaft leisten. Umso wichtiger ist es, dass dieses Projekt ein Erfolg wird. Hierfür müssen die betroffenen Anwohner früh, verbindlich und transparent in die Planungen eingebunden werden. Wir unterstützen das für den Wissenschaftsstandort entscheidende Projekt PETRA IV am DESY und den Bau einer S-Bahnstation an der zukünftigen Science City. Das Gelände der derzeitigen Trabrennbahn Bahrenfeld wollen wir möglichst schnell für einen zügigen Beginn der Baumaßnahmen bereitstellen.

Entwicklung der Technischen Hochschule Hamburg

Wir befürworten den von der TUHH eingeschlagenen Wachstums- und Weiterentwicklungskurs. Für uns ist aber klar, dass die Qualität einer Hochschule sich nicht nur an der Anzahl der immatrikulierten Studenten bemisst, sondern vor allem an der Güte von Forschung und Lehre. Wir wollen unsere TUHH im nationalen und internationalen Vergleich nach vorn bringen und entsprechende qualitative Weichenstellungen unterstützen. Ein rein quantitatives Wachstum ist nicht geeignet, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Künftige Rolle der HCU im Verbund mit der TUHH

Über die Jahre hat sich gezeigt, dass die Missionsziele der HafenCity-Universität sich wesentlich besser durch einen Verbund mit der TUHH erreichen ließen. Ein solches gemeinsames Dach verhindert Dopplungen bei den administrativen Strukturen und führt über gute Rahmenbedingungen und Stabilität zu einer Verbesserung von Forschung und Lehre. Daher wollen wir im engen Dialog mit allen Statusgruppen die zeitnahe Planung und Umsetzung eines Verbundes von HCU und TUHH unter einem gemeinsamen Dach in die Wege leiten.

Langzeitstudenten beim Abschluss unterstützen

Studenten, die die Regelstudienzeit deutlich überschreiten, brauchen bessere Beratungsangebote, um schnellstmöglich einen Abschluss zu erreichen. Dabei sollen die Hochschulen mit allen Langzeitstudenten, die Studienaktivitäten aufweisen können, verbindliche Pläne vereinbaren, die in einem festgelegten Zeitraum zu einem Abschluss führen sollen. Studenten, die schon seit mehreren Semestern keine Studienleistungen vorweisen oder sich nicht an die Pläne halten, sollen von den Hochschulen exmatrikuliert werden.

Kombination von beruflicher und akademischer Ausbildung

Übergänge von der beruflichen in die akademische Bildung sowie in umgekehrter Richtung sollen ermöglicht und der Ausbau des dualen Studiums spezifisch für das Handwerk weiter vorangetrieben werden. Des Weiteren könnten Studienabbrecher auf diesem Wege auch vermehrt in die duale Ausbildung übernommen werden, dazu ist die verstärkte wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Inhalte und Prüfungsbausteine der erste Schritt, der bis Anfang 2021 vollumfänglich umgesetzt werden soll.

Elternunabhängiges BAföG

Wir wollen ein elternunabhängiges BAföG, das allen einen Zugang zum Studium ermöglicht. 200 Euro im Monat sollen direkt an Studenten unter 25 Jahren fließen. 200 Euro Zuschuss gibt es bei mindestens zehn Wochenstunden Nebenjob, Ehrenamt, Pflege von Angehörigen oder Betreuung eigener Kinder. Studenten können außerdem ein zinsfreies, einkommensabhängig rückzahlbares Darlehen nutzen. Unser Baukasten-BAföG schafft Selbstbestimmung, Flexibilität und mit bis zu 1.000 Euro pro Monat finanzielle Unabhängigkeit.

Stipendienregister

Neben dem BAföG gibt es in Deutschland und Hamburg viele Stipendienprogramme für Studenten, die Auslandssemester oder eine grundlegende Finanzierung des Studiums ermöglichen. Bislang existiert aber keine Übersicht über diese Stipendienprogramme. Wir wollen daher ein transparentes Stipendienregister einführen, welches auch in die Finanzberatung des Studierendenwerks eingebunden ist. Zusätzlich werden wir gemeinsam mit Wirtschaft, Verbänden und interessierten Privatpersonen eine Initiative für mehr Stipendien in Hamburg starten.

Kulturticket

Kulturelle Bildung ist ein zentrales Element von Allgemeinbildung. Der Zugang zu kultureller Bildung ist ein Zugang zu aktiver gesellschaftlicher Teilhabe. Daher wollen wir ein Kulturticket für Hamburgs Studenten und Auszubildende einführen, das ihnen einen noch besseren Zugang zur vielfältigen Kulturlandschaft Hamburgs ermöglicht.

Wissenschaft als Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels

Hamburgs Beitrag zum weltweiten CO2-Ausstoß ist überschaubar. Wenn wir einen tatsächlich messbaren Effekt für die Verbesserung des Klimas erreichen wollen, wird dies nicht über Verbote und Einschränkungen gelingen. Hamburg bietet mit seiner ausdifferenzierten Forschungslandschaft und dem Exzellenzcluster CliSAP („Integrated Climate System Analysis and Prediction“) hervorragende Bedingungen für die Erforschung neuer Technologien und Möglichkeiten, dem Klimawandel überall auf der Welt entgegenzuwirken. An dieser Stelle müssen wir massiv investieren. Hierzu gehört auch die Förderung der Erforschung und praktischen Anwendung von Wasserstoff aus regenerativen Energien.

04. Wirtschaftsentwicklung durch mehr Innovationen

Die Wirtschafts- und Innovationspolitik ist uns Freien Demokraten besonders wichtig. Wir wollen ab 2020 entscheidend dazu beitragen, dass der Senat für Hamburg in Zeiten sich langsam abkühlender Konjunktur die richtigen Weichenstellungen für eine prosperierende Wirtschaft vornimmt.

Hamburg zum Innovationsstandort Nummer eins in Deutschland machen

In Deutschland und Europa stehen verschiedene Metropolregionen für Zentren von Innovation und Gründergeist. Hamburg ist aufgrund seiner Geschichte und starken wirtschaftlichen Infrastruktur gut aufgestellt. Allerdings droht Hamburg bei Technologien und Innovationen im Vergleich zu Berlin oder München immer mehr ins Hintertreffen zu geraten. Die jüngst veröffentlichte Studie der OECD zur Metropolregion zeigt auf, dass Hamburg und sein Umland auch in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten langsamer als Metropolen wie München und Stuttgart wachsen. Der geringe Integrationsgrad der Metropolregion und die schwache Stellung der gemeinsamen Verwaltungseinheit sorgen dafür, dass Synergieeffekte im Norden nicht genutzt werden. Wir wollen das ändern, indem wir die Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg zu einer Innovationsagentur ausbauen und mit echten Kompetenzen ausstatten.

Die klassischen Hamburger Branchen in Industrie, Handel und Dienstleistungen stehen dank Megatrends wie Digitalisierung und Globalisierung großen Veränderungen bevor. Hamburg muss zum Leuchtturm für Digitalpolitik werden. Es gibt zwar viele junge und dynamische Unternehmen und Unternehmer mit Ideen, Visionen und erfolgsversprechenden Geschäftsmodellen – aber die Rahmenbedingungen für sie müssen besser werden. Das nützt auch und gerade den etablierten Unternehmen in der Stadt. Denn sie sind auf Kooperation und Austausch mit diesen jungen Unternehmen angewiesen, um ihren eigenen Weg der Transformation in die digitale Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern.

Eine wichtige Rolle hierfür spielt die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft am Standort Hamburg. Hier entstehen viele neue Ideen, innovative Lösungen und marktfähige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Wir wollen die Unternehmen dabei unterstützen, dieses Potenzial zu nutzen. Deutschland und Hamburg haben grundsätzlich keine Probleme bei Forschung, Entwicklung und Innovationen, aber oftmals in der Entwicklung von Produkten und Geschäften daraus. Durch eine engere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft werden wir dieses Problem lösen.

Die Räumlichkeiten am Zentrum für angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) werden viel genutzt. Wir setzen uns deshalb für eine Erweiterung ein und wollen dafür sorgen, dass alle interessierten Hamburger Hochschulen mit fachlichem Bezug Zugang zu den dortigen Forschungsmöglichkeiten erhalten.

Public Private Partnerships sollen mit den Hochschulen und Universitäten in Hamburg für Forschung, Entwicklungen und Gründungen ausgebaut und gefördert werden.

Die Verwaltung in Hamburg muss transparenter und schneller funktionieren. Das wäre ein entscheidender Standortvorteil der Hansestadt Hamburg für etablierte und junge Unternehmen. Wettbewerbsfähige Unternehmen und Start-ups sind gleichermaßen darauf angewiesen, den Aufwand für Bürokratie und Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung in vertretbaren Grenzen zu halten. Deshalb wollen wir für die Verwaltung verbindliche Rückmeldefristen einführen, auf die sich Gründer und Unternehmer verlassen können.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Einsatz von Blockchain-Technologien in der digitalen Verwaltung der Stadt ein.

Notwendig und sinnvoll für Hamburg sind eine gemeinsame Definition und Entwicklung einheitlicher Standards zwischen den Unternehmen am Standort und der Hamburger Finanzverwaltung, allgemeingültige technologische Frameworks für alle nutzbaren digitalen Instrumente und für den Austausch von Daten und Informationen und die Kommunikation miteinander. Dadurch werden die Abläufe und die Datenverarbeitung einfacher, effizienter und kostengünstiger. Länder wie z.B. Australien, Brasilien oder die baltischen Staaten können hier Vorbild für Hamburg sein.

Hamburgs Stellung als Digitalstandort ausbauen

Hamburg soll Hauptstadt von „New Work“ werden: Mehr Selbständigkeit, Handlungsfreiheit, Selbstverwirklichung, Teilhabe sind Merkmale von moderner Arbeit im digitalen Zeitalter, die wir gerne unterstützen möchten. Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen für mehr Gründungen in Hamburg. Wir unterstützen Unternehmen bei der Einrichtung von Coworking Spaces, Innovation Hubs und kreativen Gründerzentren.

Wir unterstützen Unternehmen bei allen Formen des agilen Arbeitens und wollen dieses Prinzip auch in der Hamburger Verwaltung verankern. Dafür braucht es eine Start-up-freundliche Standortpolitik mit der Schaffung von Regulatory Sandboxes, sowie die weitere Unterstützung von Hamburger Thinktanks, Inkubatoren und Acceleratoren.

Hamburg zur Gründerhauptstadt machen

Hamburgs Gründer brauchen Support bei Gründerkapital und Gründerkultur. Wir wollen Unternehmen in der Wachstumsphase unterstützen und setzen uns deshalb für den Innovations-Wachstumsfonds der Hamburgischen Investitions- und Förderbank ein.

Wir wollen ein bürokratiefreies erstes Gründerjahr einführen. In dieser Zeit soll nur die – zukünftig digitale – Anmeldung des Unternehmens und die Umsatzsteueranmeldung erfolgen müssen. Noch immer laufen Gründungswillige viel zu lange den Behörden hinterher. Wir wollen durch eine Bündelung aller notwendigen Zuständig-

keiten mit einem One-Stop-Shop Unternehmensgründungen insbesondere im Start-up-Bereich erleichtern.

Wir wollen für Gründer ein Wahlrecht zwischen Ist- und Soll-Besteuerung im ersten Jahr schaffen. Derzeit können Unternehmen nur bis zu einem Jahresumsatz von 500.000 Euro wählen, ob sie nach Ist- oder nach Soll-Besteuerung erbrachte Leistungen abführen wollen. Neu gegründete Unternehmen sollen unabhängig vom Umsatz im ersten Jahr die Ist-Besteuerung wählen können. So sorgen wir dafür, dass Unternehmen nicht in staatlich verschuldete Liquiditätsengpässe geraten.

An Hochschulen und den vielfältigen Instituten in Hamburg sollen mehr niedrigschwellige Angebote gemacht werden, die Freiraum für Projekte und Geschäfts-ideen in der Findungs- und Gründungsphase erleichtern. Hier geht es beispielsweise einfach um Räumlichkeiten oder Möglichkeiten und Kapazitäten für das Coaching von wissenschaftlichen Mitarbeitern, wie es beispielsweise an der ETH Zürich oder der LMU München heute schon Realität ist und positive Effekte zeigt. Ziel ist ein ortsnahes Angebot an Studenten und Beschäftigte der Institute, welche die praktische Umsetzung wissenschaftlicher Ideen „einfach mal ausprobieren“ wollen, ohne die eigene Hochschule oder Hochschullaufbahn verlassen zu müssen.

Zukunftsvision für den Finanzplatz Hamburg

Wir unterstützen das Engagement von Venture-Capital-Gebern und Business Angels in Hamburg und wollen in unserer Stadt Bedingungen schaffen, die Crowdfunding möglichst bürokratiefrei ermöglichen.

Trotz klassischer Stärke und vieler vielversprechender Gründungen ist der Finanzplatz Hamburg angeschlagen. Die Privatisierung und der Stellenabbau bei der früheren HSH Nordbank sowie die Stellenverlagerungen und der Stellenabbau bei einigen großen Unternehmen der Banken- und Versicherungslandschaft stellen den Finanzplatz Hamburg vor große Herausforderungen. Damit der Finanzplatz an seine alte Stärke anknüpfen kann, wollen wir mit den Akteuren am Standort eine gemeinsame Standort-Strategie aufsetzen.

Hamburger Cluster stärken und ausbauen

In Hamburg gibt es verschiedene Cluster, also starke Wirtschaftszweige, die den Großteil der Hamburger Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze ausmachen. Diese Cluster sind maritime Wirtschaft, Logistik, Luftfahrt, Lifesciences und Gesundheitswirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft sowie erneuerbare Energien. Hamburg muss diese Cluster mit der Schaffung prosperierender Wirtschaftsräume in der Stadt und der Metropolregion weiterentwickeln. Es ist die Verantwortung einer vorausschauenden und in allen Belangen nachhaltigen Politik, sich jetzt um die richtigen Weichenstellungen zu kümmern.

Wir Freie Demokraten setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- Eine Überprüfung der bisherigen Cluster-Politik, mit dem Ziel, die Cluster mit denen der Metropolregion zu verbinden. Die OECD kritisiert, dass Hamburg die vorhandenen Synergien nicht nutzt.
- Eine stärkere Vernetzung von etablierten Unternehmen, neu gegründeten Unternehmen, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten in diesen Clustern.
- Die Cluster müssen für Gründer in den ersten zwei Jahren beitragsfrei sein. Neu gegründete Unternehmen sollen automatisch Mitglied des fachlich relevanten Clusters werden. Wir werden den diesbezüglichen Bürgerschaftsbeschluss umsetzen.
- Auf- und Ausbau von Kooperationen Hamburgs in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit den anderen norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.
- Die Förderung einer engeren norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere in der Metropolregion Hamburg durch Leuchtturmprojekte wie ein norddeutsches transnationales Forschungs- und Industrie-Cluster für Künstliche Intelligenz in der Medizin und im Gesundheitswesen. Zur Initiierung im länderübergreifenden Rahmen können bereits etablierte Kooperationen betreffender Universitäten und Unternehmen als Grundlage genutzt und ausgebaut werden.
- Eine Hamburger Initiative zum Auf- und Ausbau von Kooperationen in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit den Ländern Nordeuropas (Polen, baltische Staaten, Finnland, Schweden, Norwegen, Island, Dänemark, Niederlande) unter dem Leitbild einer „Digitalen Hanse“ zur Schaffung einer europäischen Innovationsregion.
- Hamburg soll zum deutschen Zentrum für Zukunftstechnologien in den Bereichen Autonome Systeme, Blockchain und künstliche Intelligenz werden. Dazu muss Hamburg politische, organisatorische und finanzielle Unterstützung leisten für eine von Wirtschaft und Wissenschaft getragene „Standortinitiative KI Hamburg“ zum Aufbau eines neuen Hamburger Kompetenzbereichs. Dies ist eine notwendige und sinnvolle Erweiterung der bestehenden Hamburger Cluster-Politik und der Innovationsallianz für Hamburg, um künstliche Intelligenz als spezielle und eigene Form der Digitalisierung in der Cluster-Strategie der Metropolregion zu verankern.
- Eine bessere Positionierung des Hamburger Senates und der betreffenden Behörden der Hansestadt bei Ausschreibungen des Bundes zur transnationalen Förderung von Zukunftstechnologien mit eigenen Hamburger Mitteln.
- Programme wie „Schüler im Chefsessel“ zu regelmäßigen Einrichtungen machen. Ziel ist es, dass die Wirtschaft bereits im Schulunterricht verankert wird und Schüler auch dann mit Unternehmern und Gründern in Kontakt kommen, wenn sie diese nicht im persönlichen Umfeld treffen.

Gewerbeflächenangebot verbessern

Das Gewerbeflächenangebot in Hamburg ist sehr beschränkt. Damit die Wirtschaftsförderungsgesellschaft HIE ansiedlungswilligen Betrieben Gewerbeflächen anbieten kann, müsste eine hierfür geeignete Flächenreserve zur Verfügung stehen. Dafür können u.a. die im Eigentum der Stadt befindlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen in Frage kommen, sofern ihr Nutzungszweck verändert werden soll. Zudem bestehen große Flächenreserven entlang von Elbe und Bille, weshalb wir diese Areale für die gewerbliche Flächenentwicklung besonders berücksichtigen wollen.

Die Hamburger Wirtschaft benötigt zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen. Darauf werden wir den Flächennutzungsplan überarbeiten und zusätzliche Gewerbegebiete und Industrieflächen ausweisen. Wir teilen das Ziel des Masterplans Industrie, 100 ha frei verfügbare Gewerbefläche in unterschiedlichen Größen vorrätig zu halten.

Da die Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Bereitstellung von Verkehrs-, Gewerbe- oder Wohnungsbauflächen zu naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfen führt, ist mit diesen knappen Flächen sehr sparsam umzugehen.

Die größte Flächeninanspruchnahme in Hamburg entsteht aber nicht durch die tatsächliche Umwandlung, sondern durch die hierfür erforderlichen Bereitstellungen von Ausgleichsbedarfsflächen. Obwohl der naturschutzrechtliche Ausgleich eine gesetzliche Vorgabe ist, lässt sich dieser Ausgleich deutlich „flächensparender“ umsetzen, als dies in Hamburg derzeit erfolgt. Deshalb muss eine hohe ökologische Qualität von Ausgleichsflächen zwingend realisiert werden.

Der Hamburger Senat hat prinzipiell in seinem agrarpolitischen Konzept 2020 die dafür erforderlichen Instrumente beschlossen. In nahezu allen Bundesländern werden diese Instrumente

- räumliche und zeitliche Entkoppelung von Eingriff und Ausgleich,
- konsequente Anwendung von Ökokonten,
- Bildung von Flächenpools für naturschutzrechtlichen Ausgleich

umgesetzt. In Hamburg wird der Einsatz dieser Instrumente durch die Hamburger Umweltbehörde aber trotz des obigen Beschlusses blockiert. Von den 4.800 ha in Hamburger Eigentum befindlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen sind bereits ca. 1.600 ha dauerhaft als Ausgleichsflächen für eine Umwandlung in andere Nutzungsarten blockiert.

Die Anwendung flächensparender Instrumente muss auch in Hamburg erfolgen. Gewerbeflächen mit geringer Wertschöpfung wollen wir mit dem Ziel einer höherwertigen Wertschöpfung entwickeln. Beispiel dafür ist das Industrie- und Gewerbegebiet in Hamm-Süd und Billbrook. Hier finden sich Grundstücke mit nicht mehr zeitgemäßen, teilweise leerstehenden Immobilien und großen Flächen, die als Abstellplatz für Gebraucht-PKW genutzt werden. Weitere Beispiele finden sich im Hafen.

Analog zur Prämienregelung bei Genehmigungen im Wohnungsbau wollen wir den Bezirken dauerhaft eine Prämie zur Genehmigung von Gewerbeansiedlungen gewähren.

Unternehmen, die Breitbandausbau betreiben, müssen von Bürokratie befreit werden. Dafür sollen Behörden zukünftig einen One-Stop-Shop für Infrastrukturausbau bieten.

Aufbruch für die europäische Metropole Hamburg

Die Europäische Union ist für unsere Freie und Hansestadt Hamburg unverzichtbar. Der Hafen und seine angeschlossenen Betriebe sind ein zentraler Im- und Exportplatz der europäischen Zollunion und des europäischen Binnenmarktes. Europäische Firmenzentralen mit Sitz in Hamburg machen unsere Stadt zu einer Lebensader der EU.

Wir Freie Demokraten setzen uns im Interesse unserer Stadt für die Stärkung und den Ausbau der vier EU-Grundfreiheiten ein: freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr.

Zu einer wirkungsvollen Rolle Hamburgs in der Europäischen Union gehört eine starke Repräsentation bei den europäischen Institutionen. Dazu wollen wir die gemeinsame Vertretung Hamburgs und Schleswig-Holsteins in Brüssel, das Hanse-Office, ausbauen. Auch die Hanse-Offices in St. Petersburg und Danzig müssen gestärkt werden.

Freie und Handelsstadt Hamburg

Hamburg braucht einen Masterplan Handel zur Förderung des Einzelhandels. Darin müssen enthalten sein: eine Standortstrategie zum Umgang mit der Digitalisierung, ein Konzept für die gesamtstädtische Flächenpolitik, die das veraltete Zentrenkonzept ablöst, ein Plan zur Sicherstellung der Nachwuchsförderung und Bürokratieabbau für den stationären Handel, der mit immer mehr Statistikpflichten überzogen wird.

Hamburg hat seit Jahrhunderten eine herausragend wichtige Handelskammer. Sie ist zentraler Ansprechpartner für die gesamtwirtschaftliche Interessenvertretung. Wir achten das Selbstorganisationsrecht der Wirtschaft und halten dieses für einen wichtigen Baustein einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft. Deshalb unterstützen wir Bemühungen, die darauf abzielen, dass die Handelskammer den Dreiklang aus Beratung, Interessenvertretung und hoheitlich übertragenen Aufgaben optimal erfüllen kann.

Wir wollen die Sonntagsöffnungen ausweiten. Zukünftig soll es neben vier landesweiten auch zwei bezirkliche Sonntagsöffnungen je Bezirk geben, über die die jeweiligen Bezirke eigenständig entscheiden dürfen. Hamburg setzt sich auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes ein, damit nicht für jeden verkaufsoffenen Sonntag ein eigenes Motto und damit massiver bürokratischer Aufwand betrieben werden muss.

Handwerk – die Wirtschaftsmacht von nebenan stärken

Die digitale Transformation ist eine Chance für das Handwerk, bringt aber auch neue Anforderungen mit sich. Wir setzen uns für die Unterstützung der Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle ein, die die Zukunftsfähigkeit des Handwerks sichern. Hamburg muss einen Digitalbonus einführen. Wir wollen Flächen für verbrauchernahes Handwerk in Zukunft in jedem Bebauungsplan möglichst berücksichtigt wissen.

Es bedarf deutlich mehr politischer Unterstützung als bisher, damit das Handwerk sein Innovationspotenzial und damit seine Möglichkeiten ausschöpft, denn:

Viele Handwerksbetriebe sind technologieoffen und nutzen bereits einige neue Technologien, z.B. additive Fertigung, Trackingsysteme, Technologien zur vorausschauenden Wartung, Roboter und Drohnen sowie Augmented-Reality-Lösungen. Eine Gemeinschaftsstudie von Bitkom und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks zeigt allerdings auch eine noch bestehende Umsetzungslücke. Obwohl 49 % der Handwerksbetriebe der Meinung sind, dass 3-D-Drucker im Jahre 2030 ein fester Bestandteil im Handwerk sein werden (bei Robotern sind es sogar 66 %), setzen erst 9 % der Handwerksbetriebe 3-D-Drucker und 3-D-Scanner ein (und 3 % Roboter).

Diese Lücke zwischen Erkenntnis und mangelnder Anwendung muss geschlossen werden, damit innovative Geschäftsmodelle entstehen können. Denn digitale Kompetenzen sind auch für die Entwicklung neuer und digitaler Geschäftsmodelle verantwortlich, die einen Einfluss auf die Kundenbindung nehmen, dazu zählen z.B. aktuelle IT-Kenntnisse, der Umgang mit neuen Technologien und Maschinen sowie die Medienkompetenz.

Darüber hinaus leidet das Handwerk daran, dass es im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung für viele junge Menschen als unattraktiv und zu traditionell gilt. Es wäre daher sowohl für die bestehenden Betriebe als auch für die Jugendlichen ein Vorteil, wenn das Handwerk eigene Expertenlaufbahnen, wie etwa Smart-Home-Designer, 3-D-Druck-Spezialisten oder Dronentechniker entwickelt.

Wir brauchen daher eine Weiterentwicklung der Meisterqualifizierung, die der neuen digitalen Welt gerecht wird. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine grundlegende Überarbeitung, Bündelung, Entbürokratisierung und Umschichtung bestehender Förderprogramme ein, um sie deutlich stärker auf das Handwerk auszurichten, damit sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe als auch die Attraktivität der Branche ansteigen. Um den Handwerksbetrieben die Nutzung der zahlreichen Förder- und Beratungsprogramme möglichst einfach zu machen, sollte bis 2020 ein One-Stop-Shop digital und analog eingerichtet werden. Wir wollen die Handwerkskammer bei der Erreichung dieses Ziels unterstützen.

Die Förderung von Digitalkompetenzen in der handwerklichen Ausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung muss integriert und intensiviert werden. Durch die Vermittlung digitaler Kompetenzen sollen Berührungsängste vermieden werden, sodass Digitalisierungsvorhaben in den Handwerksbetrieben umgesetzt werden können.

In die Fortbildung von Fachkräften und Gesellen soll der Bereich der Unternehmerkompetenz unabhängig von den fachlichen Anforderungen des jeweiligen Berufs integriert werden. Sie sollen dazu befähigt werden, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, die sich auf alle fünf Bereiche von Innovation beziehen: Produkt- und Dienstleistungsinnovationen, Prozessinnovationen, Marketinginnovationen und organisatorische Innovationen. Hier können die Kompetenzen des Elb-Campus deutlich intensiver genutzt werden, der Ausbau zur „Hochschule des Handwerks“ wäre ein mittelfristiges Ziel.

Es soll eine Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Förderung bezüglich der Vergabe von Stipendien hergestellt werden. Hierfür soll das Netzwerk der akademischen Förderung für beruflich Qualifizierte geöffnet werden.

Tourismus – ein bedeutender Wirtschaftsfaktor Hamburgs

Der Hamburg-Tourismus erwirtschaftet jährlich 7,4 Milliarden Euro (6 % der Bruttowertschöpfung), stellt über 100.000 sichere, standortgebundene Arbeitsplätze und gehört zu den erfolgreichsten und kräftig wachsenden Wirtschaftsclustern in Hamburg. Die Wirtschaftskraft verteilt sich unter anderem auf Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Kultur, Sport- und Eventeinrichtungen und -veranstalter sowie die Verkehrsträger. Ohne Tourismus würden diese Bereiche an Vielfalt und Attraktivität kräftig einbüßen, insbesondere die Musical-Szene ist ohne touristische Besucher nicht denkbar. Begrenzt wird das Wachstum durch Personalmangel, immer mehr Betriebe müssen deshalb zusätzliche Ruhetage einlegen.

Der Tourismus ist zudem ein großer Ausbilder mit eigenen Fachschulen. Die Schaffung von günstigem Wohnraum darf nicht auf Studenten begrenzt werden, sondern muss Auszubildende gleichermaßen einbeziehen, um mehr auswärtige Auszubildende zu gewinnen.

Tourismus braucht die Akzeptanz der Bevölkerung. Deshalb wollen wir die Bezirke mit ihren vielfältigen Anziehungspunkten in das Tourismusmarketing einbeziehen und Großevents zeitlich und räumlich entzerren – soweit es keine traditionelle Ortsgebundenheit gibt, wie z.B. beim Schlagermove.

Die immer weiter um sich greifenden Dokumentationspflichten gilt es zu begrenzen und insbesondere Kleinbetriebe von Dokumentationsaufwand zu entlasten. Restriktionen und Vorschriften für die Nutzung von Außenflächen durch die Hamburger Gastronomie sollen überprüft und Überregulierungen aufgehoben werden.

Logistikkonzepte für die letzte Meile entwickeln

In der Logistik nimmt der Anteil der Sendungen an Endkunden (B2C) und gewerbliche Kunden (B2B) durch Paketdienste weiter zu. Die Paketdienstleister haben eine hocheffiziente Struktur aufgebaut, um Pakete in den Paketzentren zu sortieren und zum Paketzentrum am Zielort zu transportieren. Allein die Auslieferung an den Endkunden im B2C- und B2B-Bereich ist ineffizient und führt in innerstädtischen Berei-

chen in Hamburg zu einer zunehmenden Belastung des Straßenraums durch Kurierfahrzeuge.

Im Bereich der Hamburger Innenstadt gibt es bereits erste Pilotprojekte, die diese Probleme reduzieren. Pakete für einen bestimmten Bereich werden in einen Wechselbehälter am Paketzentrum geladen und an einem geeigneten innerstädtischen Platz abgestellt. Die Auslieferung an die Endkunden erfolgt dann mit kleinen Elektrofahrzeugen oder auch Lastenrädern. Die Durchsetzung eines Pilotbetriebs hat drei Jahre gedauert und Abstimmungen mit sechs Hamburger Behörden benötigt.

Wir wollen die Paketdienstleister dazu motivieren, durch einfache und zentrale Abstimmung dieses Konzept weiterzuentwickeln und auf weitere Bereiche der Stadt auszudehnen. Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung von Mikro-Hubs ein und werden mögliche Synergien mit öffentlichen Unternehmen wie der Sprinkenhof GmbH sowie den Betreibern von Einkaufszentren prüfen. Derartige Mikro-Hubs sollten vor allem in der Nähe stark frequentierter Anlaufpunkte in den Stadtteilen, wie z.B. Schnellbahnhaltestellen, Einkaufszentren oder Marktplätzen, angesiedelt werden, um es Empfängern zu ermöglichen, ihre Pakete gleich beim Einkauf oder auf dem Weg von oder zur Arbeit mitzunehmen und so Transportwege einzusparen.

Moderner Flughafen für eine moderne Metropole

Hamburg hat einen Flughafen in zentraler Lage. Aus dieser Lage leiten sich große Chancen ab, denn die direkte und schnelle Anbindung an die Stadt stärkt die Attraktivität der Stadt, etwa als Tourismusstandort. Gleichzeitig ist es ständige Aufgabe, für eine möglichst geringe Belastung der Anwohner etwa zu Nachtzeiten zu sorgen.

In der Metropolregion Hamburg befindet sich das drittgrößte Luftfahrt-Cluster der Welt. Für die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Hamburg ist die Luftfahrtbranche von hoher Bedeutung. In der Metropolregion Hamburg sind über 40.000 Mitarbeiter und rund 300 Unternehmen in der Luftfahrtbranche beschäftigt, die zu einer enormen Bruttowertschöpfung beitragen. Wir befürworten das Bestreben des Flughafens, klimaneutral zu werden und unterstützen dazu sinnvolle Forschungsprojekte, die alternative Antriebe und umweltfreundliche Technologien vorantreiben. Der Hamburger Flughafen und die Akteure im Spitzen-Cluster sollen Referenzstandort für die Mobilität der Zukunft werden.

Unter Einbeziehung der betroffenen Stakeholder wollen wir zudem prüfen, ob und wie mittelfristig eine bessere Anbindung des Hamburger Flughafens bzw. der Stadt Hamburg an große Drehkreuzflughäfen wie Kopenhagen, Amsterdam, Düsseldorf oder Frankfurt über ein modernes Hochgeschwindigkeitstransportsystem wie z.B. dem Hyperloop möglich ist. Dies würde den Flugverkehr auf relativ kurzen Strecken reduzieren, mithin die Umwelt sowie den oftmals überfüllten europäischen Luftraum entlasten, und zugleich eine moderne, attraktive Anbindung Hamburgs an interkontinentale Flugrouten und europäische Metropolen ermöglichen. Jenseits dessen halten wir weitere interkontinentale Direktverbindungen vom Hamburger Flughafen für wünschenswert.

Landwirtschaft aus der Region für die Region

Eine kluge Umweltpolitik fordert kurze Wege zwischen Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Verbrauchern: „Aus der Region für die Region“. Das heißt, der Erhalt der im stadtnahen Umkreis aktiven Obst-, Gemüse-, Blumenanbaubetriebe muss gewährleistet werden. Daher müssen Einkommenschancen und Standortattraktivität erhöht werden, um diese Nahversorgung zu ermöglichen und auszubauen.

Die Hamburger Agrarpolitik muss die von der EU zu verabschiedende neue GAP (gemeinsame Agrarpolitik) ergänzen und auf die besonderen Standortbedingungen im Stadtstaat abstimmen. Das agrarpolitische Konzept der Hansestadt Hamburg ist für den Zeitraum 2020–2025 fortzuschreiben.

Wir setzen uns insbesondere bei der Vergabe städtischer Pachtflächen für die Gleichbehandlung konventionell und ökologisch wirtschaftender Betriebe ein. Vorgaben für die Wirtschaftsweise bei der Verpachtung von städtischen Flächen lehnen wir ab. Dieses insbesondere aus dem Grund, dass nur wenige Betriebe ausschließlich auf städtischen Pachtflächen wirtschaften, sondern überwiegend auch private Flächen zugepachtet haben.

Die Hamburger Agrarpolitik muss einen Schwerpunkt auf die regionale Vermarktung der in der Region erzeugten Produkte setzen. Dazu gehört ein entsprechendes Marketing und die Schaffung von Vermarktungsstrukturen über die Wochenmärkte hinaus.

Die größte Flächenkonkurrenz erfahren die Hamburger Landwirte und Gärtner durch Ausgleichsmaßnahmen nach § 13 BNatSchG. Um hier eine langfristige Planungssicherheit zu erreichen, setzen wir uns für ein „Ausgleichsflächenkataster“ ein. In diesem sollen die Potenzialflächen für Ausgleichsmaßnahmen mit den Zielsetzungen, die im Sinne des Naturschutzes erreicht werden sollen, aufgeführt werden. Ausgleichmaßnahmen sind regelmäßig dahingehend zu evaluieren, ob die ursprünglichen Zielsetzungen erreicht wurden. Darüber hinaus soll die Hansestadt Hamburg aufgrund der begrenzten Flächen auf dem Gebiet des Landes Ausgleichsflächen verstärkt in der Metropolregion erwerben und vorhalten.

Wochenmärkte sichern und weiterentwickeln

Wochenmärkte gehören traditionell zu den Lebensräumen der Bürger und erfüllen neben der wichtigen Nahversorgung auch gesellschaftliche Aufgaben wie Nachbarschaftskontakt. Viele Hamburger Wochenmärkte, zumal die kleineren, haben aus verschiedenen Gründen eine ungesicherte Zukunft. Mancher Wochenmarkt besteht nur noch aus einer unattraktiv geringen Anzahl an Markthändlern. Wir Freie Demokraten unterstützen diese Form des Unternehmertums und fordern von den Bezirksämtern Konzepte ein, die – über Bürokratieabbau, Digitalisierung und niedrige Standgebühren hinaus – die Zukunft der Wochenmärkte sicherstellen, beispielsweise durch Kooperation bei der Gestaltung geänderter Zeiträume (Wochentage, Marktzeiten) und Weiterentwicklung von Wochenmarktangeboten.

Auch Wochenmärkte müssen die gesellschaftliche Weiterentwicklung Hamburgs und seiner Bevölkerung widerspiegeln, beispielsweise das Interesse an regionalen Produkten bzw. ökologischen Nahrungsmitteln aus dem Umland oder auch klassischen Lebensmitteln aus den Herkunftsländern zugewanderter Mitbürger, aber – als gesellschaftlicher Treffpunkt – auch Service-Angebote und Angebote mit guter Aufenthaltsqualität. Die Weiterentwicklung der Wochenmärkte erfordert die kreative und konstruktive Zusammenarbeit von Marktkunden, Anwohnern, Markthändlern und städtischer Verwaltung.

Soziale Entrepreneure unterstützen

Als Liberale stehen wir dafür ein, optimale Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln zu schaffen und ein Zuviel an Regulierung, Einmischung und Eingriffen in den Markt zu verhindern. Diese Grundsätze gelten auch und gerade für soziales Unternehmertum (Social Entrepreneurship). Soziale Entrepreneure setzen sich für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben ein. Sie agieren häufig in Bereichen des Marktversagens und finanzieren sich deshalb zumindest teilweise durch öffentliche Fördermittel und/oder Spenden. Anders als öffentliche Anbieter denken und handeln soziale Entrepreneure jedoch nach unternehmerischen Prinzipien. Dadurch sorgen sie für ein vielfältiges Angebot und sind ein wichtiger Motor für Innovationen im sozialen Sektor.

Social Entrepreneurship durch eine leistungsstarke Infrastruktur zu fördern und zu unterstützen ist deshalb ein erklärtes Ziel der Hamburger Freien Demokraten. Um das zu erreichen, wollen wir

- eine städtische soziale Innovationsstrategie ausarbeiten,
- den Aufbau eines regionalen Innovations- und Vernetzungszentrums unterstützen, mittels dessen sich soziale Entrepreneure untereinander und mit anderen wichtigen Akteuren wie z.B. Wohlfahrtsverbänden vernetzen können,
- in der Wirtschaftsbehörde eine feste Zuständigkeit für „Social Entrepreneurship und soziale Innovation“ einrichten, die als Ansprechpartner für soziale Entrepreneure agiert,
- eine Kampagne unterstützen, die soziale Entrepreneure als Vorbilder für unternehmerisches Handeln mit gemeinwohlorientierter Wirkung sichtbar macht,
- einen Runden Tisch etablieren, der Stiftungen, Förderer und Investoren zusammenbringt, um soziale Innovationen zu fördern,
- bestehende Angebote der finanziellen und beratenden Gründungs- und Wachstumsförderung auf soziale Entrepreneure ausweiten,
- junge Menschen durch besondere Angebote im Rahmen der schulischen und universitären Ausbildung sowie der Berufsorientierung für Social Entrepreneurship interessieren und begeistern.

Kompetenzen der Wirtschaftsbehörde erweitern

Die Energiepolitik im Norden und in Hamburg ist die Basis für gute Wirtschaftspolitik. Deshalb soll die Zuständigkeit für die Energiepolitik zukünftig bei der Wirtschaftsbehörde liegen. Ebenso sollen die Kompetenzen für die Digitalwirtschaft zukünftig in Gänze bei der Wirtschaftsbehörde liegen.

Energiepolitische Weichenstellungen

Wir Freie Demokraten wollen in der Energiepolitik die Ziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen realisieren, d.h. es gilt, das Wünschenswerte mit dem Machbaren in Übereinstimmung zu bringen. Dabei setzen wir auf einen vielfältigen Energiemix und stehen neuen Technologien offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht vollständig verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien sind ein unverzichtbares und an Bedeutung stark zunehmendes Element im Energiemix der Zukunft und auch für den Wirtschaftsstandort Hamburg mit den hier ansässigen Unternehmen und Messen von Bedeutung.

Das Gelingen der Energiewende ist ein europäisches Projekt, zu dem in Hamburg ein wichtiger Beitrag geleistet werden kann. Dazu muss die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben. Dem Ausbau intelligenter Stromnetze kommt dabei große Bedeutung zu. Der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen muss gestärkt werden und soll auf weitere Sektoren (zum Beispiel Gebäude und Verkehr) ausgedehnt werden.

Forschung, Entwicklung und Einsatz von Technologien zur schadstoffarmen Energieerzeugung (Windkraft, Brennstoffzellen), zur schadstoffarmen Erzeugung von Energieträgern (Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) oder zur Speicherung von Energie gilt es auszubauen. Die Förderung derartiger Programme durch die Stadt Hamburg ist technologieoffen zu gestalten, um die Chancen neuer Lösungsansätze nicht zu behindern.

Die Anschubfinanzierung erfolgversprechender Technologien kann dabei helfen. Wir sind aber gegen Dauersubventionen und Abnahmegarantien zu gesetzlich festgelegten, überhöhten Preisen.

Im Einzelnen setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Die Option eines Flüssigerdgas-Verteilterminals für den Hamburger Hafen muss geprüft werden.
- In wirtschaftlich vertretbarem Rahmen soll zur Senkung des Wärmebedarfs die energetische Gebäudesanierung, insbesondere des Bestands im Besitz der Stadt, deutlich vorangebracht werden.

- Das Fernwärmekonzept der Freien Demokraten sieht für Hamburg eine schnellstmögliche Errichtung einer Fernwärmestrasse unter der Elbe nach Altona und die Abschaltung des alten Kohlekraftwerks Wedel vor. Um es zu ersetzen, soll das Kraftwerk Moorburg optimal genutzt und dafür auf den Neubau eines Gaskraftwerks auf der Dradenau verzichtet werden.
- Das Heizkraftwerk Tiefstack wollen wir im Gegenzug bereits bis zum Jahr 2025 auf Gas umrüsten, um CO2-Emissionen einzusparen und auch Biogas oder Wasserstoff für die Strom- und Fernwärmeproduktion mitnutzen zu können. Die weitgehende Einbindung von industrieller Abwärme in das Fernwärmennetz befürworten wir. Diese Leistung muss den beteiligten Unternehmen angemessen vergütet werden.

Die energieintensiven Grundstoffindustrien (z.B. Eisen und Stahl, Kupfer, Aluminium, Chemie) sind das Fundament vieler Wertschöpfungsketten. Durch die aktuell hohen CO2-Emissionskosten in Deutschland, die im internationalen Vergleich eine Wettbewerbsverzerrung darstellen, werden ihnen jedoch unverhältnismäßig hohe Belastungen auferlegt. Eine vollständige Anwendung der Regularien würde das Aus der Grundstoffindustrie in Deutschland bedeuten. Es ist deshalb wichtig, die energieintensive Industrie in einer Weise in den CO2-Zertifikatehandel einzubeziehen, der ihr internationale Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht, um in Hamburg weiterhin zahlreiche Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu erhalten und auszubauen.

Die Projekte von NEW 4.0 (Allianz für eine Norddeutsche Energiewende, Laufzeit bis 2020) sind nützlich zur Beschleunigung der Energiewende. Sie müssen rechtzeitig validiert werden, damit ein Anschlussprojekt NEW 5.0 ab 2021 gestartet werden kann.

Wir unterstützen die Strategie, Hamburg zu einem führenden Standort der Entwicklung der Wasserstofftechnologien zu machen.

Hamburg verzockt sich – Anzahl öffentlicher Unternehmen reduzieren

Für uns Freie Demokraten sollen Aufgaben grundsätzlich nur dann von öffentlichen Unternehmen übernommen werden, wenn private aufgrund von Marktversagen nicht zu besseren Marktergebnissen kommen. Die massive Ausweitung unternehmerischer Tätigkeit im Konzern der Freien und Hansestadt Hamburg bringt nicht nur haushälterische Risiken mit sich. Sie ist in ihrem Umfang eine Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte unseres Landes ist.

Wir wollen deshalb sämtliche Beteiligungen der FHH auf ihren Sinn und Nutzen überprüfen. Nur Unternehmen für die soziale Daseinsvorsorge oder mit strategischem Fokus sollen im Eigentum der Stadt verbleiben. Die Zahl der öffentlichen Unternehmen kann dadurch reduziert werden. Unternehmen wie z.B. HamburgEnergie oder der Reisering gehören nicht in öffentliche Hand. Die Netzgesellschaften werden auf Synergiepotenziale geprüft.

Wir sprechen uns gegen die Gründung von Stadtwerken aus. Sie wäre aufgrund der Unbundling-Gesetze rechtlich unzulässig und ist für die Daseinsvorsorge in unserer Stadt auch nicht notwendig.

05. Hamburger Hafen – Herz der Hamburger Wirtschaft

Der Hafen ist nicht nur Hamburgs bzw. Deutschlands „Tor zur Welt“, sondern auch das pulsierende wirtschaftliche Herz der Stadt. Er trägt mit einer Wertschöpfung von fast 22 Milliarden Euro, über einer Viertelmillion von ihm abhängig Beschäftigten – davon über 156.000 in der Metropolregion Hamburg – sowie einem jährlichen Steueraufkommen von ca. 900 Millionen Euro entscheidend zum Wohlstand unserer Stadt bei. Doch in den vergangenen Jahren hat er gegenüber den beiden größten anderen Häfen der europäischen Nordrange, Rotterdam und Antwerpen, an Boden verloren. Er ist nur noch der drittgrößte Containerhafen in Europa. Diese Entwicklung gilt es nicht nur aufzuhalten, sondern umzukehren. Die zwischenzeitlich begonnene Fahrrinnenanpassung der Elbe ist hierbei ein erster und wichtiger Schritt. Ihr termingerechter Abschluss darf sich auf keinen Fall weiter verzögern.

Den Hamburger Hafen wieder fit für den Wettbewerb machen

Aber nicht nur die Fahrrinnenanpassung ist für Hamburg wegweisend. Neben der seeseitigen Erreichbarkeit sind die Straßen- und Schienenanbindungen des Hafens sowie die Erreichbarkeit per Binnenschiff von zentraler Bedeutung. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Häfen aufgrund der sehr guten Hafenhinterlandanbindung gerät mehr und mehr in Gefahr. Damit wird auch dem Umwelt- und Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen, da der Transport tausender Tonnen Güter per Seeschiff möglichst weit hinein in das Hinterland die mit Abstand umweltfreundlichste Form des Warentransports ist. Kilometerlange Staus auf den Zubringerautobahnen und lange Wartezeiten bei der Verladung von Gütern auf die Schiene wurden jedoch in den letzten Jahren immer mehr zum Wachstumshemmnis für den Hamburger Hafen und führen mittel- und langfristig zu einer massiven Verlagerung von Verkehrsströmen.

Die Metropolregion Hamburg und der Hafen als Drehscheibe für Waren aus Mittel-, Ost- und Nordeuropa sind auf eine sehr gute Hinterlandanbindung angewiesen. Hier setzen wir auf eine strukturierte und abgestimmte Planung der notwendigen Verkehrsprojekte. Auch die Hafeninfrastruktur muss in den nächsten Jahren dringend ertüchtigt, modernisiert und ausgebaut werden. Nur so ist es möglich, den Anforderungen, die immer größer werdende Schiffe bei Einläufen in den Hamburger Hafen stellen, gerecht zu werden. Hierzu zählen insbesondere ein größerer Wendekreis für Schiffe, die Umstrukturierung des mittleren Freihafens, eine zügige Lösung für eine neue Köhlbrandquerung, eine moderne und emissionsarme Energieversorgung der am Kai liegenden Schiffe sowie Infrastrukturen für zunehmende Digitalisierung. Ins-

besondere der mittlere Freihafen muss als Fläche für ein weiteres Multi-Purpose-Terminal und die Ansiedlung von Industriebetrieben zur Verfügung stehen.

Hamburgs Hafen braucht einen neuen Hafenentwicklungsplan

Der Hamburger Hafen bietet für seine Kunden viele Vorteile und hohe Qualität. Er ist jedoch auch entsprechend teuer. Kritische Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der Hamburger Traditionssreederei Hapag Lloyd zur Preispolitik der HHLA müssen somit ein Warnsignal sein.

Unser Ziel ist die Erarbeitung eines neuen Hafenentwicklungsplans als Basis für die Verbesserung der Perspektiven für Umschlags-, Industrie-, Energie- und Hafenwirtschaft im Hamburger Hafen. In die Erarbeitung müssen Unternehmen, Verwaltung, Arbeitnehmer und auch Stakeholder für die umweltpolitischen Komponenten eingebunden werden.

Wir wollen die Hafenverwaltung verschlanken und deshalb die Aufgaben- und Organisationsstruktur der Hamburg Port Authority (HPA) überprüfen. Sie ist insoweit anzupassen, als zukünftig insbesondere die Hafenentwicklung sowie die Entwicklung und Unterhaltung der Infrastruktur im Vordergrund stehen. Der operative Betrieb von Kreuzfahrterminals gehört für uns nicht zu den Aufgaben der Hamburg Port Authority.

Die Aufteilung der HPA in einen öffentlichen und einen kommerziellen Teil möchten wir nutzen, um die Geschäftstätigkeiten mit Gewinnerzielungsabsicht zu hinterfragen und möglichst in private Hand zu überführen. Die Hafenbahn soll öffentliche Infrastruktur bleiben. Der rot-grüne Senat hat hier ein schlechtes Ergebnis bei der EU-Kommission erzielt. Wir werden das korrigieren.

Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen auf Bundesebene zur Optimierung des Einfuhrumsatzsteuerverfahrens und seine zügige Umsetzung.

Beendigung der „Kreislaufbaggerei“ im Hafen

Noch immer werden zu viele aus Fahrrinne und Hafenbecken ausgebaggerte Sedimente nicht weit genug aus der Elbe hinaus verbracht, sodass die Flut sie wieder in den Hafen spült. Diese Millionenverschwendungen durch ständige „Kreislaufbaggerei“ muss ein Ende haben. Es bedarf der Erarbeitung einer nachhaltigen Lösung für die Wassertiefenhaltung im Hamburger Hafen, und zwar gemeinsam mit dem Bund und Schleswig-Holstein, um die Sedimente langfristig in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) abzulagern zu können. Kurz- und mittelfristig müssen der Bund und Hamburg ihre Baggerarbeiten koordinieren, sodass die „Kreislaufbaggerei“ sofort beendet wird. Durch die verringerten Baggerarbeiten eingesparte Mittel sollen in notwendige Investitionen in die Hafeninfrastruktur fließen.

Solide Planung, Finanzierung und Instandhaltung der Hafeninfrastruktur

Es ist ein großer Erfolg der Freien Demokraten, dass die Planungsmethode des kostenstabilen Bauens auch auf den Hafen ausgedehnt worden ist. Die Hafeninfrastruktur

tur muss durch die Hamburg Port Authority besser als bisher im Sinne des Konzepts des „kostenstabilen Bauens“ geplant, finanziert, nach einem zuverlässigen Zeitplan errichtet, instand gehalten und modernisiert werden. Insbesondere die Verkehrsanbindungen des Hafens sind leistungsfähig auszubauen, und zwar sowohl land- als auch wasserseitig. Ziel ist neben der Nutzung von Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung auch die Verlagerung von Verkehr von der Straße aufs Wasser als Teil eines „Wasserkonzepts 2025“. Neben dem Containerverkehr über Barge schließt dies auch den Personenverkehr mit Wassertaxen oder Hafenfähren ein, die insbesondere eine bessere Erreichbarkeit des Kreuzfahrtterminals Steinwerder sicherstellen sollen.

Neue Köhlbrandquerung und Hafenquerspange

Die Köhlbrandbrücke ist in die Jahre gekommen und behindert aufgrund ihrer mittlerweile zu niedrigen Durchfahrtshöhe die Erreichbarkeit von Hamburgs modernstem Containerterminal in Altenwerder. Sie muss deshalb zeitnah durch einen Tunnel ersetzt werden, der die verkehrlichen Bedarfe der Zukunft berücksichtigt. Der Fokus sollte auf automatisierten Personen- und Wirtschaftsverkehren liegen. Die Einbindung entsprechender Schienenverbindungen ist dabei ebenfalls zu prüfen, auch um insbesondere die Förderungswürdigkeit des Vorhabens seitens des Bundes zu erhöhen. Die Baumaßnahmen sind eng mit denen der ebenfalls zügig zu realisierenden Hafenquerspange (A 26 Ost) abzustimmen, damit gegenseitige Blockaden vermieden werden.

Verbesserung der Hinterlandanbindung

Das Aus für die Y-Trasse war ein schwerer Schlag für die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens und ein Bärenstreich für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Umso wichtiger ist es deshalb, dass Hamburg sich für eine zügige Umsetzung des im Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen, jedoch kleineren Bahn-Nachfolge-Projekts „Optimierte Alpha-E“ auf der Strecke Hamburg-Hannover einsetzt.

Zudem benötigt der Hamburger Hafen den pünktlichen Baubeginn und die zügige Realisierung des ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Bahnprojekts „Ostkorridor“, das insbesondere den Bahnverkehr in Richtung Bayern und Tschechien beschleunigt. Wir wollen außerdem die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens für die Binnenschifffahrt stärken und setzen uns daher für die Sicherstellung der Binnenschiffbarkeit der Elbe bis nach Tschechien ein.

Die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals inkl. seiner Schleusen unterstützen wir ebenso wie den Bau des Fehmarnbelttunnels und seine Anbindung an den Schienennfernverkehr und die Autobahn A 1.

Ansiedlung innovativer, hafennaher Industrien

Der Hamburger Hafen benötigt dringend eine Industrieperspektive, die innovative Produkte und Produktionsverfahren an den Standort holt, für mehr Wertschöpfung in

Hamburg sorgt und Ladung generiert. Wir wollen deshalb entsprechende Flächen im mittleren Freihafen (Steinwerder Süd) schaffen, um bspw. die Produktion von Hochleistungsbatterien oder Brennstoffzellen für mobile und stationäre Anwendungen nach Hamburg zu holen.

Dedicated Terminals als Option

Wir denken über Beteiligungen an Containerterminals im Hamburger Hafen nach. Solche Beteiligungen sollen wie am Beispiel des CTA als Minderheitenbeteiligungen erfolgen und nur dann eingegangen werden, wenn Diskriminierung einzelner Allianzen ausgeschlossen sind und sie mit einer erheblichen Steigerung des Mengenwachstums einhergehen.

Langfristige Planungssicherheit für Hafenunternehmen

Die fehlende Planungssicherheit für die Mieten und Pachten im Hafen belasten das Verhältnis von Politik und Hafenwirtschaft ebenso wie die fehlende Verbindlichkeit bei der Planung für den Kleinen Grasbrook. Wir wollen Planungssicherheit schaffen und deshalb den Letter of Intent zum Kleinen Grasbrook schnellstmöglich in eine rechtsverbindliche Form überführen.

Digitalisierung von Strukturen und Prozessen im Hafen

Die Digitalisierung und Vernetzung von Verkehrsträgern (Schiffe, Bahnen, LKW) und Hafeninfrastruktur ermöglicht die Optimierung komplexer Logistikprozesse und ist eine der wichtigsten Herausforderungen des Hafenmanagements. Es können auch Verwaltungsprozesse bis hin zu Zollkontrollen (z.B. über digitale Frachtpapiere auf Blockchain-Basis) beschleunigt werden. Darum muss der Breitbandausbau im Hafen insbesondere auch im Hinblick auf 5G-Infrastrukturen und Gigabit-Abschlüsse für dort ansässige Betriebe vorangetrieben werden. Erfolge wie die Import- und Exportplattform sowie das Vessel Coordination Center sollten an andere Häfen verkauft werden. Die HPA soll dabei gezielt unterstützen.

Umweltschutz und Luftreinhaltung verbessern

Bei allen damit verbundenen Vorteilen muss sich der Hamburger Hafen aufgrund seiner Lage im Herzen einer Millionenmetropole auch in besonderer Weise den Herausforderungen von Umwelt- und Klimaschutz stellen. Das bedeutet insbesondere eine Optimierung des Angebots von Landstromanlagen und bessere internationale Koordinierung hierbei sowie den Einsatz von LNG-gestützten Energieversorgungslösungen für am Kai liegende Schiffe. Neue Monopole der Versorgung sind dabei zu vermeiden. Innovation made in Hamburg – wie die Hummel und das PowerPack – müssen von der Politik zukünftig unterstützt und nicht behindert werden.

Verbesserung des internationalen Hafen- und Standortmarketings

Wir wollen ein internationales Standortmarketing für Hamburg etablieren. Ziel muss es dabei sein, eine bessere internationale Vermarktung und eine Stärkung der Au-

ßenwirtschaftskompetenz miteinander zu verbinden. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Weiterbildungen über den Hafenstandort sind die Potenziale der Hamburg Ambassadors zu nutzen, die ihre erweiterten Kenntnisse dann in andere Länder tragen können. Die Akzeptanz und Wahrnehmbarkeit für den Standort Hamburg wird damit verbessert.

Reform des Planungsrechts

Um bei zukünftigen Investitionen mehr Sicherheit zu erlangen, muss das Planungsrecht drastisch reformiert werden. Bestrebungen zur Wiedereinführung der Präklusionsregeln im deutschen Verwaltungsrecht durch entsprechende Anpassung von Aarhus-Konvention und einschlägigem Unionsrecht unterstützen wir deshalb ausdrücklich. Ebenfalls zur Vereinfachung der Planfeststellung auf Landesebene sollte Hamburg nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Landesgesetzgebung im Hamburger Landesgewässerrecht einen eigenen Abschnitt über Häfen einführen.

Freihandel unterstützen – Rolle als Welthafenstadt einnehmen

Als Welthafenstadt ist Hamburg seit Jahrhunderten mit der Welt verbunden und lebt vom Handel. Darum soll die Stadt sich, wann und wo immer möglich, konstruktiv und unterstützend in Verhandlungen der EU zum Abschluss von Freihandelsabkommen einbringen. Wir wollen eine „Task Force Brexit“ einsetzen, die die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt, um mit den Folgen des drohenden Brexits bestmöglich umzugehen. Hierfür ist eine Kooperation mit den Kammern und Verbänden anzustreben.

06. Selbstbestimmung und Innovation im Arbeitsmarkt

Die Arbeitswelt verändert sich durch Digitalisierung, Globalisierung und den demografischen Wandel. In vielen Berufen wird es leichter, Arbeitszeit und Ort, ob im Büro, im Homeoffice oder von unterwegs in Telearbeit, selbst zu wählen und damit die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Hobbys oder Ehrenamt freier zu gestalten. Die Möglichkeiten zu flexiblen Wechseln zwischen verschiedenen Arbeitgebern, sowie Anstellung, Selbständigkeit und Unternehmertum werden sich mehren. Digitale Arbeitswelten eröffnen Menschen also mehr Auswahl, wie, wo, wann und was sie arbeiten wollen. Wir wollen diese Veränderungen nutzen, um dem einzelnen Menschen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen und deshalb politisch die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Homeoffice und Telearbeit ermöglichen

Wir wollen mehr Chancen für Homeoffices, mobiles Arbeiten sowie Vertrauensarbeitszeit eröffnen. Denn geleistete Arbeit bemisst sich meist nicht an der Anzahl der am Arbeitsplatz abgesessenen Stunden. Daher wollen wir das Arbeitszeitgesetz modernisieren und die bisherige tägliche Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden

sowie die elfstündige Ruhezeit zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden weiterentwickeln, wie es auch die europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für Homeoffice und mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, wollen wir abschaffen. Wir erkennen an, dass viele Menschen Sorge davor haben, „rund um die Uhr“ erreichbar sein zu müssen. Daher setzen wir uns für einen fairen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein.

Einstieg zum Aufstieg

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schritt für die gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist es deshalb, allen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihnen die Chance zu geben, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu verdienen. Nur wer diesen Einstieg erstmals oder wieder geschafft hat, kann durch fortlaufende Qualifikation auch aufsteigen und vorankommen. Die Möglichkeit zum Einstieg in den Arbeitsmarkt ist deshalb eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Starke Tarifpartner für einen flexiblen Arbeitsmarkt

Wir befürworten einen Arbeitsmarkt, der flexibel auf die Dynamik einer sich verändernden Arbeitswelt reagieren kann. Zeitarbeit, Werkverträge und Befristungen können ein erster Schritt in den Einstieg bzw. Wiedereinstieg sein, deswegen lehnen wir Einschränkungen dieser Arbeitsmodelle durch den Gesetzgeber ab. Wir setzen stattdessen auf die Stärkung der Tarifautonomie und eine höhere Tarifbindung durch eine moderne Tarifpolitik mit passgenauen betrieblichen Regelungen.

Wir unterstützen Vereinbarungen der Tarifpartner zur Verhinderung von Missbrauch und zur Regelung etwa zu „Equal Pay“ in der Zeitarbeit.

Gemeinsame Fachkräftestrategie für die Metropolregion

Hamburg ist bei der Gewinnung von Fachkräften erfolgreicher, wenn es mit starken Partnern zusammenarbeitet. Wir wollen eine gemeinsame Fachkräftestrategie im Verbund als Metropolregion Hamburg verwirklichen.

Bereits vorhandene Fachkräfte wollen wir in der Region und im Arbeitsmarkt halten. Ältere Fachkräfte verfügen über einen umfangreichen Wissens- und Erfahrungsschatz und sind deswegen eine wichtige Bereicherung. Statt starrer Altersgrenzen und Frühverrentung wollen wir Menschen Mut machen länger zu arbeiten, wenn sie wollen und können, und innerhalb des Unternehmens in anderer Funktion zu unterstützen oder in kleinen oder mittelständischen Unternehmen ihre Erfahrungen einzubringen.

Ausbildung bis zum Abschluss

Zahlreiche Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden, während gleichzeitig viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf vereinfachen, indem die Berufsorientierung in den Schulen mas-

siv verbessert wird. Wir Freie Demokraten brechen mit der Erwartung, jeder müsse studieren und wollen Abiturienten gezielt für Ausbildungsberufe werben. Für viele kleinere Betriebe ist es schwierig, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir möchten sie unterstützen, Ausbildungskooperationen einzugehen.

Um die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu reduzieren, wollen wir zur Prävention die Einführung von PraeLab (onlinebasiertes Frühwarnsystem für Ausbildungsabbrüche) in einer Auswahl Hamburger Berufsschulen einführen und nach einem Zeitraum von zwei Jahren auf seine Wirksamkeit evaluieren.

Späte Berufsausbildung statt langer Arbeitslosigkeit

Der Schlüssel zur Teilhabe ist Bildung und Qualifikation. Fehlende Berufsausbildungen sind das größte Hindernis zur Aufnahme einer Beschäftigung. Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sollen deshalb verstärkt die Möglichkeit erhalten, einen qualifizierten Berufsabschluss nachzuholen, anstatt von einer Maßnahme in die nächste übergehen zu müssen. Wir wollen einen Modellversuch in Hamburg starten, der es auch Geringqualifizierten sowie Langzeitarbeitslosen ermöglicht, einen Facharbeiterabschluss in Etappen zu erreichen. Weiterhin muss die Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen unternehmens- und praxisnah und weniger über Beschäftigungsträger gestaltet werden, um diese Bürger langfristig in ein Unternehmen zu integrieren.

Fachkräfte anwerben

Fachkräfte und Auszubildende aus dem deutschsprachigen Raum sowie dem Arbeitsmarkt der EU wollen wir gezielt ansprechen. Verbleibende Engpässe wollen wir durch gezielte Anwerbung außerhalb der EU schließen. Hierfür wollen wir schon in den Heimatländern gezielt über die Metropolregion Hamburg informieren und Fachkräfte und Auszubildende anwerben. Die Auswahl gut ausgebildeter Fachkräfte soll dabei mithilfe eines einfachen und transparenten Punktesystems nach kanadischem Vorbild geschehen. Die unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen wollen wir verbessern.

Beschäftigungserlaubnis durch „Spurwechsel“ in einen gesicherten Aufenthaltsstatus schaffen

Ausreisepflichtigen Personen, die wegen fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können und einem Beschäftigungsverbot unterliegen, soll das einmalige Angebot gemacht werden, im Austausch gegen Ausweispapiere eine Beschäftigungserlaubnis zu erhalten, um die Voraussetzungen des § 25b AufenthG zu erfüllen. Diese Regelung soll mit einer Stichtagsregelung für bereits hier lebende Personen versehen werden.

Effektivität arbeitsmarktpolitischer Instrumente messen und verbessern

Um in Zukunft transparenter über die Effizienz und Effektivität von arbeitspolitischen Maßnahmen in Hamburg Auskunft zu erhalten, werden wir nach dem Grundsatz der

Haushaltstransparenz qualitätsorientierte Kennzahlen zur Messung der Effektivität arbeitsmarktpolitischer Instrumente einführen.

Zukunftslabor gesellschaftliche Zukunftsfragen

Unsere Gesellschaft steht aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Wandel und somit vor neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt. Diese Tatsache bedingt daher notwendige Anpassungen des Umlageverfahrens in den Sozialsystemen. Der Arbeitsmarkt befindet sich insbesondere durch die Digitalisierung und Globalisierung bereits im Wandel. So verändern sich auch die Berufsfelder und Tätigkeitsfelder und parallel die Anforderungen an den Arbeitsmarkt.

Bereits heute zeichnet sich ab, dass durch die demografische Entwicklung immer weniger Einzahler bei steigender Zahl der Empfänger in unseren Sozialsystemen entstehen. Aus diesem Grund ist es notwendig, rechtzeitig auf die Veränderungen zu reagieren und die Sozialsysteme anzupassen. Der Bürger braucht auch weiterhin eine soziale Absicherung, um sich frei entfalten zu können.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gründung eines wissenschaftlich begleiteten Zukunftslabors ein, um eine generationengerechte Sozialpolitik mit zeitgemäßen Umlageverfahren zu entwickeln.

07. Rechtsstaat und Innere Sicherheit garantieren

Unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat muss sich aller Angriffe auf unsere liberale Rechtsordnung konsequent erwehren können. Die Geschehnisse um den G20-Gipfel in Hamburg haben gezeigt, dass die Sicherheitsbehörden dem staatlichen Schutzauftrag gegenüber den Bürgern nicht ausreichend nachkommen konnten. Dieses Versagen hat das Vertrauen der Hamburger in den wehrhaften Rechtsstaat erschüttert.

Extremisten entschieden entgegentreten

Gleich ob Links-, Rechts- oder religiösem Extremismus – als Liberale stellen wir uns jeder Form entschieden entgegen. Mit Organisationen, die nicht eindeutig auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, darf der Staat nicht zusammenarbeiten. Wir setzen uns gegen eine staatliche Förderung dieser Organisationen ein.

Besondere Berücksichtigung müssen hier Präventions- und Deradikalisierungsstrategien gegen Linksextremismus finden. Statt den Linksextremismus effektiv zu bekämpfen, gibt es in Hamburg auch nach den Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel immer noch keine gezielten, spezifisch auf die Gruppe linksautonomer Gewalttäter gerichteten Präventions- und Deradikalisierungsstrategien. Dabei muss Hamburg endlich die Prävention gegen linke Gewalt stärken, entschieden gegen Extremismus vorgehen und die Strafverfolgung von extremistischer Gewalt professionell und rechtsstaatlich ausgestalten. Durch die Ausweitung polizeilicher Präventions-

maßnahmen an Schulen kann linker Gewalt vorgebeugt und das Thema Linksextremismus im Rahmen von außerunterrichtlichen Aktivitäten (Arbeitsgemeinschaften, Projekten und so weiter) stärker berücksichtigt werden.

Wirksame Bekämpfung des Rechtsterrorismus und -extremismus

Die Erfolge der AfD, die Taten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und die Morde und der Synagogenanschlag in Halle haben gezeigt, dass derzeit die größte Gefahr für die innere Sicherheit und den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft von Rechtsaußen kommen. Rechtsextremisten und -terroristen betrachten die offene Gesellschaft als Bedrohung und versuchen, mit Worten und Taten Ängste zu schüren, mit dem Ziel, dass die Gesellschaft ihre eigene Offenheit einschränkt. Dem treten wir entschieden entgegen. Es kann keine Toleranz für Intoleranz geben. Deswegen wollen wir den Verfassungsschutz zur Beobachtung des Rechtsextremismus personell verstärken.

Bessere Koordinierung der Sicherheitsbehörden, um eindeutige Verantwortlichkeiten zu schaffen

Statt mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsam gegen den Extremismus zu kämpfen, ist die Koordination der Sicherheitsorgane untereinander mangelhaft. Dies gilt sowohl für die Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden als auch für die Koordination der Hamburger Behörden untereinander. Dabei darf die Diskussion um Ressortzuschnitte und Kompetenzverteilung nicht tabuisiert werden. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Institution für staatliches Fehlverhalten oder Fehlleistungen verantwortlich ist.

Dem Schutzauftrag des Staates nachkommen

Wenn der Staat das Gewaltmonopol im Ernstfall nicht durchsetzen kann, Bürger ihr Hab und Gut gegen Randalierer ohne Unterstützung der Sicherheitsbehörden allein verteidigen müssen und trotz Notrufen keine Hilfe kommt, büßt die Rechtsordnung an Akzeptanz ein. Doch damit nicht genug: Wenn staatliche Akteure sich dann – auch nach dem Abschluss der Aufarbeitung des G20-Gipfels – trotz gegenteiliger Erkenntnisse hinstellen und behaupten, das Sicherheitsversprechen hätte in der geäußerten Form abgegeben werden dürfen, erodiert das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Dabei muss der Senat seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern nachkommen, indem er bei zukünftigen Gefahren die Bürger angemessen und rechtzeitig warnt, statt sie grob fahrlässig in dem Glauben zu lassen, eine Gefahr würde nicht bestehen.

Rechtsgrundlage für Akkreditierungsverfahren

Wir benötigen die Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Akkreditierungsverfahren, welches Sicherheitsinteressen und grundrechtlich geschützte Positionen in Ausgleich

bringt, rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt und zu einem transparenten, kohärenten und systematischen Verfahren bei der Erteilung von Akkreditierungen führt.

Mittelverwendung bei Demokratieprojekten auf den Prüfstand stellen

Die Mittelverwendung bei sogenannten Demokratieprojekten muss auf den Prüfstand gestellt werden. Hierzu wollen wir das Demokratiebekenntnis als obligatorischen Bestandteil von Zuwendungsbescheiden wiedereinführen.

Reform des Polizeirechts – Bürgerrechte schützen

Wir sprechen uns gegen die Einführung des uferlosen Begriffs der „drohenden Gefahr“ aus, wie er bereits im bayrischen Polizeirecht besteht. Eine weitere Vorverlagerung von Überwachungsbefugnissen ist aus unserer Sicht nicht nötig, da die Anforderungen für die bisherigen Maßnahmen schon sehr niedrig sind.

Die Meldeauflage darf unserer Meinung nach nicht schon bei der kleinsten Gefahr angewandt werden, sondern ist auf die Prävention von Straftaten zu begrenzen. Sie muss schon auf gesetzlicher Ebene zeitlich begrenzt werden und darf nicht zu einer Dauermeldung mutieren.

Eine Ausweitung des Präventionsgewahrsams, insbesondere zur sog. Unendlichkeitshaft, lehnen wir ab. Die Fixierung von Personen kann aus unserer Sicht nur dem Schutz des Betroffenen dienen. Die Ausweitung auf andere Zwecke lehnen wir ab.

Die geplante Einführung der elektronischen Fußfessel und die automatische Analyse von Datensätzen ist aus unserer Sicht viel zu weit gefasst und wird daher von uns abgelehnt.

Kennzeichnungspflicht

Die Kennzeichnungspflicht ist für uns Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit und Vertrauen in unsere Polizisten. Gerade weil wir der Überzeugung sind, dass sich der ganz überwiegende Teil unserer Einsatzkräfte korrekt verhält, halten wir die Kennzeichnung für einen Ausdruck von Transparenz der Polizeiarbeit und setzen uns für die Beibehaltung und weitere Verbesserungen in Hamburg ein.

Vorausschauende Polizeiarbeit

Grundsätzlich begrüßen wir Maßnahmen der vorausschauenden Polizeiarbeit („Predictive Policing“) auf der Basis erfasster Kriminalitätsstatistiken. Die Vorhersage von potenziellen Straftaten darf sich nur auf Orte, nicht auf Personen beziehen. Vorausschauende Polizeiarbeit darf nicht dazu führen, dass sich bei Menschen allein durch den Aufenthalt an einem bestimmten Ort ein diffuses Gefühl des Beobachtetwerdens einstellt.

Überwachungs-TÜV

In den letzten Jahrzehnten wurden zahlreiche neue Überwachungsmaßnahmen eingeführt. Nach der parlamentarischen Debatte über die Sinnhaftigkeit der Einführung, werden nur in den seltensten Fällen die einzelnen Maßnahmen evaluiert. Mindestens einmal pro Legislaturperiode müssen alle Überwachungsbefugnisse auf den Prüfstand. Im Rahmen der Evaluation soll festgestellt werden, ob die Maßnahme tatsächlich hilfreich war, wie oft sie eingesetzt wurde und ob der jeweilige Grundrechtseinriff angemessen war. Auf Grundlage dieser Bewertung soll entschieden werden, ob die Maßnahme weiterhin eingesetzt werden soll oder aufgrund des fehlenden Einsatzes oder des übermäßigen Eingriffs gestrichen werden soll.

Konsequent auf der Seite der Bürgerrechte

Wir Freie Demokraten haben in den letzten Jahren immer wieder bekräftigt, dass Bürgerrechte für uns kein Gegenargument, sondern vielmehr Kern eines freiheitlichen Staates sind. Nur wenn die Privatsphäre umfassend geschützt ist, ist eine freie Entfaltung des Einzelnen möglich, ohne dass dieser das Gefühl des Überwachtwerdens hat und sich folglich verstellt. Deshalb haben wir uns immer wieder gegen die ausufernden zusätzlichen Überwachungsbefugnisse ausgesprochen. Auch wir wollen unsere Sicherheitsorgane vernünftig ausstatten. Dies gelingt nach unserer festen Überzeugung jedoch nicht dadurch, dass wir allen staatlichen Stellen, die wir haben, alle Überwachungskompetenzen, die wir kennen, ermöglichen, sondern durch eine vernünftige technische und personelle Ausstattung der entsprechenden Stellen.

Wir Freie Demokraten lehnen die pauschale Online-Durchsuchung, die pauschale Quellen-TKÜ, die pauschale Vorratsdatenspeicherung, die pauschale biometrische Gesichtserkennung/Videoüberwachung und die ziel- oder anlasslose automatische Kennzeichenerfassung ohne umgehende Löschung von Fehltreffern ab.

Aufwertung des Richtervorbehalts

Der Richtervorbehalt ist für uns kein Durchlaufposten oder eine zusätzliche bürokratische Hürde. Weitere Lockerungen des Richtervorbehalts lehnen wir ab.

Versammlungen als Freiheits- und nicht als Gefahrenabwehrrecht

Die Versammlungsfreiheit ist ein Stück ursprünglicher, ungebändigter, unmittelbarer Demokratie und ein Ausdruck von demokratischer Offenheit. Die Versammlungsfreiheit ist keine Staatsschutzbefugnung, sondern ein demokratisches Teilhaberecht. Wir stehen deshalb für einen umfangreichen Schutz der Versammlungsfreiheit. Aus unserer Sicht braucht daher die Versagung einer Demonstration immer eine Einzelfallprüfung. Einschränkungen über Allgemeinverfügungen erkennen den Stellenwert der Versammlungsfreiheit und werden daher von uns abgelehnt. Für Übersichtsaufnahmen muss eine klare Regelung geschaffen werden. Insbesondere bei Versammlungen lehnen wir die automatisierte Gesichtserkennung ab. Es widerspricht dem Ausdruck demokratischer Offenheit, wenn die Teilnehmer einer Demonstration namenlich erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kontrollstellen und Vorfeld-

maßnahmen in Zusammenhang mit Versammlungen nur zur Prävention von versammlungsspezifischen Gefahren dienen.

Für eine handlungsfähige und attraktive Polizei

Die Polizei soll in erster Linie für die Sicherheit der Bürger zur Verfügung stehen. Dafür muss es genug Einsatzkräfte geben. Neben der Einstellung weiterer Polizisten und Steigerung der Attraktivität der Polizei, bspw. durch eine angemessene Bezahlung, wollen wir zusammen mit den Hamburger Polizisten jede Zuständigkeit der Polizei überprüfen und evaluieren, ob bestimmte Aufgaben nicht besser durch eine andere Stelle erledigt werden können, etwa durch die Verlagerung der Zuständigkeiten bei Ruhestörungen, Schwerlasttransporten und Objektschutz. Zusätzlich wollen wir die Einsatzkräfte von unnötiger Bürokratie befreien, indem Dokumentationen verschlankt und, soweit möglich, Verwaltungsaufgaben an Polizeiverwaltungsassistenten übertragen werden.

Wir wollen keine raren Polizeikräfte durch PR-orientierte Symbolaktionen wie „SoKo Autoposer“ oder die Task Force gegen die öffentlich wahrnehmbare Drogenszene dauerhaft zu Lasten der Erfüllung regulärer Aufgaben binden.

Insbesondere die Beamten des besonderen Fußstreifendienstes, die sogenannten Bürgernahen Beamten, führen zu einer deutlichen Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, weil sie als alltägliche Ansprechpartner und Gesicht der Polizei nach außen wirken. Wir wollen daher ihre Zahl erhöhen, um das von dem einzelnen Beamten bestreifte Gebiet zu verkleinern.

Moderne Ausrüstung für unsere Einsatzkräfte

Die Ausrüstung und IT-Infrastruktur der Polizei muss auf einem technischen Stand sein, der die Polizei in die Lage versetzt, ihre Arbeit vernünftig zu erledigen. Wir wollen bspw. über einen internen Polizei-Messenger den schnellen Austausch von Bildern, Videos oder Visualisierung wichtiger Einsatzinformationen ermöglichen. Dafür sind die Einsatzkräfte mit ausreichend Diensthandys mit Vorrangschaltung und Tablets für die Streifenwagen auszustatten.

Den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG), umgangssprachlich auch Taser, sehen wir kritisch. Ein flächendeckender Einsatz ist unserer Meinung nach nur unter den Voraussetzungen des Einsatzes von Schusswaffen und einer entsprechenden Ausbildung der Polizisten am DEIG möglich.

Sicherheit bei Großveranstaltungen

Die Sicherheit der Bürger ist Kernaufgabe des Staates. Für Antiterrormaßnahmen, wie Betonblöcke, dürfen die Kosten nicht auf den Veranstalter umgelegt werden. Darüber hinaus resultiert die Gefahr von Terroranschlägen nicht direkt aus den Veranstaltungen. Vielmehr handelt es sich um eine Gefahr von außen, die weit über den Bereich der Verantwortlichkeit seitens der Veranstalter hinausgeht. Deshalb setzen

wir uns dafür ein, dass alle externen Sicherheitskosten von der öffentlichen Hand getragen werden.

Bildung braucht Sicherheit

Wir setzen uns für eine umfassende Meldung von Straftaten an Bildungseinrichtungen ein, die alle Gewalt- und Eigentumsdelikte umfasst. Nur wenn alle wichtigen Delikte erfasst werden, kann eine frühzeitige Präventions- und Interventionsarbeit gelingen.

Zur Verbesserung der Prävention wollen wir den Einsatz von Cops4you in den Schulen erweitern.

Entschieden gegen häusliche Gewalt

Etwa jede dritte Frau in Deutschland hat seit ihrem 15. Lebensjahr mindestens eine Form von körperlicher und/oder sexueller Gewalt erfahren. Häusliche Gewalt zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten und Altersklassen, sie ist unabhängig vom Bildungsstand und nicht selten sind auch Kinder davon betroffen. Unter dem Einfluss von Gewalt ist ein selbstbestimmtes Leben nicht möglich, vielmehr beherrschen Angst und Scham den Alltag der Betroffenen. Deshalb gilt es, jede Form von Gewalt, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung, entschlossen zu bekämpfen.

Wir Freie Demokraten lehnen jegliche Form von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt ab und treten ein für:

- eine unkomplizierte und schnellstmögliche psychologische Unterstützung für Gewaltpfifer,
- rechtlichen Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung für alle Betroffenen,
- die Rücknahme der Kürzungen bei der Finanzierung von Frauenhäusern,
- die Einrichtung eines Opferschutzbeauftragten für die Hansestadt Hamburg sowie die Erstellung eines Opferschutzkonzeptes und regelmäßige Evaluierung der darin enthaltenen Maßnahmen,
- die bessere Zusammenarbeit und Vernetzung mit den verantwortlichen Akteuren staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen,
- die bessere Unterstützung von Fachstellen in ihrer Arbeit mit von häuslicher Gewalt betroffenen Kindern,
- die Entwicklung eines Gewaltschutzkonzeptes für Studentenwohnheime,
- den Ausbau bundes- und landesweiter Koordinierungs- und Monitoringstellen sowie regelmäßige und umfangreiche Datenerhebung,
- den Ausbau der Arbeit mit Tätern,

- die regelmäßige und bundesweite Sensibilisierung (z.B. durch verpflichtende Fortbildungen) von Behörden, Richterschaft und Polizei.

Verantwortlichkeiten in der Terrorismusabwehr klären

Der Fall Amri hat gezeigt, dass die Kooperationen von Bund und Land im Gemeinsamen GTAZ (Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum) und GETZ (Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum) nicht funktionieren. Wir setzen uns für eine Umstrukturierung mit klaren Zuständigkeiten und einer gesetzlichen Grundlage für die Zusammenarbeit ein, um zu verhindern, dass wichtige Informationen untergehen, die Terroranschläge verhindern könnten.

Nichts zu verbergen und trotzdem Datenschützer

Datenschutz ist für uns kein Gegenargument, sondern Kern liberaler Politik. Nur wenn die Privatsphäre umfassend geschützt ist, ist eine freie Entfaltung der Persönlichkeit möglich. Statt dem Staat immer weitere Überwachungsbefugnisse zu geben, setzen wir darauf, die bestehenden Möglichkeiten besser zu nutzen und die Polizei personell und technisch vernünftig auszustatten.

Wir wollen keinen gläsernen Bürger. Wir stehen deshalb für das Recht auf Verschlüsselung. Auch darf der Staat nicht überall anfallende Daten abgreifen. Deswegen lehnen wir bspw. einen Abgriff von Daten im staatlichen WLAN ab und sprechen uns dagegen aus, Sicherheitslücken in Software für Staatstrojaner zu nutzen.

Mit den Daten der Bürger muss der Staat verantwortungsbewusst umgehen. Nicht nur muss regelmäßig überprüft werden, ob die Daten noch benötigt werden, sondern der Staat muss die Daten auch schützen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die gesamte Verwaltung nur über sichere Kanäle kommuniziert und die Daten sicher gespeichert werden. Gerade bei sensiblen Daten, wie im polizeilichen Auskunftssystem POLAS, muss darauf geachtet werden, dass die Daten nur für Dienstzwecke und nicht aus privatem Interesse genutzt werden.

Daten können besser geschützt werden, wenn die Datensätze nicht unnötig oft gespeichert werden. Mit dem Once-Only-Prinzip setzen wir uns nicht nur für eine sehr datensparsame Methode in der Verwaltung ein, sondern reduzieren zugleich auch deutlich die Bearbeitungszeit für Formulare, wenn nur noch Daten an die Behörde übermittelt werden müssen, die der Behörde noch unbekannt sind.

Hackerangriffe und Datenklau stellen nicht nur eine Gefahr für die Privatsphäre dar, sondern sind auch ein enormer wirtschaftlicher Schaden. Wir Freie Demokraten wollen alle Menschen in die Lage zu einem sicherheitsbewussten Umgang mit digitalen Technologien versetzen. Denn nur wer Risiken sachlich und korrekt einschätzen kann, kann sein Verhalten daran ausrichten, diese zu minimieren. Cybersecurity muss bereits in der Schule als Bestandteil der Medienkompetenz vermittelt werden. Lehrer wollen wir auf diesem Gebiet aus- und weiterbilden.

Vereinbarungen des Justizvollzugsfriedens konsequent umsetzen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum vereinbarten Justizvollzugsfrieden. Mit ihm ist es gelungen, liberale Politik in Regierungshandeln umzusetzen. Denn die Vereinbarung trägt eine klar erkennbare liberale Handschrift. An der Grundstruktur des jetzigen Vollzugs bezüglich Standorte und der Jugendhaft in Billwerder festzuhalten, bringt Stabilität in den Vollzug. Für uns spielt die Resozialisierung eine herausgehobene Rolle. Der neue Jugendvollzug ist eng verzahnt mit dem Landesresozialisierungs- und Opferhilfegesetz. Resozialisiert werden bedeutet auch, einen Neustart ins Leben wagen zu können und dabei müssen wir die Jugendlichen unterstützen.

Das Projekt der neuen Jugendvollzugsanstalt wird auf die Initiative der Freien Demokraten hin durch die Expertise eines Projektbeirats begleitet.

Aufgabekritik und Modernisierung in der Justiz

Wir wollen verurteilte Personen, die eine Geldstrafe nicht zahlen können, nicht ins Gefängnis stecken, sondern zu gemeinnütziger Tätigkeit verpflichten. Damit wird der Strafvollzug entlastet und gleichzeitig ein nützlicher Beitrag für gesellschaftliche Aufgaben geleistet.

Es kann nicht sein, dass mutmaßliche Straftäter wegen überlanger Verfahrensdauer aus der U-Haft entlassen werden müssen. Wir wollen die Justiz deswegen technisch und personell so ausstatten, dass Verfahren schneller geführt werden.

Bei der Digitalisierung der Hamburger Justiz braucht es mehr Tempo. Online-Klagen und elektronische Aktenführung (E-Justice) sparen Zeit und Geld und erleichtern den Informationsaustausch. So lassen sich Verfahren beschleunigen und überflüssige Bürokratie abbauen: Die Projekte zur Einführung der elektronischen Gerichtsakte müssen bundesweit koordiniert und – soweit möglich – hier in Hamburg beschleunigt werden.

Auch sind bundesweit identische Austauschformate für die elektronische Gerichtsakte notwendig. Zum reibungslosen elektronischen Rechtsverkehr gehören auch Breitbandzugänge für die Justiz.

Der digitale Wandel verändert die Berufstätigkeit der Juristen. Neue Geschäftsmodelle entstehen im Bereich der Legal-Technologie. Für diese Anwendungen wollen wir Freie Demokraten einen rechtlichen Rahmen schaffen, der die Qualität von rechtsberatenden Dienstleistungen auf hohem Niveau sichert, ohne dass zu enge Vorgaben innovative Lösungen auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt behindern.

Juristenausbildung

Die juristische Ausbildung in Hamburg verdient höchste Qualität und ein modernes Prüfungsrecht. Um Chancengleichheit zu gewährleisten, wollen wir ein angepasstes Prüfungsrecht in allen Ländern hinsichtlich des Stoffs und des Prüfungsumfanges unter Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten (z.B. Kommunalrecht).

Wir wollen die Option, das Staatsexamen in verschiedene Zeiträume abzuschichten, wie bspw. in NRW, einführen und ermöglichen, die schriftliche Prüfung am Computer abzulegen. Alle Examenskandidaten sollen an ihrem Wunschtermin schreiben können, um nötigenfalls zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, die auch Termine mit über 200 Kandidaten ermöglichen.

Wir wollen die bisherige Limitierung der Stationsvergütung im Referendariat abschaffen und lehnen eine Anrechnung auf die Bezüge ab.

Feuerwehr und Rettungsdienst

Für eine sichere Stadt ist nicht nur die Polizei verantwortlich. Brandbekämpfung und Lebensrettung gehören genauso zu den Kernaufgaben des Staates. Wir wollen die Feuerwehr und die Rettungsdienste in die Lage versetzen, diese Aufgabe bestmöglich zu erledigen. Dazu gehört die Entlastung von Aufgaben, wie durch die Verlagerung des vorbeugenden Brandschutzes auf Dritte, aber auch die Verbesserung der Eintreffzeiten. Im Ernstfall zählt jede Sekunde. Mit Maßnahmen, wie „Grüne Welle für Retter“, wollen wir dafür sorgen, dass die Einsatzkräfte schneller vor Ort sind. Um dem bestehenden erhöhten Krebsrisiko der Feuerwehreinsatzkräfte entgegenzuwirken, wollen wir Maßnahmen zur Verhinderung einer Kontaminierungsverschleppung ausweiten und die Einsatzkräfte entsprechend schulen.

Freiwillige Feuerwehr stärken

Das Ehrenamt, insbesondere im Bereich der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen, ist eine unglaubliche Bereicherung für unsere Stadt. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre unsere Stadt nicht so lebenswert, wie sie es heute ist. Diese Leistung wollen wir Freie Demokraten anerkennen, indem die Bedingungen des Ehrenamts verbessert werden.

Wir wollen erreichen, dass alle Feuerwehreinsatzkräfte als Anerkennung pauschal und unbürokratisch eine Art „Erfrischungsgeld“ nach einem Einsatz erhalten. Um die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr und der Hilfsorganisationen zu gewährleisten und diese von Wartungsarbeiten zu befreien, soll jedem Standort ein hauptamtlicher Gerätewart zugewiesen werden.

Die starre Altersobergrenze von 60 Jahren für den aktiven Einsatzdienst in den Freiwilligen Feuerwehren wollen wir aufheben. Auf Antrag und nach ärztlicher Untersuchung soll ab dem 60. Lebensjahr eine Verlängerung des aktiven Einsatzdienstes um jeweils zwei Jahre ermöglicht werden. Auch wollen wir die Alterseintrittsgrenze von 45 Jahren aufheben.

Erste Hilfe geht jeden an – mehr qualifizierte Ersthelfer

Bis die Rettungskräfte eintreffen, kann die Überlebenschance durch geschulte Ersthelfer massiv gesteigert werden. Neben niedrigschwelligen Angeboten wollen wir deshalb innovative Konzepte erproben, wie die Alarmierung ausgebildeter Ersthelfer

in unmittelbarer Nähe von Notfallpatienten über eine durch die Leitstelle aktivierte App.

Damit mehr Menschen fit in Erster Hilfe sind, setzen wir uns dafür ein, dass Erste-Hilfe-Kurse spätestens ab der fünften Klasse als wiederkehrendes Element im Unterricht verankert werden. Für Grundschüler sind auf die Altersgruppe abgestimmte pädagogische Konzepte, wie die Blaulichtzwerge, weiterzuentwickeln und auszubauen. Unser Ziel ist es, an jeder weiterführenden Schule einen funktionierenden Schulsanitätsdienst einzurichten. Dies kann nur in enger Kooperation mit den Hilfsorganisationen und deren Jugendorganisationen erfolgen. Ein Engagement im Schulsanitätsdienst wollen wir den jeweiligen Schülern schulisch anrechnen, etwa als besondere Lernleistung.

Einheitliche 5er-Wahlkreise für Bürgerschafts- und Bezirkswahlen

Die bisherigen Mehrpersonenwahlkreise mit drei, vier oder fünf Mandaten führen dazu, dass unterschiedliche Stimmanteile notwendig sind, um ein Mandat zu erringen. Daher sprächen wir uns für eine Vereinheitlichung zu 5er-Wahlkreisen für die Bürgerschafts- und Bezirkswahl aus. Zwölf Wahlkreise mit je fünf Mandaten bei der Bürgerschaftswahl sind angemessen, die übrigen Sitze wären nach den Landeslistenstimmen zu vergeben.

Kein Paritätsgesetz

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie zum Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien. Wir werden keine Regelungen zur paritätischen Besetzung von Wahllisten in Hamburg unterstützen.

Elektronische Wahlen

Wir stehen einer elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Volksentscheiden offen gegenüber, sofern sie dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl entspricht und Manipulationen ausschließt. Für die nächste Bezirksversammlungswahl wollen wir deswegen ein Pilotprojekt starten.

Mehr Bürgerbeteiligung in der Gesetzgebung

Wir treten dafür ein, dass Bürger künftig Themen, die sie bewegen, über ein Online-Beteiligungsverfahren bei der Hamburgischen Bürgerschaft anmelden können und dass sich das Parlament – bei entsprechender Unterstützung der Bevölkerung – hiermit in öffentlicher Sitzung befassen muss. Außerdem wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass Petitionen von Bürgern mit einer qualifizierten Minderheit der Mitglieder der Bürgerschaft im Parlament zur Aussprache gebracht werden können.

08. Stadtteile und Quartiere mit Augenmaß entwickeln

Für uns Freie Demokraten gehören eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung und Verkehrsplanung zusammen. Wohnen und Arbeiten gehören für viele Menschen in denselben lokalen Raum. Deshalb wollen wir als städteplanerisches Entwurfsprinzip Wohnen und Arbeiten deutlicher zusammenbringen, als es in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Dies trägt der in den Bezirken überwiegend klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur Rechnung. Die damit einhergehenden geringeren Wegstrecken bedeuten nicht zuletzt auch eine geringere Infrastruktur- und Umweltbelastung.

Für uns ist die städtebauliche Entwicklung das zentrale Thema für die Erhaltung der Attraktivität im Kerngebiet der Stadt und in der Metropolregion Hamburg. Sie ist im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe ein wesentlicher Faktor. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu erfolgreich gewachsenen Strukturen und der Annahme neuer Herausforderungen, um unsere Stadt noch schöner und attraktiver zu gestalten. Liberale Stadtentwicklungs politik für ein erlebbares Hamburg setzt auf die großen Potenziale der zahlreichen Grünzüge und Naherholungsgebiete in unserer Stadt. Zugleich wollen wir mehr Lebensqualität in den einzelnen Quartieren vor Ort schaffen.

Für die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Erholung erfüllen die Bezirke wichtige Funktionen für die Menschen in unserer Stadt.

Ziele der städtebaulichen Arbeit für uns Freie Demokraten sind der Erhalt und die behutsame Weiterentwicklung unserer lebenswerten Stadt mit und für alle Bürger. Eine an Einwohnern wachsende Stadt betrifft alle Bezirke. Deshalb wollen wir einen Stadtentwicklungsplan für die kommenden zwei Jahrzehnte schaffen, der die Bürger mitnimmt und frühzeitig die Stadtplanungsprojekte ganzheitlich und zusammenfassend betrachtet. Wir setzen dabei auf den mündigen, eigenverantwortlich handelnden Bürger, der sich auch dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt.

Wir Freie Demokraten wollen den aus den 1960er bzw. 1970er Jahren stammenden Verkehrsentwicklungsplans forschreiben und in eine ganzheitliche Stadtentwicklung einbeziehen.

Wohnungsangebot erhöhen

Hamburg sieht sich einer wachsenden Nachfrage nach Wohnungen unterschiedlichen Typs, Größe und Preislagen in allen Bezirken der Stadt ausgesetzt. Notwendig ist ein differenziertes und nachhaltig geplantes Bauprogramm in allen Segmenten und Preiskategorien, an dem sich private Investoren, Wohnungsbaugenossenschaften und auch öffentliche Wohnungsbauunternehmen verstärkt beteiligen. Wir bekennen uns zum stadtweiten Konsens des sogenannten „Dritt-Mix“ beim Wohnungsbau auf städtischen Flächen. So wird ein Mix aus 1/3 gefördertem Wohnungsbau, 1/3 freifinanziertem Mietwohnungsbau und 1/3 Eigentumswohnungen angestrebt. Das kann nur in Kombination aus maßvollem Neubau und behutsamer Nachverdichtung gelingen.

Auch Kleingärten können als Wohnungsbaulächen gegen Bereitstellung entsprechender ortsnaher Ersatzflächen genutzt werden. Dabei muss die ökologische Funktion von Kleingartenflächen berücksichtigt werden.

Gerechte Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt schaffen

Auf begrenzter Fläche wollen wir ökologisch wertvolle Ressourcen erhalten und gleichzeitig für bezahlbaren Wohnraum sorgen, indem wir Investitionshemmnisse reduzieren. Anreize wie Gleichbehandlung aller Berufsgruppen bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen sowie regelmäßige Überprüfung der Berechtigung zur Inanspruchnahme öffentlich geförderten Wohnraums und gegebenenfalls Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe.

Wir möchten Überregulierungen und Beschränkungen aufheben, bspw. im Homesharing. Sie bietet Wohnungsnehmern eine innovative Möglichkeit, kurzfristig nicht benötigten Wohnraum anderen zur Verfügung zu stellen. Auch ein solcher Markt muss sich an Spielregeln halten. Der Staat muss sich gegen „schwarze Schafe“ am Wohnungsmarkt zur Wehr setzen, die regulären Wohnraum dauerhaft zweckentfremden und damit langfristig dem Wohnungsmarkt entziehen. Die erneute Verschärfung des sogenannten „Wohnraumschutzgesetzes“ lehnen wir jedoch ab, da diese sich gegen alle Anbieter richtet und nicht nur gegen die missbräuchliche Nutzung.

Mehr Transparenz durch aktuelles Planrecht

Hamburgs Planrecht ist vielfach veraltet und stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren. Zeitgemäße Bebauung mit entsprechend angepassten Geschoss Höhen ist derzeit nur mit Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen möglich. Die Folgen sind langwierige Einspruchs- und Genehmigungsverfahren. Auch werden Bauwilligen durch Politik und Verwaltung viel zu häufig zusätzliche Leistungen für positive Genehmigungsbescheide abverlangt. So wird Wohnungsbau immer teurer und langwieriger und das Baurecht wird konterkariert. Wir wollen deshalb ein Baurecht für jedermann, d.h. die zeitnahe Baugenehmigung für denjenigen, der die im Bebauungsplan gegebenen Kriterien erfüllt. Wir brauchen die Aktualisierung aller Flächennutzungs- und daraus resultierenden Bebauungspläne in den Bezirken.

Baugenehmigungen vereinfachen

Wir setzen uns für beschleunigte Baugenehmigungsverfahren ein. Die Genehmigungsprozesse in den Bezirken müssen einfacher und serviceorientierter ablaufen, z.B. durch einen einheitlichen Ansprechpartner (one-face-to-the-customer).

Kostentreiber eliminieren

Wir wollen Anreize schaffen, wie den Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie. Kosten, die dem Vermieter bei der Vermietung entstehen, werden in der Regel auf den Mieter umgelegt. Daher muss Schluss sein mit immer neuen Regelungen, die Schritt für Schritt den Mietpreis und die Nebenkosten in die Höhe treiben. Mietsteigerungen wollen wir durch Entbürokratisierung über einen „Wohnkosten

-TÜV“ bremsen. Entsprechend sollen alle neuen und bestehenden Gesetze künftig einer Wohnkostenfolgeschätzung unterzogen werden. Dabei soll aufgezeigt und geprüft werden, welche Auswirkungen auf die Steigerung von Mieten, Nebenkosten, Baukosten und Genehmigungsprozesse zu erwarten sind. Stellschrauben, die zu mehr oder weniger Mietbelastung führen, wollen wir identifizieren und zur Reduzierung der Belastung nutzen.

Ebenso werden wir bei der Reform der Grundsteuer in Hamburg eine flächen- statt wertabhängige Besteuerung einführen, die unbürokratischer ist und zu weniger Kosten für Hausbesitzer und Mieter führt.

Nachverdichtung vorantreiben

Gerade in den dicht bebauten Stadtteilen liegt das Potenzial für mehr Wohnraum vor allem in intelligenter Nachverdichtung, z.B. durch Umwandlung von ungenutzten Flächen in Bundesliegenschaften, verstärkter Altlastensanierung, Nachverdichtung in Baulücken, Kombination von Wohnbebauung mit Handel und Gewerbe oder dem Dachausbau. So wird Wohnraum geschaffen, ohne dass wertvolle Flächen anderswo versiegelt werden. Durch konsequente Identifizierung entsprechender Potenziale und Entbürokratisierung von Genehmigungsprozessen, z.B. bei Brandschutz, Barrierefreiheit, Auflagen für „störendes Gewerbe“ oder bei Energieeinsparung, wollen wir die Nachverdichtung und Durchmischung von Quartieren erleichtern.

Neue und alte Stadtteile konsequent für den Wohnungsbau erschließen

Trotz knapper Flächen hat Hamburg weiter Entwicklungspotenzial über die „HafenCity“ hinaus, welches konsequent genutzt werden muss, um die Stadträume gestalterisch aufzuwerten und einer flächeneffizienteren Nutzung zuzuführen. Wir begrüßen deshalb z.B. Planungen zum Wohnungsbau in der „Neuen Mitte Altona“, bei denen zukünftig auch eine mögliche unterirdische Trassenführung für eine westliche Elbquerung von Fern- und S-Bahn zu berücksichtigen ist.

Für das Entwicklungsgebiet „Stadteingang“ sind die Überlegungen des Testplanverfahrens in weiteren Wettbewerbsverfahren zu vertiefen. Dabei sind auch der Bedarf an Gewerbeflächen in Verbindung mit Wohnnutzungen und die Realisierung des „Elbdomes“ als multifunktionale Veranstaltungshalle mit Gastronomie, Hotellerie und Entertainment-Angeboten zu berücksichtigen. Die Stadtteile Rothenburgsort und Veddel sind in eine intelligente und ansprechende städtebauliche Konzeption miteinzubeziehen.

Die städtebauliche Entwicklung der östlichen HafenCity muss auf dem „kleinen Grasbrook“ fortgesetzt werden mit einem innovativen Stadtteil, der Forschung und Entwicklung mit Start-up-Unternehmen zusammenführt und als experimentelles Labor innovativer digitaler Technologien dient. Die Verbindung von kreativen und flexiblen Wohnformen mit gewerblichen und wissenschaftlichen Nutzungen soll dem Stadtteil eine Identität verleihen, die ihn vom Charakter der HafenCity unterscheidet. Die infrastrukturelle Anbindung des „kleinen Grasbrook“ muss von Beginn an mit der Verlängerung der U4 und einem Brückenschlag vom Baakenhafen geplant werden. Ein

einseitiges Verkehrskonzept, das unterirdische Stellplatzmöglichkeiten ungenutzt lässt und sich gegen individuelle Mobilität richtet, lehnen wir Freie Demokraten ab.

Das Entwicklungsgebiet Oberbillwerder ist eine weitere große Chance für Hamburg, um auch in den Außenbereichen weiteren attraktiven Wohnraum zu erschließen. Je-doch müssen die bisherigen Planungen die Bedürfnisse der umliegenden Stadtteile im Bezirk Bergedorf besser berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die Nah-versorgung oder das Verkehrskonzept. Damit Oberbillwerder tatsächlich zu einer Win-win-Situation für derzeitige und künftige Bewohner im Bezirk Bergedorf werden kann, muss die Leistungsfähigkeit der ÖPNV-Anbindung tatsächlich gewährleistet sein und bestehende Nadelöhre für die PKW-Zuwegung beseitigt werden. Die Stra-ßenanbindung muss schon zu Beginn der eigentlichen Bauarbeiten fertiggestellt sein, um die umliegenden Stadtteile vom jahrelang andauernden Baustellenverkehr zu entlasten.

Potenziale für den Wohnungsbau an den Magistralen nutzen

Hamburg braucht auch eine durchdachte Weiterentwicklung der Magistralen mit Bü-ro- und Gewerbegebäuden als Lärmschutzriegel in erster, und dringend benötigtem Wohnraum in zweiter und dritter Reihe. Dort wo es bisher noch ein- oder zweige-schossige Bauten gibt, wie zum Beispiel an der Hamburger Straße, in der Wandsbe-ker Chaussee oder der Stresemannstraße können wir uns eine höhergeschossige Straßenrandbebauung vorstellen. Dies würde nicht nur mehr Wohnraum schaffen, sondern auch einen Lärmschutz für die dahinterliegenden Wohnquartiere bilden. Die damit einhergehenden geringeren Wegestrecken zwischen Wohnung, Arbeitsplatz und Gewerbe bedeuten auch eine geringere Infrastruktur- und Umweltbelastung.

Wiedereinführung der Stellplatzpflicht

Insbesondere mit Blick auf die Nachverdichtungen und Neubaumaßnahmen ist es notwendig, die 2014 abgeschaffte Stellplatzpflicht wieder einzuführen. Bauherren sind somit verpflichtet, 0,6 bis 0,8 Autostellplätze pro Wohneinheit zu bauen. Hier-durch sollen der Parkplatzsuchverkehr sowie die Lärm- und Abgasbelästigung in den Quartieren vermieden werden.

Mietpreisbremse abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen die Hamburger Mietpreisbremse aufheben. Denn sie ist tatsächlich eine Wohnraumbremse, weil sie Investitionen in mehr Wohnraum verhin-dert. Gerade Privatpersonen überlegen sich im Moment genau, ob sich Investitionen noch lohnen. Wenn sich Vermieter aus dem Markt zurückziehen, verknapppt sich das Wohnungsangebot weiter. Die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch nicht besser. Zudem lehnen wir die Ausweitung der sogenannten „sozialen Erhal-tungsverordnung“ auf weitere Stadtteile bzw. Quartiere wegen ihrer investitionshem-menden Folgen sowie Überlegungen zur Enteignung oder die Einführung eines so-genannten „Mietendeckels“ nach Berliner Vorbild ab.

Eigentum fördern – Hamburg zu einer Stadt von Eigentümern machen

Wohneigentum ist weiter das beste Mittel zur Vorsorge für das Alter. Selbst Wohneigentum zu erwerben, soll für die Menschen deswegen wieder leichter möglich und attraktiver werden. Wir brauchen einen Stopp der Politik, nach der städtische Flächen nur noch in Erbbaurecht vergeben werden. Dies verknüpft nämlich das Grundstücksangebot und verteilt damit die Grundstückspreise. Zudem wird so der Bau von Eigentumswohnungen erschwert. Erbbaurecht sollte deshalb in Hamburg nicht staatsgläubig als „Allheilmittel“ eingesetzt werden, sondern nur dort gezielt genutzt werden, wo es um für die Stadtentwicklung strategisch wichtige Flächen geht. Zudem wollen wir für Selbstnutzer einer Wohnung oder eines Hauses einen Grunderwerbssteuerfreibetrag auf einen Kaufpreis von 500.000 EUR schaffen. Das setzt Anreize für Familien und den Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, eine eigene Immobilie zu erwerben oder zu bauen, ohne dass durch die Maßnahme ungewollt Spekulation oder reine Mitnahmeeffekte befördert werden.

Lebensqualität im Stadtteil erhöhen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Ausweisung von mehr Flächen für den Wohnungsbau und die Vergabe baureifer Grundstücke nach Konzeptkriterien statt nach Höchstpreis erfolgt. Dabei gehören Wohnen und Arbeiten für viele Menschen zusammen, möglichst im selben lokalen Raum. Dies trägt der in den Bezirken überwiegend klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur Rechnung. Die damit einhergehenden geringeren Wegstrecken und somit Zeitersparnis bedeuten nicht zuletzt auch eine geringere Infrastruktur- und Umweltbelastung.

Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung an Stadtteil- und Quartiersplanungen, abgestimmt zwischen Fachbehörden und Bezirksämtern, soll gängige Praxis werden. Des Weiteren setzen wir uns für ein erlebbares Hamburg und setzen daher auf den Erhalt und die Pflege der zahlreichen Grünzüge und Naherholungsgebiete in unserer Stadt. Daraus muss eine Nachverdichtung bestehender Quartiere mit Augenmaß und gebotener Zurückhaltung gegenüber der Bebauung dünner besiedelter Stadtgebiete erfolgen. Ferner ist bei einer Nachverdichtung auch stets die örtliche Versorgung (hinreichendes Angebot an Kitas, Schulen, Einkaufs-, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten) einzuplanen.

09. Öko-urbane Metropole Hamburg

Wir Freie Demokraten stehen zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und richten unser Handeln danach aus. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns Liberale steht nicht zur Debatte, ob ein wirksamer Klimaschutz stattfinden muss. Vielmehr wollen wir ihn ambitioniert und lösungsorientiert angehen. Unser Ziel ist es, Umweltbelastungen spürbar zu senken und zugleich die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt zu verbessern, insbesondere auch, um den nachfolgenden Generationen eine in jeder Hinsicht lebens-

werte Stadt zu hinterlassen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Maßnahmen zum Klimaschutz die Akzeptanz der Bürger voraussetzen. Hierbei stellen wir uns optimistisch und mit aller Entschiedenheit jedwedem Versuch der Instrumentalisierung über Schreckensszenarien oder dem Schüren von Ängsten entgegen. Wir wollen unbedingt eine Spaltung der Gesellschaft bei diesem Thema verhindern. Dabei konzentrieren wir uns auf Maßnahmen, die nachweisbare Effekte für die Umwelt haben und bei denen Kosten und Wirkung in einem vernünftigen Verhältnis zueinanderstehen. Überzogene Klimaschutzmaßnahmen mit gravierenden sozialen Folgen müssen wir für die Hamburger Bürger durch höchst effiziente Klimaschutzmaßnahmen vermeiden.

Ökologie und Urbanität stellen in der Metropole Hamburg aus Sicht von uns Freien Demokraten daher keinen Widerspruch dar und können mit innovativen Ideen und Maßnahmen nachhaltig miteinander in Einklang gebracht werden.

Das Ziel ist Klimaschutz – der Weg ist Innovation

Hamburg muss zu einem weltweit bedeutenden Forschungs- und Entwicklungstandort für klimaneutrale Technologien werden, beispielsweise bei der Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie und der Einführung synthetischer Kraftstoffe als Ersatz für fossile Brennstoffe. Der künftige Hamburger Klimaschutzplan muss seine Maßnahmen konsequent nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten ausrichten. Wie bekommen wir für unser Geld das meiste CO2 eingespart? Bundes- und europaweit wollen wir deshalb keine CO2-Steuer und Einzelregulierungen, sondern kurzfristig den Emissionshandel in den Vordergrund stellen, der nachweislich das effizienteste Instrument bei der Einsparung von Emissionen ist. Dementsprechend muss er konsequent ausgebaut werden. Die Stadt Hamburg muss hierbei Vorbild sein.

Neben der Vermeidung von CO2 kann das bereits in der Atmosphäre vorhandene CO2 in einem CO2-Kreislauf in den Produktionsketten gebunden werden. Wir Freie Demokraten möchten die Entwicklung entsprechender Technologien fördern. Hierzu wollen wir, ebenso wie für freie Forschung, die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Neben künstlichen Formen der CO2-Reduktion wollen wir auch vermehrt natürliche CO2-Senken schaffen. Die bestmöglichen natürlichen CO2-Senken ergeben sich aus einer gesunden und artenreichen Vegetation. Daher setzen wir uns für Ausbau, Erhalt und Schutz qualitativ hochwertiger Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete ein.

Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass gerade die Umstellung von Produktions-technologien zeitaufwendig und mit hohen Kosten verbunden ist. Deshalb müssen Umstellungsprozesse mit Vernunft und Augenmaß geschehen, so dass kein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht. Für die Begleichung der entstehenden Kosten müssen unter anderem die Einnahmen des CO2-Zertifikatehandels genutzt werden.

Eine weitere Versiegelung von Böden in Hamburg ist möglichst durch die Förderung einer flächenschonenden Architektur zu vermeiden. Für die nicht vermeidbare Versiegelungen von Flächen zur Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen muss die Freie Hansestadt Hamburg möglichst zeit- und ortsnah qualitativ hochwertige Aus-

gleichsflächen schaffen. Bei der Schaffung von Ausgleichsflächen kommt es für uns insbesondere auch auf die Qualität der ökologischen Bedingungen an, statt nur auf ihre Größe. Die naturnahe, qualitativ hochwertige Bepflanzung und Beschaffenheit der Ausgleichsfläche ist uns wichtiger. Auch können wir Ausgleichsflächen in Hamburg in die Höhe wachsen lassen.

An geeigneten Stellen soll Dach- und/oder Fassadenbegrünung weiterhin gefördert werden. Zusätzliche Auflagen für Bauherren zur Begrünung von Häusern lehnen wir ohne vorherigen wissenschaftlichen Nachweis der Wirksamkeit dieser Maßnahmen ab. Wir begrüßen daher eine wissenschaftliche Prüfung, welche Art von Grünbeplanzung in Hamburg fassadentauglich ist, welche Fassadenmaterialien begrünungstauglich und pflegeleicht sind; dabei sollte zudem nachgewiesen werden, welche Form der Fassadenbegrünung messbar relevante Erfolge für den Klimaschutz im verdichteten Stadtraum beiträgt.

Hamburg für den Klimawandel fit machen – das Stadtklima verbessern

Die Stadt braucht eine wissenschaftlich fundierte Klimaanpassungsstrategie, um für die kommenden Jahrzehnte geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Für den Erhalt der Lebensqualität auf Freiflächen, Plätzen und Siedlungen brauchen wir die Wärmekartierung der Stadt, um den Klimaeinfluss auf den Wärmehaushalt der Stadt zu erfassen und zu mindern. Wir benötigen eine integrierte Planung von Entsiegelung, Rückhaltung und Versickerung sowohl in Hochwasserentstehungs- als auch in Überschwemmungsgebieten. Dabei wollen wir Straßen und öffentliche Flächen als Auffangreservoir für Starkregenereignisse ausgestalten. Darüber hinaus wollen wir vermehrt „blaue“ (Brunnen, Wasserspiele) und „grüne“ (Dachbegrünung, Bäume oder auch Hochbeete) Elemente im öffentlichen Raum, insbesondere in städtischen Hitzeinseln, nutzen und die Hamburger Infrastruktur an Wetterextreme anpassen.

Natur in der Stadt durch intelligente Vernetzung und Aufwertung erhalten

Wir verstehen Naturschutz und Naturerlebnis als untrennbare Teile unserer Stadtkultur. Grünflächen sind wichtig für das Stadtklima und dienen als Erholungsfläche für Mensch und Natur. Daher wollen wir Grünflächen erhalten und der „Wildnis“ mehr Raum auch im Kleinen gewähren.

Wir wollen die Aufforstung vorantreiben und für jedes Kind, das in Hamburg geboren wird, einen Baum pflanzen.

Wir wollen Flächenverbrauch möglichst vermeiden und sprechen uns für Flächenkonversion und Nachverdichtung vor Außenentwicklung aus. Wo Natur verloren geht, muss entsprechend Ausgleich geschaffen werden. Dabei sind nicht die absoluten Flächengrößen entscheidend, sondern die Qualität der geschützten Biotope und deren Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt. Darüber hinaus wollen wir biologische Vielfalt erhalten bzw. fördern, wofür Biotoptverbünde eine entscheidende Rolle – auch über die Landesgrenzen hinweg – spielen. Zur Verbesserung der Artenvielfalt sollen in öffentlichen Parks und Grünanlagen Anstrengungen zum Schutz und zur Wieder-

ansiedlung von Insekten durch naturnahe Bepflanzungen intensiviert werden – auch als Beispiel zur Nachahmung auf privaten Flächen.

Stadtnatur ist Umweltschutz und Naherholung zugleich. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, wollen wir mehr Obstbäume und Streuobstwiesen in den Hamburger Parks. Zudem werden wir bereits beim Anlegen neuer Anlagen darauf achten, bei der Pflanzenauswahl nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch veränderte Umweltbedingungen durch den Klimawandel zu berücksichtigen. Um trotz fehlender Flächen Hamburgs Grün wachsen zu lassen, müssen wir innovative Wege finden, Bauwerke und Pflanzen zu verbinden. Dazu zählt nicht nur die vermehrte Dach- und Vertikalbegrünung von Gebäuden und Bushaltestellen, sondern auch die Begrünung von Bahnschienen. Bei Neu- und Nachpflanzungen setzen wir uns für eine allergiker-freundliche Auswahl der Pflanzen ein.

Europäische Umweltrichtlinien einhalten

Wir wollen europäische Richtlinien ideologiefrei, aber gewissenhaft umsetzen. Das gilt besonders für die Bereiche Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz sowie die Luftreinhaltung. Umweltschutz, Stadtplanung und Verkehr müssen daher als integriertes System stets gemeinsam betrachtet werden. Fahrverbote wollen wir als reines Placebo aufheben und stattdessen durch intelligente Verkehrssteuerung und bessere Alternativangebote für Pendler die Stickstoffbelastung senken. Lärmschutz und Luftreinhaltung wollen wir als Ganzes betrachten.

Die Freie und Hansestadt Hamburg muss mit gutem Beispiel vorangehen und emissionsarme Fahrzeugtechnik in städtischen Fahrzeugen voranbringen. Umweltfreundliche Kraftstoffe für Busse der Hochbahn und die Abschaffung der Gebühren für die P+R-Anlagen der P+R-Betriebsgesellschaft sind zudem Anreize für den Umstieg auf Busse und Bahnen. Im Hafen wollen wir LNG-Powerbarges und das Landstromnetz ausbauen. Auch hier gilt Technologieoffenheit. Deshalb wollen wir auch in der Mobilität Wasserstofftechnologie, synthetische Treibstoffe und effizientere herkömmliche Verbrennung zulassen.

Gewässerqualität verbessern

Wasser spielt in Hamburg eine herausragende Rolle – dazu gehören neben Elbe und Alster nicht zuletzt die vielen kleineren und die jeweilige Region prägenden Wasserläufe und Seen. Sie haben einen hohen Anteil an der Lebensqualität der Stadt. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, bestehende Wasserläufe einschließlich der gestauten Bereiche vor Schleusen regelmäßig auf ihre Wasserqualität zu prüfen und soweit erforderlich auch durch bauliche Maßnahmen zu verbessern. Beispielsweise ist zu prüfen, ob die historischen Schleusen entlang des Alsterlaufs als Denkmäler ohne Funktion erhalten werden können und der Lauf der Alster trotzdem durch Umbaumaßnahmen wieder natürlicher fließend und sauerstoffreicher werden kann. Staubereiche sind auf Verschlammung zu prüfen und soweit erforderlich zu renaturieren. Die Ursachen für die bisherige Verschlammung sind möglichst zu beseitigen. Die Gewässer sind vermehrt für die Bevölkerung zugänglich zu machen und gemauerte Randbebauungen möglichst wieder in natürliche Uferzonen umzuwandeln.

Landschaftsschutzgebiete sichern

Während Naturschutzgebiete unter besonderem Schutz stehen, hat die jüngere Vergangenheit gezeigt, dass Landschaftsschutzgebiete in Hamburg als stilles Reservoir für Bebauung betrachtet werden. Beispielsweise wurde eine große Fläche der Hümelsbütteler Feldmark in übergangsweise von Flüchtlingen genutzte Wohnbebauung umgewidmet, die jetzt schrittweise – um weitere Bauten ergänzt – in sozialen Wohnungsbau übergeht und somit dauerhaft Landschaftsschutzflächen versiegelt.

Wir setzen uns dafür ein, die wichtigen grünen Lungen der Stadt und den grünen Stadtrand, soweit als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, zu erhalten, um das Klima der Stadt zu verbessern. Baumaßnahmen, die für eine wachsende Stadt wie Hamburg unumgänglich sind, sollen Landschaftsschutzgebiete möglichst unberührt lassen. So ist beispielsweise durch angepasste Architektur der begrenzte Boden Hamburgs schonend zu nutzen.

Nachpflanzung statt Ersatzpflanzung

Lassen sich Baumfällungen im Rahmen des Straßen- und Wohnungsbaus nicht vermeiden, verlangen wir Liberale die Nachpflanzung von Bäumen in unmittelbarer Nähe statt einer Ersatzpflanzung in entfernteren Wald- oder Forstgebieten. Zudem unterstützen wir neben der Pflanzung von Bäumen die Erforschung klimatauglicher Bäume und größerer Pflanzen. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für ein nachhaltiges Monitoring des Hamburger Baumbestandes, der Baumentnahmemaßnahmen und der ausstehenden Nach- und Ersatzbepflanzungen ein.

Verbraucher in umweltrelevantem Handeln unterstützen

Wir möchten dazu beitragen, dass mehr Transparenz bezüglich des ökologischen Fußabdrucks von Konsum-, Verbrauchs- und Nutzgütern entsteht und dass Umweltzeichen und Ecolables wissenschaftlich fundierte und objektive Auskünfte über die Güter verschaffen, die für den Bürger verständlich sind und auf die er sich verlassen kann.

Private Haushalte sind in ihrem Alltag für einen Großteil von CO2-Emissionen und Umweltbelastungen verantwortlich (jeweils 1/3). Jeder aufgeklärte Bürger kann in seiner Eigenschaft als Verbraucher und Konsument mit seinem Handeln selbstbestimmt und eigenständig zum Umweltschutz beitragen. Damit ressourcenschonendes und umweltfreundliches Konsumverhalten realisierbar ist, bedarf der Bürger einer objektiven und sachlich fundierten Aufklärung über Produktion, Herkunft, Transport und Verpackung von Lebensmitteln und Haushaltsgeräten sowie über die Emissionsträchtigkeit von Kraftfahrzeugen durch verlässliche Ecolabels und Transparenz.

Umwelterziehung in Kitas und Schulen

Umweltbewusstsein soll bereits in Kitas und Schulen vermittelt werden.

Wir möchten Hamburger Schulen auf dem Weg zur „Umweltschule“ und „Klimaschule“ unterstützen, welche über das Referat Umwelterziehung und Klimaschutz (LIF 16) des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung koordiniert wird. Umweltbewusster und respektvoller Umgang mit der Natur und den Ressourcen wird schon im Kindesalter geprägt und findet dadurch Einzug in die Familien und Haushalte. Wir unterstützenden folgende förderungswürdige Maßnahmen an den Hamburger Schulen:

- beschleunigte Installation von Wasserspendern flächendeckend an Grundschulen und weiterführenden Schulen (derzeitige Umsetzungszeit mindestens zwei Jahre),
- Aufnahme standardisierter sog. Energiedienste in den Hausordnungen,
- Kampagne zur Müllvermeidung und Mülltrennung,
- Initiativen wie „Hamburg radelt“, die Schüler und Lehrer anhalten, sich zu Fuß und mit dem Fahrrad fortzubewegen (insbesondere damit Schüler nicht von ihren Eltern mit dem Auto gebracht werden),
- Etablierung der Kampagne „Zu Fuß zur Schule“ an den Grundschulen,
- Wiedereinführung der Initiative „Hamburg räumt auf“,
- Förderung der Errichtung von Umwelt-AGs,
- Implementierung von Umweltthemen in den Lehrplan naturwissenschaftlicher Fächer und in Projektwochen,
- Förderung von Kampagnen zu saisonalem, regionalem und biologischem Essen in Schulkantinen und Cafeterien von Kitas und Schulen,
- Förderung des plastikfreien Schullebens auf Schulveranstaltungen und Schulfesten.

Tierschutz gewährleisten

Wir haben Respekt vor allen Lebewesen und Haus-, Nutz- und Wildtiere verdienen unseren Schutz. Rasselisten für Hunde wollen wir abschaffen, denn die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse, sondern von seinem Halter und dem Wesen des Hundes ab. Deswegen setzen wir stattdessen auf eine stärkere Überprüfung von Haltern. Wir wollen genügend Auslaufwiesen für Hunde. Diese sollen an viel befahrenen Straßen eingezäunt sein.

Wiesen, Parks und Grünflächen sollen so bepflanzt werden, dass sie als Lebensraum für Bienen und andere Insekten dienen können und nicht vollständig entlaubt werden, um Tieren als Überwinterungsmöglichkeit zu dienen.

Freigängerkatzen sollen zukünftig einer Kastrationspflicht unterliegen, um so die Zahl von Straßen- und Tierheimkatzen zu reduzieren. Wir wollen in Hamburg ordnungsrechtliche Möglichkeiten für die Vermeidung von Tierleid in Zirkussen nutzen. Zudem lehnen wir die Haltung nicht-domestizierter Säugetiere in Zirkussen ab.

Wir erkennen an, dass Tierversuche für die Forschung und Entwicklung wichtige Erkenntnisse liefern und derzeit unerlässlich sind. Genauso unerlässlich ist es, dabei die strikte Einhaltung gesetzlicher Regelungen, insbesondere zum Tierwohl, in Forschungslaboren. Die Behörden müssen Labore regelmäßig und auch unangekündigt überprüfen und diese bei Nichteinhaltung der Vorgaben konsequent schließen.

Im Sinne des Umwelt- und Emissionsschutzes soll außerdem das Schalldämpferverbot bei der Jagd abgeschafft und auf bleihaltige Munition bei der Jagd verzichtet werden.

10. Mobilität gewährleisten – Verkehr muss fließen

Mobilität ist Freiheit. Jeder soll die Möglichkeit haben, möglichst schnell, bequem, zuverlässig, umweltfreundlich, sicher und günstig an sein Ziel zu kommen. Zu dieser Freiheit gehört, bei der Auswahl der zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel nicht gegängelt oder moralisch verurteilt zu werden. Wir wollen das Hamburger Verkehrsnetz stetig verbessern und so vielfältig nutzbar wie möglich machen.

Wachsender Verkehr – die liberale Mobilitätszusage für Hamburg

Wir Freie Demokraten setzen auf eine Verkehrspolitik, die persönliche Vorlieben berücksichtigt, vielfältige Mobilitätsangebote schafft und unterschiedliche Interessen der Verkehrsteilnehmer ausgleicht. Individuelle Mobilitätsbedürfnisse und das Gemeinwohl sind für uns kein Gegensatz, sondern gehören zusammen. Durch Zuverlässigkeit, Sicherheit und optimiertes Verkehrsmanagement wollen wir dafür sorgen, dass gegenseitige Behinderungen von motorisiertem Verkehr, Fahrradverkehr, ÖPNV und Fußgängern minimiert werden, denn der begrenzte öffentliche Raum steht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung.

Daher machen wir Freie Demokraten die liberale Mobilitätszusage für Hamburg: Allen Hamburgern soll ermöglicht werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die zentralen Verkehrsknotenpunkte und ihren Arbeitsplatz mindestens so schnell zu erreichen wie mit dem Auto. Hamburg braucht eine Mobilitätsoffensive, die für einen zuverlässigen angebots- statt nachfrageorientierten ÖPNV steht. Dies erfordert den massiven Ausbau des Schienennetzes und kreative Lösungen, um den Weg von der Haustür zu S- oder U-Bahnstation schnell und komfortabel zu gestalten. Damit wäre der ÖPNV eine echte Alternative für den Autoverkehr.

Eine moderne städtische Verkehrspolitik unterstützt Transportmittel, die sowohl in der Produktion als auch bei Betrieb und Entsorgung umweltfreundlich und emissionsarm sind. Strikte Verbote bestimmter Technologien sowie einseitige Förderungen

lehnen wir Freie Demokraten ab. Vielmehr erwarten wir, dass die Stadt mehr Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel setzt.

Die Bezirke haben hierbei die Aufgabe, gemeinsam mit der Stadt langfristige Gesamtkonzepte zu entwickeln, um jeden Stadtteil in Hamburg optimal in das Verkehrsnetz unter Einbeziehung absehbarer technologischer Innovationen im Mobilitätsbereich einzubinden. Die Attraktivität eines Stadtteils für Wohnungssuchende hängt insbesondere mit dessen Erreichbarkeit zusammen. Eine vorausschauende Verkehrspolitik, die sich schon heute an den zukünftigen Bedarfen orientiert, ist für uns ein zentraler Aspekt bei der Entlastung des Wohnungsmarktes in zentral gelegenen Stadtteilen.

Der wichtigste Punkt hierfür ist ein vorausschauender Ausbau des Schienennetzes von S- und U-Bahn, sowie eine Erweiterung des HVV.

Die Planung und Realisierung von Umgehungsstraßen um das Hamburger Stadtgebiet führen ebenfalls zu einer Entlastung des Stadtbereiches.

Öffentlichen Personennah- und -fernverkehr konsequent erweitern

Ein attraktives ÖPNV-Angebot ist für eine Millionenmetropole unverzichtbar und ermöglicht nachhaltig Mobilität. Unser Ziel ist es, das zukünftige Verkehrswachstum in hohem Maße durch einen eng getakteten und verlässlichen ÖPNV zu bewältigen. Hierzu gehören saubere Bahnhöfe und Verkehrsmittel, mit denen die Menschen gerne fahren. Der Hauptbahnhof als zentrale Drehscheibe des Fernverkehrs in Norddeutschland sowie des Hamburger U- und S-Bahnbetriebs im ÖPNV überschreitet mit seiner derzeitigen Auslastung seine Kapazitäten. Wir Freie Demokraten vertreten die Auffassung, dass nur durch eine großräumige Verkehrsplanung, insbesondere des Fernverkehrs, diesem seit Jahren wachsendem Dilemma entgegengetreten werden kann. Die liberale Mobilitätszusage für Hamburg schließt die Aufnahme verlässlicher Planungen zwischen Deutscher Bahn und der Stadt Hamburg ein, die nicht nur die Verlagerung des Fernbahnhofs Altona zum Diebsteich berücksichtigen.

Der Ausbau des schienengebundenen ÖPNV in der Stadt und in der Metropolregion ist wichtig für die Zukunft. Die U4 soll in Richtung Süden weitergebaut, die U2 nach Norden und nach Bergedorf ergänzt sowie die Planung der U5 mit Streckenführung über den Siemersplatz, mit Anschluss des UKE und Weiterführung in Richtung Arenen und Lurup vorangetrieben und durch einen Abzweig nach Groß-Borstel ergänzt werden. Um den Hamburger Westen insgesamt besser anzuschließen, aber auch die Metropolregion besser zu verknüpfen, soll die S32 von Altona gen Osdorf gebaut und langfristig auch bis Schenefeld verlängert werden.

Zur Attraktivitätssteigerung des Fernverkehrs für den Osten Hamburgs soll der Bahnhof Bergedorf auf der Strecke Hamburg–Berlin regelmäßig von Fernzügen angefahren wird. Zur Entlastung der S-Bahn-Strecke Bergedorf–Hamburg soll die Frequenz des Regional-Expresses RE1 erhöht werden.

Eine weitere Entlastung für das bestehende Schienennetz würde eine weitere Elbquerung mit einem zusätzlichen Elbtunnel für S-Bahnen von Altona via Cruise

Center Altona und Steinwerder sowie die Einbindung in die Planung der neuen Köhlbrandquerung mit sich bringen.

Um endlich die fehlenden Schienen-Querverbindungen außerhalb des inneren Stadtbereichs zu schaffen, wollen wir die Güterumgehungs bahn auch für den ÖPNV nutzen und sie deshalb flächendeckend zweispurig ausbauen.

Wegen des begrenzt verfügbaren Straßenraums lehnen wir die Wiedereinführung der Straßenbahn konsequent ab. Sie liefe einem leistungsfähigen ÖPNV zuwider. Stattdessen setzen wir uns für den Ausbau der Eilbuslinien ein, um Querverbindungen zu verstärken und Schnellbahnen durch einen leistungsfähigen Ring zu verbinden.

Als Ergänzung des ÖPNV in Hamburg setzen wir uns zudem für den Ausbau und eine Takt-Erhöhung der Fährverbindungen ein. Hierzu zählen insbesondere die Fährverbindungen in die schlecht angebundene Stadtteile Wilhelmsburg und Finkenwerder.

Wir sind offen für ein Seilbahn-System, das auch privat betrieben und Teil des ÖPNV werden kann.

Ein attraktiver HVV ist ein moderner HVV

Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr ist der Schlüssel zu einem gut funktionierenden Verkehrsnetz und es muss das Ziel sein, diesen kontinuierlich zu verbessern. Mit der Schaffung eines norddeutschen Verkehrsverbundes (von Flensburg bis Hannover), der sich als Dachmarke mit einem gemeinsamen Außenauftritt verbindlich für Schnelligkeit, Sauberkeit und Sicherheit einsetzt, wäre dieses Ziel deutlich einfacher zu erreichen. Darüber hinaus bedarf es einer Verdichtung und Abstimmung der Taktung und eines durchgängigen Verkehrs zu allen Tages- und Nachtzeiten mit klar definierten und verbindlichen Wartezeitobergrenzen sowie flächendeckender angemessener Haltestellenerreichbarkeit. Ein konsequentes und vernetztes Pünktlichkeitsmanagement mit fortlaufender Minimierung möglicher Betriebsstörungen wird dazu führen, die Kundenzufriedenheit langfristig zu steigern.

Für Pendler müssen bedarfsgerecht P+R-Parkplätze, auch im Umland, geschaffen werden. Parkgebühren für P+R-Parkplätze sollten abgeschafft oder in voller Höhe mit Tickets für den ÖPNV verrechnet werden. Beispielsweise könnte ein P+R-Tagesticket als HVV-Tagesticket anerkannt werden. An Haltestellen im Umland müssen attraktive Zubringerlösungen wie Carsharing und sogenannte öffentliche On-Demand-Angebote, wie z.B. ioki Hamburg, bereitgestellt werden, um weniger dicht besiedelte Gebiete gut an den ÖPNV anzubinden.

Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Ein flächendeckendes WLAN muss im ganzen ÖPNV zum Standard werden. Der HVV muss zudem Daten zu Ticketverkäufen und Fahrzeugpositionen über eine API-Schnittstelle öffentlich zugänglich machen, sodass ein echter Wettbewerb zwischen den Verkehrsapps möglich wird. Außerdem ist beim Streckenneubau und bei Reno-

vierungen auf moderne ETCS-Anlagen zu setzen. So erhöhen wir nicht nur die Pünktlichkeit, sondern machen unser Streckennetz fit für autonom fahrende S- und U-Bahnen.

Hamburg ist eine internationale Stadt. Deswegen sollen Informationen, insbesondere bei Störungen, zusätzlich auf Englisch zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen Informationen auch für hörgeschädigte und gehörlose Menschen zugänglich sein. Ansagen sollen daher zusätzlich auf Displays in Zügen und an den Bahnsteigen angezeigt werden. Um die Verständlichkeit zu erhöhen, soll das Design der Anzeigen zudem im HVV-Gebiet vereinheitlicht werden.

HVV-Ticketsystem verbessern

Wir wollen die Gleichstellung von Auszubildenden und Studenten bei den Tarifen und entsprechend ein „Azubi-Ticket“, das auch für Freiwilligendienstleistende gelten soll. Der Großkundenrabatt für Arbeitnehmer („Jobticket“) soll auch für Unternehmen unter 20 Personen zur Verfügung stehen. Vorrang vor einer weitergehenden Verbilligung von Tickets (z.B. die Forderung nach einem 365-Euro-Ticket) haben die Finanzierung des Ausbaus des Netzes und der Angebote sowie die Sicherung der Qualität, um Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen.

Priorität haben daher die Pünktlichkeit und Anschlussssicherheit sowie die Taktung und die rechtzeitige und zielführende Fahrgastinformation bei künftigen Ausschreibungen von Dienstleistungen im ÖPNV. Eine intuitive Bedienbarkeit des Tarif- und Ticket-Systems hätte eine Steigerung der Nutzerfreundlichkeit zur Folge. Dafür müssen die Tarifzonen abgeschafft und ein smartes E-Ticketing inklusive erschwinglicher Flatrate-Angebote flächendeckend nach dem Vorbild internationaler Metropolen eingeführt werden.

Alkoholverbot in der U- und S-Bahn durchsetzen

Das Verbot wird derzeit nicht sachgerecht durchgesetzt und hat nicht zu einem Rückgang des Alkoholkonsums in U- und S-Bahnen geführt. Um das Alkoholverbot sinnvoll durchzusetzen, müssen die Kontrollen gerade in den Abendstunden und an Wochenenden erhöht werden.

Fußgänger und Fahrradfahrer stärken

Um auch auf Kurzstrecken den PKW-Verkehr zu reduzieren und zu einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Stadt zu werden, benötigt Hamburg attraktive und sichere Rad- und Gehwege. E-Roller bereichern seit kurzem ebenfalls den Kurzstreckenverkehr, führen aber wegen des begrenzten Raums auch zu Nutzungskonflikten. Deshalb benötigen wir in Hamburg ganzheitliche Lösungen, welche sich an den örtlichen Gegebenheiten ausrichten.

Sicheres Zufußgehen ermöglichen

Fußwege und Fußgängerüberwege dürfen keine Stolperfallen sein. Dafür müssen sie regelmäßig überprüft und saniert werden. Damit der Sanierungsbedarf von Hamburgs Fußwegen rechtzeitig erkannt wird, sollten künftig auch Fußwege im Straßenzustandsbericht erfasst werden. Insbesondere Wege vor Altenheimen, Schulen und Kitas möchten wir besonders gepflegt wissen. Kreuzungen und Angsträume sollen deutlich besser beleuchtet werden.

Zudem sollen anlässlich des 30. Jubiläums der Deutschen Einheit im Rahmen von Erneuerungen und Instandsetzungen die besser wahrnehmbaren Ost-Ampelmännchen an Fußgänger-Lichtzeichenanlagen zum Einsatz kommen.

Sicheres Radfahren ermöglichen

Die begrenzten Mittel sollten genutzt werden, um konsequent die Lücken im Radwegenetz in der Fläche zu schließen, statt auf wenige teure prestigeträchtige Projekte zu setzen. Sichere und praxistaugliche Radwege für den Alltag sind nämlich die beste Werbung für eine fahrradfreundliche Stadt. Der Sanierungsbedarf von Hamburgs Radwegen muss rechtzeitig erkannt werden, um sinnvoll planen zu können. Daher sollten künftig auch Radwege im Straßenzustandsbericht erfasst werden.

Um die Sicherheit zu steigern, wollen wir Radwege verstärkt von Fußwegen und Hauptverkehrsstraßen trennen. Radwege und Velorouten sollen parallel zu Hauptverkehrsstraßen als Anwohner- und Fahrradstraßen in Nebenstraßen geführt werden, um sowohl die Kapazität als auch die Durchschnittsgeschwindigkeit auf Radwegen, ohne Nutzungskonkurrenz zwischen PKW- und Radverkehr, zu steigern.

Wir bevorzugen Fahrradwege, die geschützt zwischen Parkstreifen und Fußwegen entlanggeführt werden, soweit dies baulich möglich und die sicherste Lösung ist. Farblich unterscheidbare Fahrradwege sollen zu einer Erhöhung der Sicherheit führen und das Parken auf Fahrradwegen reduzieren.

Unfallträchtige Wegeführungen und Kreuzungen wollen wir verkehrssicher machen, z.B. durch den Bau „holländischer Kreuzungen“ mit vorgezogenen Haltelinien, radfahrer- und fußgängerfreundliche Ampelschaltungen, Verschwenkungen vor Fahrbahnüberführungen und eindeutige Sichtachsen. Die Aufbringung von Fahrradschutzstreifen auf Fahrbahnen lehnen wir grundsätzlich ab, weil sie zu wenig effektive Sicherheit bieten. Ob ein Fahrradstreifen angelegt wird, soll in jedem Einzelfall entschieden und nicht pauschal favorisiert werden.

Mehr Komfort für Fahrradfahrer

An den S- und U-Bahnhöfen und an den Hamburger Fernbahnhöfen sollen Fahrradgaragen, die ohne vorherige Buchung nutzbar sind, eingerichtet werden. An geeigneten Plätzen können die Abstellanlagen auch unterirdisch errichtet werden. In den Hamburger S-Bahnen sollen Fahrradwagons eingeführt werden. Moderne Technik wie LED oder bedarfsgesteuerte Helligkeit ermöglicht eine energieschonende wie naturverträgliche Beleuchtung.

Den Bezirken soll die Möglichkeit gegeben werden, flächendeckend und bedarfsgerecht Abstellplätze für Fahrräder, Fahrradbügel und weitere Fahrradinfrastruktur auszubauen. Ein bewusstes „Wegpollern“ von PKW-Parkplätzen durch Fahrradbügel mit dem Ziel, Autofahren unattraktiv zu machen, lehnen wir hingegen ab. Die Hamburger Velorouten sollen beschleunigt und sicher ausgebaut werden. Die Radwege sind verlässlich zu sanieren. In den Außenbezirken soll der Ausbau der Velorouten und der Radwege eng mit den angrenzenden Landkreisen und Gemeinden abgestimmt werden.

Weitere Mobilitätsangebote fördern

E-Roller-Sharing, Leihräderangebote und andere Angebote für die „erste“ bzw. „letzte“ Meile, wollen wir stadtweit ermöglichen und in Kooperation mit den Partnern in der Metropolregion schrittweise auf den gesamten HVV-Bereich ausdehnen. Dabei soll nicht nur auf einen Anbieter, sondern auf einen fairen Wettbewerb verschiedener Anbieter und eine Integration in „Mobility As a Service“-Apps gesetzt werden, um den Wechsel zwischen Rad, ÖPNV und anderen Verkehrsmitteln sowohl komfortabel als auch kostengünstig zu gestalten.

Die Beachtung der Straßenverkehrsordnung ist gegen das „wilde Abstellen“ von E-Rollern konsequent durchzusetzen.

Wir wollen die Möglichkeit der Länderöffnungsklausel nutzen, um auch in Hamburg den Erwerb des Führerscheins AM für Mopeds, E-Bikes und Motorroller schon ab 15 Jahren zu erlauben.

Straßennetz und Baustellenmanagement

Für viele Bevölkerungsgruppen ist die individuelle und barrierefreie Mobilität die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gerade für Pendler, Familien oder mobilitätseingeschränkte Menschen. Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist zudem wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Die nachhaltige Erhaltung des Hamburger Straßennetzes und die Beseitigung von Staus sind essentielle Handlungspunkte.

Baustellenmanagement verbessern

Durch ein zentrales Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, werden Bauvorhaben zielgerichtet geplant und so durchgeführt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet wird. Es muss darauf geachtet werden, Baustellen örtlich, zeitlich und hinsichtlich der Verkehrsführung so zu planen, dass sie die Mobilität der Menschen möglichst wenig beschränken. Des Weiteren ist es uns wichtig, die Verkehrsteilnehmer frühzeitig auf diese Baumaßnahmen durch entsprechende Beschilderung hinzuweisen. Verträge für die Durchführung von Baustellen sollen so geschlossen werden, dass sie Anreize für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten für Verzögerungen vorsehen. Hierbei ist regelmäßig auf Mehr- und Wochenendschichten zu setzen.

Fahrverbote lösen keine Verkehrs- und Umweltprobleme

Wir Freie Demokraten positionieren uns klar gegen emissionsbedingte Fahrverbote. Stickoxidbelastungen können durch intelligente Verkehrslenkung, grüne Wellen und städtebauliche Maßnahmen gesenkt werden. Autofreie Zonen können lokal eine Bereicherung der Stadtquartiere sein und der Belebung des öffentlichen Raums dienen. Sie dürfen jedoch nicht instrumentalisiert werden, um eine Anti-Autofahrer-Politik durch die Hintertür durchzusetzen. Autofreien Zonen werden wir im Einzelfall zu stimmen, wenn es das Einverständnis des anliegenden Einzelhandels und Gewerbes sowie der Anwohner gibt. Anfahrten durch Lieferanten und Kunden (Parkhäuser), ausreichende Umfahrungsmöglichkeiten für den Ausweichverkehr sowie eine gute ÖPNV-Erschließung müssen gewährleistet sein. Die Ausweitung von Tempo-30 auf Hauptstraßen ist nicht gewünscht.

Ausbau Ladestationen für E-Mobilität und technologieoffener Netzausbau

Die Anzahl öffentlicher und privater Ladestationen ist zurzeit noch überschaubar. Eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der Elektromobilität ist die Verfügbarkeit von Ladestationen, ähnlich dem heutigen Tankstellennetz.

Dazu gehört aber auch, dass Elektrofahrzeuge an jeder Ladestation geladen werden können. Es besteht dabei die technische Anforderung, Elektrofahrzeuge zu unterschiedlichen Zeitpunkten, an unterschiedlichen Einspeisepunkten mit unterschiedlichem Energieaufwand aufzuladen.

Neben der Sicherheit wird auch die Verfügbarkeit maßgeblich darüber entscheiden, ob sich die Elektromobilität durchsetzen wird, oder ob nicht mit dem Ausbau von Versorgungsnetzen für Bio-Erdgas (Synthetic Natural Gas, SNG) oder Wasserstoff unter Zugrundelegung des bestehenden Tankstellennetzes, der technisch und kostenmäßig weniger aufwändige Weg zu beschreiten wäre.

Um den Ausbau von Ladestationen in einem akzeptablen Zeitraum voranzubringen sind in erster Linie Drittanbieter gefragt. Hier die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, sehen wir als Teilaufgabe liberaler Arbeitsmarktpolitik an, denn hierdurch können Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, bei allen potenziellen Antriebsarten Chancengerechtigkeit für alle technologischen Optionen sicherzustellen („level playing field“), u.a. durch Angleichung von Förderbedingungen und Berücksichtigung der jeweiligen Umweltbilanz. Insbesondere die Hindernisse bestehender regulatorischer oder gesetzlicher Vorschriften für die Nutzung von synthetischen flüssigen Kraftstoffen (e-fuels), Wasserstoff oder Flüssiggas (LNG), Erdgas als CNG (Compressed Natural Gas), LPG (Liquified Petroleum Gas) oder als Bio-Erdgas (Synthetic Natural Gas, SNG) im Verkehrssektor sind zu hinterfragen und zu beseitigen.

Dazu zählt unter anderem die Hamburgische Bauordnung. Dort, wo Hamburg keine Gesetzgebungskompetenz hat, setzen wir uns dafür ein, die auf Bundesebene bestehenden einengenden und behindernden Gesetze und Verordnungen kurzfristig

entsprechend zu modifizieren. Dazu gehört u.a. das Wohnungseigentumsgesetz (WEG).

Wir Freie Demokraten sind uns darüber im Klaren, dass hierzu umfassende Investitionen in das Niederspannungsnetz seitens des kommunalen Unternehmens Stromnetz Hamburg GmbH erforderlich sind. Daher werden wir uns für einen entsprechenden Netzausbau einsetzen.

Parkplatzvernichtung stoppen

Wir wollen die intelligente Parkplatzsuche vorantreiben und setzen uns deshalb für den Einsatz und die Ausweitung entsprechender Technologien ein. Die Parkplatzsuche via App kann Gebiete, die besonders von hohem Parkdruck betroffenen sind, von Suchverkehren entlasten. Wo immer es möglich ist, sollen Parkplätze aus dem öffentlichen Straßenraum unter die Erde in Parkhäuser und Tiefgaragen verlegt werden, um den Parkplatzsuchverkehr zu verringern und den öffentlichen Straßenraum für fließenden Verkehr und sonstige öffentliche Nutzung, z.B. Gastronomie oder Grünflächen besser nutzen zu können. Zur Verringerung des Parkdrucks sollen Angebote für Carsharing über den Ring 2 hinaus in die Stadtrandlagen ausgedehnt werden.

Wir wollen zudem die Einführung einer sogenannten Brötchentaste an Parkscheinautomaten einführen. Autofahrer können durch Lösen dieses Parkscheins 15 Minuten lang unentgeltlich parken. Mit dieser Maßnahme sollen insbesondere kleinere Geschäfte ohne eigene Parkflächen gefördert werden.

Wirtschaftsverkehr gewährleisten

Neben dem Individualverkehr müssen auch Liefer- und Wirtschaftsverkehr mitgedacht werden und zwar bis über die Stadtgrenzen hinaus. Klar ist, dass es in einer Wirtschaftsmetropole auch immer Wirtschaftsverkehr geben wird. Darum müssen Verkehrs- und Baustellenplanung Zuverlässigkeit und Kontinuität aufweisen. Zur Vermeidung von Unfällen soll stärker über die Gefahren im Straßenverkehr aufgeklärt werden; eine Ausrüstung von LKW mit Einrichtungen zur Vermeidung von Abbiegeunfällen, wird unterstützt.

Lieferverkehr durch Ladezonen unterstützen

Haltezonen für Lieferverkehr und Handwerker werden dort benötigt, wo der Kunde zu finden ist, also an den unterschiedlichsten Orten in der Stadt. Daher sollen Haltezonen bedarfsgerecht in der Stadt eingerichtet werden, auch Hauptstraßen und Wasserwege sollen einbezogen werden. Die Bedingungen für den stetig zunehmenden Lieferverkehr sollen verbessert werden. Daher bedarf es digital gemanagter Lieferzonen, um das störende Parken in der zweiten Reihe zu vermeiden und für den Wirtschaftsverkehr die Konkurrenz um Parkräume in den Innenstadtlagen zu reduzieren.

Lieferverkehre durch innovative Konzepte sichern

Die Frage der letzten Meile ist die Frage der Zukunft der Lieferverkehrs, dabei sollen politisch alle Weichen gestellt werden, um innovativen Konzepten den Raum zur Weiterentwicklung zu geben. Dafür sollen innerstädtische Umschlagszentren eingerichtet werden, welche die Verteilung in Ballungsräumen vereinfachen. Eine Liberalisierung der Anlieferzeiten macht Lieferungen außerhalb der Geschäftszeiten möglich. Modernste Umwelttechnologien sowie Lastenfahrräder belasten den Straßenraum weniger als die konventionellen Auslieferungsmethoden.

Untere Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke verlagern

Da insbesondere für den Bereich der Bezirksstraßen die lokale Kompetenz gefragt ist, soll die untere Straßenverkehrsbehörde von der Polizei auf die Bezirke verlagert werden.

11. Gesundheit fördern

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Deshalb wollen wir eine optimale Versorgung aller Bürger. Dazu wollen wir die Menschen unterstützen, die im Gesundheitswesen arbeiten. Wir bringen ihnen Vertrauen entgegen und wollen sie von Bürokratie entlasten.

Stationäre Versorgung in den Krankenhäusern gewährleisten

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, in der stationären Versorgung Hilfskräfte, wie z.B. Servicekräfte und Stationsassistenten, stärker bei der Personalberechnung der Pflege zu berücksichtigen.

In Hamburg regeln starre Personaluntergrenzen, wie viel Pflegepersonal in pflegeintensiven Bereichen im Krankenhaus eingesetzt werden muss. Durch diese Vorgaben soll die Qualität der Pflege sichergestellt werden. Aufgrund des Fachkräfteengpasses stehen allerdings nicht immer ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung. Durch die starren Grenzen drohen den Hamburger Kliniken dann Streichungen von Betten bzw. Schließungen ganzer Stationen bis hin zu Strafzahlungen, wenn das notwendige Pflegepersonal nicht vorhanden ist.

Wir sind der Meinung, auch Hilfskräfte in Krankenhäusern leisten einen wichtigen Beitrag zur stationären Versorgung. Hilfskräfte, die die Pflegekräfte entlasten, sollen bei der Errechnung der Personaluntergrenzen stärker berücksichtigt werden. Sanktionen für die Hamburger Kliniken, die bei nur geringfügiger Unterschreitung der Personaluntergrenzen automatisch fällig werden, sollen ausgesetzt werden, bis genügend Pflegepersonal und Pflegehilfspersonal ausgebildet ist und am Hamburger Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Einjährige Ausbildung zum Krankenpflegehelfer einführen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung eines einjährigen Ausbildungsgangs zum Krankenpflegehelfer ein.

Aufgrund des Fachkräfteengpasses stehen in Hamburg nicht genügend Pflegekräfte zur Verfügung, die die klassische dreijährige Ausbildung durchlaufen haben. In den Hamburger Kliniken arbeiten allerdings bereits jetzt Beschäftigte, die die Pflegekräfte bei einfachen Tätigkeiten wie zum Beispiel der Patientenbegleitung, der Körperpflege oder dem Richten der Betten unterstützen und den Pflegekräften damit mehr Zeit für Patienten geben.

Durch einen einjährigen Ausbildungsgang zum Krankenpflegehelfer können diese Beschäftigten weiterqualifiziert und zu einer anerkannten Assistenz für Gesundheits- und Krankenpfleger ausgebildet werden. Gleichzeitig wird Geringerqualifizierten ein Zugang zu Ausbildung und Arbeit in der Gesundheitsbranche ermöglicht.

Fairer Wettbewerb bei der Krankenversicherung

Wir wollen einen fairen Wettbewerb in der Krankenversicherung. Die Private Krankenversicherung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie kommt ohne eine Rationalisierung der Leistungen aus und ermöglicht schneller Innovationen. Deshalb lehnen wir eine Aushöhlung der PKV ab.

Ebenso lehnen wird daher die sogenannte pauschalierte Beihilfe in Form eines Beitrages des Dienstherrn zur Versicherung von Beamten in der Gesetzlichen Krankenversicherung ab. Diese führt im Übrigen zu erheblichen Mehrkosten und für die Betroffenen gibt es kein Zurück in die klassische Beihilfe. Deshalb muss dieser Schritt in die falsche Richtung zurückgenommen werden.

Überprüfung der Dokumentationspflichten, insbesondere von Krankenhäusern und Arztpraxen

Sowohl in Arztpraxen als auch in Krankenhäusern sind die Ärzte sowie Pflege- und Assistenzkräfte mit einer Vielzahl von Dokumentationspflichten überlastet. Der eigentliche Zweck der Behandlungsdokumentation besteht darin, den Behandlungsablauf nachvollziehbar darzustellen, um unnötige Doppeluntersuchungen auszuschließen und zum Wohle des Patienten eine sachgerechte Mit- bzw. Weiterbehandlung zu ermöglichen. Diesem Ziel wird allerdings nur ein Teil der bestehenden Dokumentationspflichten gerecht. Der niedergelassene Arzt ist gezwungen, ca. 14 % seiner wöchentlichen Praxisarbeitszeit am Schreibtisch zu verbringen. Bis zu drei Stunden am Tag muss ein Arzt in einem Hamburger Krankenhaus regelmäßig für Dokumentations- und Bürokratietätigkeiten aufwenden. Dies ist Zeit, die für die Behandlung von Patienten fehlt.

Wir Freie Demokraten wollen den Umfang der Dokumentationspflichten in Landesgesetzen, Verordnungen und Landesausführungsgesetzen nach einer „Generalinventur“ auf das Niveau der bundesrechtlichen Vorgaben zurückführen, damit Ärzte und Pflegekräfte mehr Zeit für die Behandlung von Patienten zur Verfügung steht.

Ärzteversorgung in den Stadtteilen sicherstellen

Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung für die Hamburger Bürger ist originäre Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Ihr Sicherstellungsauftrag umfasst auch einen ausreichenden Notfalldienst zu den sprechstundenfreien Zeiten. Die ärztliche Selbstverwaltung ist von sich aus in der Lage, eine bedarfsangemessene Versorgung zu organisieren und hat dies in der Vergangenheit auch gewährleistet.

Wir Freie Demokraten stehen zur Selbstverwaltung und lehnen staatliche regulatorische Eingriffe ab. Die Gesundheitsbehörde hat sich auf ihre rechtsaufsichtsführende Funktion zu beschränken.

Bessere Rahmenbedingungen für freiberuflche Hebammen

Aufgrund der gestiegenen Berufshaftpflichtprämien für freiberuflch tätige Hebammen ist die Versorgung in Hamburg gefährdet. Hier sehen wir Freie Demokraten einen dringlichen Handlungsbedarf, den wir in Gesprächen mit Berufsverbänden und Krankenkassen angehen wollen.

Bessere Bedingungen für Hebammen in der klinischen Geburtshilfe

Geburtsvorbereitung und Nachsorge sind für Mütter wie auch Neugeborene wichtige Bausteine der Gesundheitsversorgung. In der Realität müssen werdende Mütter sich sehr frühzeitig um eine Hebamme bemühen, um eine optimale Betreuungssicherheit herzustellen. Verschiedene Ursachen und gesetzliche Änderungen haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Versorgungssituation von Frauen und Neugeborenen in den Kreißsälen unzureichend ist. Die Folge ist eine anhaltende Überlastung der Hebammen, die auch zur Nichtbesetzung vieler freier Stellen in geburtshilflichen Abteilungen führt.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Sicherstellung einer familienorientierten, individuellen und sicheren Betreuung von Frauen und ihren Kindern vor, während und nach der Geburt ein.

Eine Eins-zu-eins-Betreuung gewährleisten

Durchschnittlich sind 1,6 Planstellen für Hebammen unbesetzt, sodass eine einzige Hebamme im Kreißsaal mehrere Frauen gleichzeitig betreut. Das ist weder familienorientiert noch menschenwürdig. Deshalb ist ein Betreuungsschlüssel von 1:1 in der klinischen Geburtshilfe essenziell. Wir wollen die Arbeit der Hebammen in der klinischen Geburtshilfe attraktiver machen und der Personalknappheit entgegenwirken, denn nur durch genügend Fachpersonal kann eine bedürfnisorientierte Betreuung realisiert werden.

Veröffentlichung des Hebammen-Betreuungsschlüssels in Krankenhäusern

Für uns steht fest: Jede Frau sollte frei entscheiden können, wo sie ihr Kind zur Welt bringt. Ob in einer Klinik ihrer Wahl, in einem Geburtshaus oder zu Hause. Transpa-

renz über die Betreuungsqualität in den Krankenhäusern ist die Grundvoraussetzung, um eine passende Geburtsklinik zu finden. Solche Informationen dürfen den werdenden Müttern und ihren Familien nicht vorenthalten werden. Die Veröffentlichung des Betreuungsschlüssels schafft die nötige Transparenz, die wiederum ihrerseits zu einem fairen Wettbewerb unter den Krankenhäusern beiträgt.

Hebammen entlasten

Hebammen in der klinischen Geburtshilfe müssen von fachfremden Tätigkeiten (Assistenztätigkeiten, Materialbeschaffung oder auch Putzdienste) vollständig befreit werden. Denn die Zeit, die sie dafür aufwenden, fehlt ihnen letztendlich bei der Ausübung ihrer eigentlichen Tätigkeiten. Zudem bedarf es einer besseren Kommunikation und eines engeren Austausches zwischen den Berufsgruppen sowie auf allen Hierarchieebenen. Hebammen müssen in die Leitung und Organisation der geburtlichen Abteilungen eingebunden werden. In jeder geburtshilflichen Abteilung sollen zudem hebammengeleitete Kreißsäle geschaffen werden.

Zügiger Ausbau und qualitative Verbesserung der Hebammen-Ausbildung

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu guter Geburtshilfe und Arbeitsorganisation kommen nur verspätet oder gar nicht in den Kreißsälen an. Eine der Ursachen dafür ist die Behinderung der zeitgemäßen Weiterentwicklung der Geburtshilfe durch das bisherige berufsfachschulische Niveau der Hebammenausbildung (DQR4). Die vollständige und zügige Akademisierung des Hebammenberufes stellt eine Qualitätssteigerung der Ausbildung dar und ist Voraussetzung für die Übernahme von Führungspositionen. Besonders wichtig ist es, die interprofessionelle Ausbildung mit Ärzten und weiteren Gesundheitsfachberufen als einen essenziellen Bestandteil des Studiums zu etablieren. Eine rechtliche Regelung zur Schaffung einer Gleichwertigkeit (wie der „Nachträgliche Titelerwerb“ (BA) analog zur Schweiz) ist dafür maßgeblich.

Wir Liberale setzen uns für eine bessere Entlohnung der Hebammentätigkeit ein. Die Kostensätze für Leistungen von Hebammen sowohl vor als auch während der Geburt sowie in der Nachsorge sind anzuheben.

Kinderwunschbehandlung

Wir wollen die Selbstbestimmung bei Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch stärken, indem wir den Zugang zur Reproduktionsmedizin erleichtern. Zur Entlastung bei den Behandlungskosten soll die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes durch die erforderliche Landesbeteiligung ermöglicht werden.

Wir wollen den Zugang zu Verfahren der künstlichen Befruchtung auch gleichgeschlechtlichen und unverheirateten Paaren sowie alleinerziehenden Frauen eröffnen. Langfristig sollen die Krankenkassen dabei wieder mindestens die Kosten für die ersten drei Versuche vollständig übernehmen. Zudem wollen wir die Eizellspende und die Leihmutterschaft unter definierten Voraussetzungen zulassen. Dazu zählen die Freiwilligkeit der beteiligten Frauen, eine umfassende Aufklärung und Beratung und

der Ausschluss kommerzieller Interessen. Die Krankenkassen sollen außerdem die Kosten für die Kryokonservierung von Ei- und Samenzellen übernehmen.

Beteiligung von Nachbarländern an den Krankenhausinvestitionen

Fast jeder dritte Krankenhauspatient stammt aus dem Hamburger Umland. Obwohl die Infrastruktur in hohem Maße auch Nicht-Hamburgern zugutekommt, werden die Investitionen für den Krankenhausbau fast ausschließlich aus Hamburger Haushaltssmitteln bestritten. Wir Freie Demokraten wollen in Verhandlungen mit den Nachbarländern eine Kostenbeteiligung entsprechend des Nutzungsanteils ihrer Bevölkerung erreichen und dadurch den Hamburger Haushalt entlasten.

Krankenstand im öffentlichen Dienst bekämpfen

Die Zahl der Krankheitstage pro Mitarbeiter ist in den vergangenen 15 Jahren um 30 % auf jährlich 24,2 Tage gestiegen. Abgesehen von den volkswirtschaftlichen Kosten für die Gesamtgesellschaft leidet die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und die Belastungen für die gesunden Mitarbeiter steigen weiter an. Es fehlen verlässliche Zahlen zu den Gründen der gestiegenen Krankmeldungen und an Strategien zur Prävention in den Dienststellen.

Erforderlich sind eine Studie zur Ursachenforschung sowie die Erarbeitung eines Programms zur gezielten Gesundheitsprävention und Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz. Wir Freie Demokraten werden uns für diese Vorhaben einzusetzen.

Drogen und Sucht bekämpfen

Süchtige dürfen nicht ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Deshalb wollen wir eine pragmatische Suchtpolitik. Wir wollen etwas gegen die oft schlimmen Folgen von Sucht tun. Deshalb wollen wir erreichen, Prävention und Therapie zu verbessern. Und wir wollen, dass die Gefahren für Süchtige verringert werden.

Dazu wollen wir die existierenden Präventionsprogramme hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Prüfstand stellen. Die Programme müssen auf ihre Zielgenauigkeit und Wirksamkeit evaluiert werden. Das bereitgestellte Geld muss möglichst optimal eingesetzt werden.

Die Therapieangebote müssen erhalten werden und den Bedürfnissen der Süchtigen entsprechen. Dazu gehört auch eine gleichmäßige Verteilung der Angebote über das Stadtgebiet.

Die Cannabis-Prohibition ist angesichts von rund vier Millionen Konsumenten gescheitert. Deshalb wollen wir eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Apotheken und speziell lizenzierten Geschäften. Sollte auf Bundesebene der rechtliche Rahmen für Modellprojekte geschaffen werden, soll Hamburg sich um die Durchführung eines solchen Modellprojektes bewerben.

Wir wollen entschlossene Maßnahmen zur Gefahrenreduktion bei Drogensucht. Dazu gehören Spritzenausch in Justizvollzugsanstalten und ausreichend Gesundheitsräume zum Konsum mitgebrachter Drogen.

Die offene Trinkerszene, die sich auf einzelnen Plätzen in Hamburg etabliert hat, ist nicht nur eine Belästigung für Passanten und Anwohner, sondern vor allem auch eine Gefahr für die betroffenen Menschen selbst. Wir wollen daher die Bezirksämter mit Mitteln ausstatten, um Straßensozialarbeiter für aufsuchende Sozialarbeit mit Erwachsenen zu beschäftigen, die auch Hilfsangebote vermitteln können.

Hamburg muss am geplanten Glücksspielstaatsvertrag konstruktiv mitwirken

Deutschland braucht einen neuen Glücksspielstaatsvertrag. Darin muss gesichert sein, dass das Glücksspiel nicht in den Schwarzmarkt verdrängt wird. Es ist viel besser, wenn Glücksspiel legal unter Aufsicht stattfindet und so problematische oder gar pathologische Spieler angesprochen werden können. Hierzu sollten Spielhallen erhalten, aber überwacht werden. Die geltenden Regulierungsstrukturen des deutschen Glücksspielmarktes sind sehr komplex und nicht einheitlich gestaltet. Seit mehreren Jahren versuchen die Länder, einen konvergenten Rechtsrahmen für den deutschen Glücksspielmarkt zu schaffen, der die bestehende Diskrepanz zwischen juristischer und tatsächlicher Situation abbildet.

Wir wollen daher den Glücksspielmarkt bei verbesserter Suchtprävention neu ordnen sowie die Betrugs- und Kriminalitätsbekämpfung im Glücksspielmarkt intensivieren. Für diese Maßnahmen muss sich Hamburg konsequent auf Bundesebene einsetzen.

12. Soziale Stadt für Familien und alle Generationen

Wir Freie Demokraten trauen den Menschen etwas zu – Kreativität, Fähigkeiten, Willen zu Leistung und Aufstieg. Unser Menschenbild: Die allermeisten Menschen wollen etwas leisten, für sich und für andere. Menschen haben nicht zu wenig Ehrgeiz, sie stehen vor zu vielen Hürden. Deshalb brauchen wir einen entfesselnden Sozialstaat. Seine zentrale Aufgabe wäre es, diese Hürden abzubauen. Ein entfesselnder Sozialstaat unterstützt die Bürger, sich unabhängig von ihrer Herkunft frei zu entfalten. Denn die große Mehrheit derer, die von der Solidargemeinschaft Hilfe bekommen, will nicht einfach nur versorgt werden: Sie wartet darauf, entfesselt zu werden und loslegen zu dürfen – und zwar ohne dass ihnen der Staat weiter Steine in den Weg legt. Unser Sozialstaat aber ist widersprüchlich. Zahlreiche seiner Instrumente schaffen neue Ungerechtigkeiten, sie binden und sie schränken ein, anstatt Chancen und Perspektiven zu schaffen. Das macht ihn teuer, ineffizient, intransparent und ungerecht. Stark ist der Sozialstaat dagegen, wenn er diejenigen zielgerichtet und mit passgenauen Angeboten unterstützt, die es noch nicht oder nicht mehr ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft schaffen.

Freiheitliche Familienpolitik für ein besseres Hamburg

Familien sind heutzutage vielfältig: Verheiratete oder unverheiratete Eltern, Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern, Patchwork-Familien oder Pflegefamilien – unterschiedliche Familienformen sind längst gesellschaftliche Realität. Ihnen allen möchte liberale Politik ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es sich wünschen. Wir bekennen uns zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hamburg.

Jugendhilfe besser ausstatten

Tragische Kinderschutzfälle haben in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, wie wichtig ein gut ausgebautes und funktionierendes Jugendhilfesystem ist. Dreh- und Angelpunkt ist die Leistungsfähigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) sowie eine wirksame Fach- und Rechtsaufsicht durch die Jugendämter in den Bezirken sowie in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI).

Die Jugendämter in den Bezirken müssen personell und strukturell so ausgestattet sein, dass sie ihre verantwortungsvolle Arbeit bewältigen können. Außerdem benötigt der ASD in jedem Bezirk einen eigenen Rechtsbeistand, gerade in komplexen Fällen.

Insbesondere in Kinderschutzfällen muss die Kontinuität der Betreuung gesichert sein. In jedem ASD soll es speziell geschulte Schul- und Kita-Paten geben. Außerdem wollen wir Kinderschutz-Tandems zwischen dem ASD und dem Pflegekinderdienst (PKD) sowie Medizinern und Psychologen einrichten.

Maßnahmen für einen besseren Kinderschutz

Wir wollen eine zentrale Rufnummer des ASD einführen, die rund um die Uhr erreichbar ist. In allen Bezirken soll es eine regelmäßige Sprechstunde von Kinderärzten des Kinderkompetenzzentrums geben. An allen Schnittstellen muss die Zusammenarbeit verbessert werden. Hierfür wollen wir einen regelmäßigen „Perspektivwechsel“ aller am Kinderschutz beteiligten Professionen durchführen. Die Dienstanweisungen zur Umsetzung von Kinderschutzmaßnahmen müssen unter den Bezirken angeglichen werden. In jeder Bildungseinrichtung soll es eine geschulte Kinderschutzfachkraft geben.

Geschlossene Unterbringung vermeiden

Für Jugendliche in besonders schwierigen Problemlagen muss es Möglichkeiten zu einer intensiven Betreuung geben. Wir treten dafür ein, die auswärtige Unterbringung schrittweise zu reduzieren. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen kann am besten in Freiheit gelingen. Geschlossene Systeme neigen hingegen zu Zwangsmaßnahmen, Isolierung und Entmündigung.

In Hamburg benötigen wir mehr Gästewohnungen und die Stärkung der Koordinationsstelle für die individuelle Unterbringung. In mehr als 100 Fällen hat diese Stelle Alternativen entwickelt und Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien andere

Perspektiven geboten. Geschlossene Unterbringung wurde so in vielen Fällen vermieden.

Ergebnisse der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte“

Die Ergebnisse aus der Enquete-Kommission für die Stärkung von Kinderschutz und Kinderrechten stellen einen parteiübergreifenden Blick auf die problematische Situation im Hamburger Kinderschutz dar. Wir setzen uns dafür ein, die Umsetzung aller Empfehlungen voranzutreiben und regelmäßig nachzuhalten. Vor allem sind die Kinderschutzhäuser und Kinderschutzgruppen auf ihre Effizienz und Effektivität hinsichtlich der Bindungsfähigkeit und Urvertrauen der Kinder zu betrachten. Um Kinder bis zum Alter von zehn Jahren nicht in Heimen unterzubringen, sind neue Konzepte zur Gewinnung von Bereitschafts- und Dauerpflegeeltern zu entwickeln.

Das Wechselmodell zum Regelfall machen

Kinder haben das Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen. Aber nicht alle Eltern werden sich bei einer Trennung darüber einig, bei wem ihre Kinder wieviel Zeit verbringen. In diesen Fällen entscheidet ein Familiengericht. Wir setzen uns dabei für das Wechselmodell als Regelung der gemeinsamen Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern ein. Davon kann und muss es begründete Ausnahmen geben. Ferner wollen wir auch das Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht überprüfen und dort anpassen, wo individuelle Lösungen von elterlicher Betreuung und Kindesaufenthalt dies erfordern. Großeltern vermitteln Scheidungskindern mit regelmäßigen Begegnungen den notwendigen Halt. Wir wollen auch ihre Rechte im Umgang mit den Enkeln stärken. Alle Eltern, die sich ohne Streit untereinander auf ein Betreuungsmodell einigen, sollen das auch weiterhin tun.

Frühe Hilfen

Vorsorgende und aufsuchende Sozialarbeit leistet einen unschätzbaran Beitrag für das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen aus Familienverhältnissen, die durch zahlreiche Herausforderungen geprägt sind. Lotsendienste, Familienhebammen und zahlreiche weitere Angebote freier Träger leisten in diesem Bereich eine hervorragende Arbeit. Wir wollen diese Angebote besser fördern und den Anbietern eine größere Planungssicherheit geben. Um Eltern von Kindern, die von Hilfsangeboten profitieren können, besser zu erreichen, wollen wir Kindertageseinrichtungen zu Orten familiärer Bildung und Beratung weiterentwickeln.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hat eine wichtige Funktion, denn Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Gerade Kinder aus gefährdeten Familien brauchen die OKJA, um Selbstbewusstsein und Stärke zu entwickeln, um sich gegen Gewalt und Vernachlässigung in der Familie wehren zu können.

Weitere Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir daher ab. Gleichwohl müssen die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die sich verändernde Schullandschaft reagieren. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft möchten wir fördern. Wir wollen die Bedarfe der OKJA evaluieren und so ausrichten, dass mindestens 10 % der Kinder und Jugendlichen von den Angeboten erreicht werden.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind Experten für ihre eigenen Interessen und Lebenslagen. Wir möchten eine bessere und regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellungen, die ihr Leben direkt betrifft. Dies stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt Politikverdrossenheit aktiv entgegen.

Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft

Durch die demografische Entwicklung wird sich auch in Hamburg die Bevölkerungsstruktur weiter verschieben und Veränderungen in der Sozialpolitik mit sich bringen. Liberale Seniorenpolitik stellt sich dieser Herausforderung und will mit neuen Ideen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, selbstverantwortliches und selbständiges Handeln auch im Alter zu ermöglichen.

Viele ältere Bürger in Hamburg sind aktiv und gesellschaftlich autark. Sie erbringen eine Vielzahl ehrenamtlicher Leistungen und sind eine wesentliche Stütze der Gesellschaft. Dennoch gibt es vielfältige Probleme, die vor allem älteren Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Das wollen wir ändern und stellen nachfolgende Schwerpunkte in den Mittelpunkt unserer Politik.

Wir wollen Senioren dabei unterstützen, dass das Wohnen in ihrem Stadtteil möglich bleibt, die Versorgung sichergestellt wird und, unabhängig vom Einkommen, nah gelegene Senioreneinrichtungen besucht werden können. Mehrgenerationenhäuser sollen als Wohngemeinschaften und soziale Treffpunkte gefördert werden. Angebote unserer vielfältigen Kultur- und Bildungsmöglichkeiten sollen ausgeweitet werden.

Mobilität im Alter bedeutet, selbstbestimmt, unabhängig und aktiv zu bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die öffentlichen Verkehrsmittel sich stärker auf die Bedürfnisse von Senioren einstellen. Altersgrenzen für Ehrenämter sind diskriminierend und sollen in Hamburg abgeschafft werden.

Viele Senioren haben den Wunsch, das Wissen und die Zeit, einen großen Beitrag für die Erziehung der neuen Generation zu leisten. Wir wollen daher in Hamburg die „Wunschgroßelternschaft“ fördern und interessierte Familien und Senioren zusammenbringen.

Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Teilhabe und Selbstbestimmung ist Leitbild liberaler Politik für Menschen mit Behinderung. Der Ausbau der Barrierefreiheit ist ein wesentlicher Faktor für den Schritt in eine inklusive Gesellschaft und gleichzeitig ein Erfordernis für eine mobile Gesell-

schaft vor dem Hintergrund der zunehmend alternden Gesellschaft. Um allen Bürgern den Besuch eines Wahllokals zu ermöglichen, setzen wir Freie Demokraten uns vor diesem Hintergrund weiterhin für eine verstärkte Auswahl von barrierefreien Räumen für Wahllokale ein. Wir Freie Demokraten wollen zudem eine unabhängige Beratung im Fall von Fragen zur Inanspruchnahme des „persönlichen Budgets“ einführen sowie die Vernetzung der einzelnen Leistungserbringer bei komplexen Leistungen erreichen, um diese Inanspruchnahme trägerübergreifend zu fördern. Darüber hinaus befürworten wir die vermehrte Verwendung von „leichter Sprache“, insbesondere bei Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden mit geistiger Behinderung.

Gleichstellung der Geschlechter und ihrer sexuellen Orientierungen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist für uns eine Querschnittsaufgabe mit dem Ziel, dass jede und jeder frei von Diskriminierung, Klischees und eingestaubten Rollenbildern sein bzw. ihr Leben selbstbestimmt gestalten kann. Dabei kommt es nicht allein auf formale Rechte an, sondern auf die konkreten Chancen, die allen Geschlechtern offenstehen. Wir wollen mehr Männer für vermeintliche Frauenberufe, wie in der Pflege oder als Erzieher, und mehr Frauen für vermeintliche Männerberufe begeistern. Insbesondere in den MINT-Berufen wollen wir Frauen stärken und außerdem die Rahmenbedingungen für Gründerinnen verbessern. Für gleiche und gleichwertige Arbeit darf es keine unterschiedliche Bezahlung der Geschlechter geben.

Wir Freie Demokraten verurteilen Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen genauso wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. Sie sind der Boden, auf dem Ausgrenzung und Gewalt gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden.

Um rechtliche Diskriminierungen aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung zu beseitigen, wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz so weiterentwickeln, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne jegliche diskriminierenden Hürden erfolgt. Die Krankenkassen sollen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Konversionstherapien sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verboten werden. Des Weiteren soll die Freie und Hansestadt Hamburg analog zu den Regelungen der GKV im Rahmen der Beihilfe für ihre Beamten die Kosten für Medikamente der HIV-Präexpositionsprophylaxe (PrEP) erstatten.

Wir setzen uns zudem für eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz an die europäische Grundrechtecharta und damit für die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters ein. Darüber hinaus befürworten wir die Errichtung eines Denkmals für sexuelle Vielfalt in Hamburg an einem angemessenen Ort. Die Ausgestaltung soll mittels eines Ideenwettbewerbs realisiert werden.

Gelingende Integration in den Stadtquartieren

Stärkere Teilhabe von Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben: Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration geflüchteter Menschen vom Grad der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abhängt. Wir nehmen die Belange der Geflüchteten ernst und beziehen diese in unsere Entscheidungen ein. Der Kontakt und Austausch mit Integrationsbeiräten, Migrantenselbstorganisationen sowie Integrationsnetzwerken ist ein wichtiger Grundstein unserer Arbeit. Unser Ansatz ist es, Zugänge zu schaffen, Kontakte zwischen Geflüchteten und der einheimischen Bevölkerung zu fördern und den interkulturellen Austausch zu ermöglichen und zu intensivieren.

Das Erlernen der deutschen Sprache stellt für alle Zuwanderergruppen eine essenzielle Voraussetzung für die strukturelle und soziale Integration dar. Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern vermittelt darüber hinaus auch kulturelle Aspekte der Aufnahmegerellschaft. Sie schafft die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gibt den Menschen ein großes Stück Unabhängigkeit und Selbstständigkeit wieder und fungiert nicht zuletzt als Türöffner in Bezug auf Bildung und Arbeitsmarkt. Gute Sprachkenntnisse sorgen dafür, dass Menschen ihr Leben im Aufnahmeland frei und selbstbestimmt gestalten können, dass sie Verantwortung für sich und andere übernehmen und auch bereit sind, Chancen für andere zu schaffen. Als Liberale ist es uns ein großes Anliegen, alle Menschen auf ihrem Weg in diese Freiheit zu unterstützen.

Bürgerverträge vollständig umsetzen

Ein bereits erfolgreich angelaufener Integrationsprozess von Geflüchteten sollte nicht wieder zerstört werden. Deshalb ist bei der Auswahl der Familien, die eine Folgeunterkunft (UPW) verlassen müssen, sensibel darauf zu achten, dass das neu entstandene soziale Gefüge nicht kaputt gemacht wird. Besonders Kinder trifft ein Herausreißen aus der gewohnten Umgebung und aus dem sozialen Umfeld hart. Wir stehen für die Einhaltung von Verträgen und halten eine Durchmischung im Quartier für sinnvoll, allerdings sollte dies mit Gefühl und Verstand vonstatten gehen.

Integrationsmanagement

Qualitätsoffensive für besseres Integrationsmanagement: Integration gelingt nicht einseitig, sondern erfordert immer beidseitige Anstrengung. Damit sich Migranten gut in die Aufnahmegerellschaft integrieren, müssen ihnen sowohl auf struktureller als auch auf sozialer Ebene Möglichkeiten eröffnet werden. Wir wollen das Integrationsmanagement verbessern, Kommunikations- und Informationsverluste an wichtigen Schnittstellen verhindern sowie einen größeren Fokus auf gelingende soziale Integration legen. Wir wollen darüber hinaus gezielt Migranten ermutigen und befähigen, sich in ihrem Quartier einzubringen und zu engagieren. Dazu wollen wir stärker mit Migrantenselbstorganisationen zusammenarbeiten und diese unterstützen. Eine besondere Rolle spielen dabei Integrationsnetzwerke, welche den Austausch aller Integrationsakteure ermöglichen. Diese gilt es zum Zwecke einer besseren Kommunikation zu koordinieren, um ggf. entstandene Doppelstrukturen zu vermeiden.

Ehrenamtliches Engagement bei der Integration fördern

Wir unterstützen und stärken das Ehrenamt. Diese Unterstützung muss dort ansetzen, wo sie tatsächlich benötigt wird. Deshalb treten wir proaktiv in den Dialog mit Ehrenamtlichen, die Geflüchtete bei ihrem Integrationsprozess begleiten. Gemeinsam mit ihnen werden wir Angebote wie „Integrations-Guides“ in den Quartieren entwickeln, die die Kultur und Regeln ebenso vermitteln wie Sicherheit im Umgang mit Behörden und Verwaltung. Wir stützen uns dabei auf den breiten Erfahrungshorizont und die große Expertise der Ehrenamtlichen.

Landesfinanzierte Sprachkurse verbessern

Für Duldungsinhaber und Asylsuchende mit einer Aufenthaltsgestattung, die nicht aus einem sicheren Herkunftsland stammen und in Hamburg gemeldet sind, bietet die Hansestadt Hamburg spezielle landesfinanzierte Sprachkurse im Rahmen des Programms „Deutschkurse für Flüchtlinge“ an. Somit bekommen Menschen, die keinen Zugang zu einem vom BAMF finanzierten Integrationskurs haben, die Chance, in 300 Unterrichtsstunden Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben. Junge Asylsuchende und Geduldete, die über einen Schulabschluss oder eine arbeitsmarktnahe Qualifizierung verfügen oder Eltern minderjähriger Kinder sind, werden hierbei in besonderer Form berücksichtigt.

Wir wollen Asylsuchenden und Geduldeten mit guter Bleibeperspektive das Erlernen der deutschen Sprache frühzeitig ermöglichen und deshalb die Sprachförderangebote des Bundes durch die landesfinanzierte Sprachförderung sinnvoll zu einem Gesamtförderkonzept zu ergänzen, das der tatsächlichen Nachfrage entspricht. Die Sprachförderangebote unterschiedlicher Träger wollen wir aufeinander abstimmen, ausbauen und Angebotslücken schließen, Doppelstrukturen vermeiden und die Übergänge zwischen verschiedenen Sprachförderangeboten durchlässiger gestalten sowie die ergänzenden Angebote auf ehrenamtlicher Basis unterstützen.

Alle Geflüchteten müssen von Sprachkursen profitieren

Im Jahre 2016 hatten fast 4.800 Menschen mit kurzzeitiger Aufenthaltsgestattung in der Hansestadt Hamburg keinen Zugang zu Sprachkursen, weder BAMF- noch landesfinanziert. Die Betroffenen sollen von ehrenamtlichen Sprachlernangeboten aufgefangen werden, was angesichts der großen Zahl an Teilnehmern nur schwer umsetzbar ist. Wir wollen die Mindestgültigkeitsdauer der Aufenthaltsgestattung als Voraussetzung für die Teilnahme am Sprachkurs senken. Das entlastet die Situation und leistet zugleich einen kleinen Beitrag zur Entwicklungsarbeit, selbst wenn diese Menschen letztendlich aus Deutschland ausreisen.

Abbrecherquote bei Sprachkursen reduzieren

Nur etwa ein Drittel aller Teilnehmer von Sprachkursen im Rahmen des Landesprogramms schließt mit einer Zertifizierung ab. Diesen Anteil gilt es durch präzise eingesetzte Maßnahmen zu steigern. Es braucht daher ein fortlaufendes und umfangreiches Monitoring der Kurse und Teilnehmer. Wir setzen uns für die Einführung eines

ganzheitlichen, datenbasierten Controllings der landesfinanzierten Sprachkurse ein, wobei die Teilnehmer sowie Kursträger und Lehrkräfte befragt werden. Anhand des umfangreichen Datenmaterials wäre ein Controlling der Sprachkurse im Hinblick auf Erfolge, aber auch auf notwendige Anpassungen möglich. Diese Aufgabe sehen wir beim Flüchtlingszentrum Hamburg, welches über die Platzvergabe entscheidet und die Kurse koordiniert. Um die hohe Abbrecherquote zu reduzieren, sollten auch Sanktionsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Das kommt nicht nur dem Lernerfolg der Teilnehmer zugute, sondern erhöht gleichzeitig die Planungssicherheit der Kursträger.

Bürokratieabbau bei den Sprachkursen

Die Anbieter von Sprachkursen im landesfinanzierten Programm stehen bei der Abrechnung vor hohen bürokratischen Hürden. Die Abrechnungsmodalitäten unterscheiden sich von denen der BAMF-finanzierten Kurse. Dies ist mit hohem Zeitaufwand auf Seiten der Kursträger verbunden. Wir wollen daher die Angleichung der Abrechnungsmodalitäten an die Grundsätze und Abrechnungsvorgaben der regulären BAMF-Integrationskurse erreichen. Damit würden z.B. gleiche Kriterien für die Fahrtkosten entstehen.

Frauen zur Teilnahme an Sprachkursen motivieren

Der Anteil an Teilnehmerinnen an den Sprachkursen ist noch immer nicht zufriedenstellend und muss erhöht werden. In vielen Familien sind es die Frauen, die als Multiplikatorinnen für die Integration der gesamten Familie dienen, deshalb ist ein Empowerment an dieser Stelle so wichtig. Frauen in den Unterkünften sollten durch aufsuchende Arbeit gezielt angesprochen und motiviert werden, einen Sprachkurs zu besuchen. In der Praxis haben sich auch Kurse mit paralleler Kinderbetreuung bewährt, diese gilt es bedarfsgerecht auszubauen, damit Mütter schon frühzeitig Deutschkenntnisse erwerben können. Eine spezielle Beratung kann dabei helfen, Ängste und Unsicherheiten abzubauen und die Frauen zu bestärken, diese Angebote anzunehmen.

Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Teilnehmer verbessern

Lehrkräfte müssen im Vorfeld besser über das Programm informiert werden. Sinnvoll wären zudem professionell durchgeführte Konfliktbewältigungsseminare, in denen die Kursleiter Methoden der Konfliktvermeidung, Deeskalation sowie den Umgang mit Aggressionen und psychischen Belastungen erlernen. Wir sehen hier auch das BAMF in der Pflicht und verlangen eine bessere Zusammenarbeit und engeren Austausch der Fachabteilungen auf Bundesebene mit den Verantwortlichen auf Landesebene.

Echte Anschlussmaßnahmen schaffen

Das landesfinanzierte Konzept ermöglicht es den Teilnehmern, Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erlangen. Laut BAMF-Fachkonzept erreichen Teilnehmer

selbst nach 600 Unterrichtseinheiten maximal das Sprachniveau B1. Für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Arbeitsmarkt wird mindestens ein B2-Sprachniveau, für ein Studium sogar C1+ benötigt. Erfolgreiche Integration erfordert fundierte Sprachkenntnisse, das B1-Niveau reicht nicht aus, um sich sicher auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu bewegen. Deshalb wollen wir bessere Anschlussmaßnahmen schaffen, die den Teilnehmern den Erwerb von Sprachkenntnissen auf einem höheren Niveau ermöglichen.

Das derzeitige Programm KompAS der Bundesagentur für Arbeit gilt als Anschlussmaßnahme an die landesfinanzierten Sprachkurse, schließt aber die Gruppe der Geduldeten sowie Menschen aus Ländern mit einer sogenannten „unsicheren Bleibeperspektive“ aus. Eben diese sind jedoch die Zielgruppe der landesfinanzierten Sprachkurse. KompAS kann also für viele Teilnehmer der landesfinanzierten Sprachkurse keine verwertbare Anschlussmaßnahme darstellen. Wir wollen Bildungsübergänge besser gestalten, indem wir adäquate Anschlussmaßnahmen schaffen und lange Pausen zwischen den einzelnen Angeboten vermeiden. Dazu ist es wichtig, Deutschkurse ab B2-Niveau, berufsbezogene Deutschkurse sowie weitere Maßnahmen zur Berufsvorbereitung für die Teilnehmer der landesfinanzierten Sprachkurse zu öffnen. Wir setzen uns für die Schaffung von echten Anschlussangeboten ein, die die Menschen auf ihrem Integrationsweg weiterbringen.

Chancen ermöglichen – ein Schutzstatus für geflüchtete Studenten

Wenn ein junger Mensch mit dem Schutzstatus einer Duldung bis zur Beseitigung der Gründe für die Nichtdurchführung der Abschiebung ein Studium beginnt, dann schwebt die drohende Abschiebung während seines Studiums stets wie ein Damoklesschwert über ihm. Wir wollen aber, dass kluge Köpfe in Deutschland gehalten werden. Daher setzen wir uns dafür ein, das erfolgreiche Modell der Ausbildungsduldung analog auch bei Studenten anzuwenden. Durch klare Vorgaben wie ein Maximalalter von 35 Jahren und die Verpflichtung zum Nachweis guter Studienleistungen wird verhindert, dass es hier zu Missbrauch kommen kann.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit nachhaltig bekämpfen

In Hamburg sind immer mehr hier lebende oder sich länger aufhaltende Menschen von Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit betroffen. Mietschulden und Mietzahlungsschwierigkeiten sind mit 85% der häufigste Grund für den Verlust der eigenen Wohnung; vorangegangen sind oftmals persönliche Schicksalsschläge.

Für eine bessere Prävention wollen wir den Zugang zum Wohngeld erleichtern und Mediationsstellen mit geschultem Personal für eine bessere Vermittlung zwischen Mietern und Vermietern einführen. Teilkompetenzen aus dem ordnungsrechtlichen, sozialrechtlichen und wohnungsmarktrechtlichen Bereich wollen wir unter einem Dach zusammenführen.

Wohnungs- und Obdachlose möchten wir mit individuellen Lösungen durch frühzeitiges Erkennen und Reagieren auf persönliche Schieflagen unterstützen. Bei der Reintegration von Wohnungs- und Obdachlosen setzen wir primär auf die Housing First-Strategie und aufsuchende Sozialarbeit“. Bei wohnungs- und obdachlosen EU-Bürgern wollen wir zudem verstärkt fremdsprachenkundige Sozialarbeiter sowie Streetworker einsetzen und die derzeitige „Perspektiv- und Rückkehrberatungen“ stärken.

In den Winternotquartieren sollen Räume eingerichtet werden, die mit Hund aufgesucht werden können. Hunde sind oft die einzigen Begleiter obdachloser Menschen.

Quartiersmanagement und Community-Center vor Ort etablieren

Zusammengehörigkeit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Reale oder gefühlte Ausgrenzung führt hingegen zu Abschottung und Vereinsamung, egal durch welche Ursache. Viele Probleme entstehen durch Kommunikationslücken. Wir wollen Angebote schaffen und Anreize setzen, um das Miteinander vor Ort zu stärken und Orientierung zu schaffen. Dafür wollen wir moderne Begegnungsorte im Rahmen der Quartiersplanungen schaffen, an denen auch Quartierlotsen angesiedelt sind. Um Interaktionen von unmittelbaren Nachbarschaften zu fördern, richten wir digital gestützte Quartiersplattformen ein.

Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros fördern

Hamburg ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Katastrophenschutz, z.B. bei DLRG oder Johanniter, Naturschutz, soziale und kulturelle Einrichtungen, Bildung und Sport würden ohne Freiwillige nicht funktionieren. Für sie muss es Rahmenbedingungen geben, die Engagement überhaupt möglich machen und sie unterstützen. Bei jungen Menschen, die sich engagieren, z.B. in der Jugendfeuerwehr, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie auch im Erwachsenenalter ein Ehrenamt übernehmen. Ehrenamtliches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit, sondern verdient viel Anerkennung.

Wir wollen Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros fördern, damit am Ehrenamt Interessierte ein passendes Engagement finden und bereits Engagierte sich vernetzen können. Zeitgemäße Internetpräsenzen sollen in übersichtlicher, gut strukturierter und verständlicher Form präsentieren, wo und wie sich Bürger einbringen können. Mit einer Ehrenamtskarte soll die Arbeit Ehrenamtlicher honoriert werden, die dafür kein Geld erhalten. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zertifikate erhalten, die bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden. Vorbild ist das Zeugnisbeiblatt für Schüler. Arbeitsgemeinschaften an den weiterführenden Schulen sollen sich mit politischen Fragestellungen im jeweiligen Bezirk auseinandersetzen können. Ehrenamtliche Tätigkeiten von Schülern sollen verstärkt als außerschulische Lernleistung und von Studenten als Ersatz zu Grundfertigkeitskurse, die sie ihm Rahmen ihres Studiums verpflichtend belegen müssen, anerkannt und angerechnet werden. Wir wollen ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik in Hamburg einführen. Die Jugendleiter-Karte soll freien Eintritt in staatliche Museen gewähren

und Jugendfonds in den Bezirken sollen von Kreisschüleräten und regionalen Jugendverbänden kooperativ verwaltet und für ihre Projekte genutzt werden dürfen.

13. Kultur fördern und Medienstandort ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen Hamburg zur Kulturhauptstadt des Nordens entwickeln. Hamburg braucht eine Kultur- und Medienlandschaft, die innovativ und vielfältig, hochwertig und spannend ist, die Magnetworkung auf alle Altersklassen und auf Menschen in aller Welt ausübt. Zu einer weltoffenen Metropole gehört für uns ein großes Maß an Lebensfreude. Kunst und Kultur auf qualitativ hohem Niveau können einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

International anerkannte Festivals, erstklassige Produktionen in Schauspiel, Oper, Ballett, Musical, Aufführungen in Konzerthäusern und eine lebendige, innovative Kunst-Szene sind für uns dafür genauso unverzichtbar wie eine lebendige Stadtteilkultur, die den kulturellen Austausch fördert. Ein vielfältiges und hochwertiges Kulturangebot birgt ein hohes Integrationspotenzial in sich und bietet gerade Neubürgern ein breites Spektrum an Möglichkeiten, emotionale Bindungen zu knüpfen und sich mit der Stadt zu identifizieren.

Den Standort Hamburgs als weltoffene Kulturmetropole fortentwickeln

In Hamburg fehlt neben der Elbphilharmonie seit vielen Jahren eine Konzerthalle mit einer Zuschauerkapazität von ca. 4.000 Plätzen. Die Entwicklung des Diebsteichquartiers bietet große Chancen für die Errichtung eines privat betriebenen Konzerthauses dieser Größenordnung auf dem ehemaligen Areal Thyssen-Krupp-Schulte an der Waidmannstraße.

Hamburg und seine Quartiere brauchen attraktive Orte der Begegnungen, an denen sich Hamburger und Menschen aus aller Welt treffen und intensive Momente des Miteinanders erleben. Dabei soll nicht nur die Elbphilharmonie, das neue Wahrzeichen Hamburgs und Anziehungspunkt vor spektakulärer Hafen- und Stadtkulisse, ein Ort für das gelebte Miteinander sein. Auch die bestehenden und neu entstehenden privaten und städtischen Museen sowie die Kunsthalle sind Orte der Begegnung. Sie vermitteln mit ihren Sammlungen und Ausstellungen geschichtliche Zusammenhänge und gewachsene Wertevorstellungen oder schlagen Brücken zwischen Tradition und aktuellen Trends. Die zeitgemäße Präsentation von Sammlungen und Ausstellungen soll den Besucher ansprechen, zum intellektuellen Diskurs, zur reinen Freude am Kunstwerk wie auch zur historischen Reflexion und aktuellen Identitätssuche auffordern. Interesse an neuen Ausdrucksmöglichkeiten und eine kritische Reflexion der Gesellschaft sollen ermöglicht werden.

Hierfür bedarf der Ausstellungsetat der Hamburger Kunsthalle dringend einer Erhöhung, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Durch freien Eintritt zu den städtischen Museen soll vor allem jungen Menschen der Weg zur kulturellen Teilhabe geebnet werden. Die Einrichtungen sollen zudem einen virtuellen mehrsprachigen Führer entwickeln, der allen Bürgern zur Verfügung steht. Er soll durch die dreidi-

mensionale Welt der Dauerausstellungen führen und über geschichtliche Hintergründe, Künstler und ihre Wirkung informieren.

Karl-Lagerfeld-Platz im Herzen der City

Für die weitere Entwicklung der Hamburger Innenstadt zwischen Stadthöfen, ABC-Viertel und Hanseviertel fehlt ein gemeinsamer stadtplanerisch-kultureller Bezugspunkt. In diesem Zusammenhang erscheint eine angemessene Würdigung des verstorbenen Designers Karl Lagerfeld in seiner Geburts- und Heimatstadt an einem prominenten Ort in der Hamburger City angezeigt. Vor diesem Hintergrund befürworten wir Freie Demokraten, den bisher unbenannten Platz zwischen Große Bleichen, Hohe Bleichen und Heuberg nach dem Designer und Europäer mit hanseatischen Wurzeln zu benennen.

Mehr Raum für Kreativität

Zugleich muss die Hamburger Kulturpolitik in einem produktiven Spannungsverhältnis zwischen Subkultur und kommerziellen Nutzungsinteressen der freien Szene mehr Raum für Kreativität gewähren. Aus Liebe zur Musik soll mehr ausprobiert, experimentiert aber auch Höchstleistung ermöglicht werden. Hamburgs Bands, Songwriter und DJs sind international beachtet, der Musikstil der „Hamburger Schule“ ist seit den 90er Jahren für viele Bands in Deutschland prägend.

Die Weiterführung der jährlichen Festivals Reeperbahn und Dockville sowie den Erhalt der über 100 Musikclubs wollen wir unterstützen, denn sie machen Musik zum Erlebnis und Hamburg zu einem Ort, an dem sich Musiker aus Leidenschaft einem Beruf widmen. Ein Budget für weitere Entwicklungen muss zur Verfügung gestellt werden.

Kulturticket einführen

Hamburg bietet ein hervorragendes kulturelles Angebot. Wir setzen uns dafür ein, zusammen mit den Veranstaltern ein landesweites Projekt ins Leben zu rufen, das die Angebote bündelt und strukturiert. Über ein Kulturticket soll Studenten und Auszubildenden ein vergünstigter Zugang zu möglichst allen kulturellen Einrichtungen gewährt werden. Ziel soll sein, Hamburgs Kulturangebote stärker bei jungen Menschen bekannt zu machen und den Zugang niedrigschwelliger zu gestalten. Dies könnte über eine eigene App für Smartphones realisiert werden, die Angebote gebündelt und tagesaktuell darstellt.

Kultur in den Stadtteilen stärken

Zu einer weltoffenen Kulturmetropole gehört auch eine vielfältige und innovative Stadtteilkultur, die Integrationsprozesse befördert, ein Gemeinschaftsgefühl entstehen lässt und die persönliche Identifikation der Menschen mit ihrem Wohnquartier stärkt. Vielfältige (inter-)kulturelle Angebote in den Stadtteilen sind ein wichtiges Element, um Menschen da zusammenzubringen, wo sie leben und arbeiten. Stadtteilkultur ist Kultur für alle und Bildung für alle. Sie bietet Teilhabemöglichkeiten für

jeden, und ist dadurch besonders geeignet, Demokratieverständnis, gegenseitige Toleranz und Respekt gegenüber Andersdenkenden zu fördern. Stadtteilkultur ist ein starker Faktor in dem Bemühen, Neubürgern aus anderen Kulturen die Integration zu erleichtern. Stadtteilkulturzentren, Bürgerhäuser und Jugendclubs wie auch eine vielfältige Atelierlandschaft sind hierbei als Treffpunkte und Orte kreativer Kunst unverzichtbar.

Doch die Einsicht in diese, für den künftigen Zusammenhalt unserer Gesellschaft essenzielle, Herausforderung ist noch keine Selbstverständlichkeit. Die Bezirke verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, um dieser so wichtigen Aufgabe nachzukommen. Diese Mittel müssen von der Bürgerschaft bereitgestellt werden. Um Erstklassigkeit in der Stadtteilkultur zu erreichen, bedarf es einer nachhaltigen und soliden Finanzierung, die auch den tariflichen Erhöhungen der Mitarbeitergehälter Rechnung trägt.

Grundsätzlich sehen wir die Notwendigkeit, für je 50.000 Einwohner sowohl eine Jugendeinrichtung als auch ein Stadtteilkulturzentrum oder Bürgerhaus anzubieten. Und das nicht nur in angesagten Quartieren, sondern vor allem in sozial benachteiligten Wohnvierteln. Dies wollen wir zusätzlich mit Stadtteilfonds und Stiftungen für die Stadtteilkultur unterstützen, in denen sich Hamburger Unternehmen und Bürger eines Stadtteils gemeinsam mit der Stadt engagieren.

Bei der Entwicklung neuer Quartiere sind die Bedürfnisse von freien Gruppen der Musik-, Theater- und Kunstszene zu berücksichtigen und in die Planung einzubeziehen (Räume für Proben, Aufführungen und Ateliers), um auf diese Weise die kulturelle Belebung neuer Nachbarschaften zu ermöglichen. Mit digital gestützten Quartiersplattformen wollen wir zudem die soziokulturelle, gleichsam funktionale und ökonomische Vernetzung zwischen den Lebensräumen fördern, um Interaktionen von unmittelbaren Nachbarschaften und innerhalb der Stadtquartiere zu ermöglichen und auf diese Weise neue Wege zum zwischenmenschlichen Austausch und zu verbesserter Integration zu bahnen.

Lesen als Kulturtechnik fördern

Die Kulturtechnik Lesen ist in allen Lebensaltern und sozialen Bereichen wesentlich für das Gelingen von Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit und zivilisierter Verständigung. Lesen können eröffnet den Zugang zu unserer Kultur. Doch die Kulturtechnik Lesen ist aus verschiedenen Gründen nicht mehr selbstverständlich und bedarf der Förderung. Auch infolge der verstärkten Einwanderung nach Deutschland hat die Zahl der Analphabeten zugenommen. Elementare Alphabetisierung von neuen und heimischen Nicht-Lesern ist unerlässlich.

Alle Schulen müssen mit Bibliotheken und Mediatheken ausgestattet werden. Ihre Nutzung muss die Freude am Lesen vermitteln, eine Lerneinheit über den Aufbau und den Gebrauch von Bibliotheken und Mediatheken verpflichtend sein.

Um die Lesemotivation von größeren Kindern bis etwa 12 Jahre zu erhalten, sollten Lesefeste, Lesewettbewerbe, aber auch übergreifende Aktivitäten wie Lesen-Darstellen und Filmen-Zeichnen stattfinden. Bestehende Angebote wie „Die Leselot-

sen“, ins Leben gerufen von den Hamburger Bücherhallen, müssen bekannter werden. Hier wird Menschen, die an ihre Wohnung gebunden sind, Lesestoff ins Haus geliefert.

Poetry Slams aufwerten

Mit dem „Kampf der Künste“ ist Hamburg die deutsche Hauptstadt der Poetry Slams. Diese modernen Dichter-Wettstreite müssen Leuchttürme unseres Kulturlebens werden. Die jährlich im Sommer stattfindende Hamburger Meisterschaft im Poetry Slam soll zu einem zentralen kulturellen Ereignis aufgewertet werden.

Aus dem von den beiden großen Hamburger Literaturvereinigungen Verband der Schriftsteller (VS) und Hamburger Autorenvereinigung (HAV) gemeinsam entwickelten „Literatrubel“ muss wieder ein echtes Kulturevent werden. Hamburger Schriftsteller und Dichter aus aller Welt lesen auf dem Rathausmarkt vor einem breiten Publikum.

Den Hamburger Denkmalschutz reformieren

Das am 1. Mai 2013 in Kraft getretene Denkmalschutzgesetz bedarf der Überarbeitung. Insbesondere die viel zu weichen Kriterien zur Bestimmung des Denkmalwerts eines Objekts erweisen sich zunehmend als Problem. In der Folge ist der Denkmalschutz unter dem rot-grünen Senat inkonsistent und beliebig. Es wurde nach Gutdünken durchregiert (siehe City-Hof). Der Denkmalschutz für Privateigentümer bleibt dabei sehr intransparent und führt oft zu Frustrationen.

Wir Freie Demokraten wollen einen Denkmalschutz, der Hamburgs bauliche Kulturschätze in Form von Denkmälern erhält, dabei aber für jeden Hamburger transparent und nachvollziehbar bleibt. Dazu gehört die Festlegung von konkreten Kriterien, die zur Erklärung zum Denkmal führen. Der Erhalt von Denkmälern soll gesichert und gleichzeitig eine innovative zukünftige Nutzung der Gebäude ermöglicht werden. Dies erfordert neue Regelungen bezüglich der Ein- und Umbauten: Umbauten sollen immer dann möglich sei, wenn sie nach fachlicher Beurteilung den historischen Wert und Charakter des Denkmals erhalten.

Der Denkmalrat soll zu einer unabhängigen Institution ausgebaut und mit einem Etat für eigene oder externe Fachgutachten ausgestattet werden. Vor dem Abriss städtischer Denkmäler muss eine Zustimmung des Denkmalrats erfolgen. Er soll die Funktion als Mediator zwischen Fachbehörden und Eigentümern einnehmen. Eine Servicestelle Denkmalschutz soll eingerichtet werden, die den ersten Anlaufpunkt bei allen praktischen Fragestellungen von Hamburgern zum Thema Denkmalschutz darstellt.

Tanzverbot abschaffen

Wir setzen uns für die Aufhebung des an stillen Feiertagen obligatorischen Tanzverbots ein. Der Umgang mit kirchlichen Feiertagen soll Bürgern und Veranstaltern selbstverantwortlich überlassen werden.

Medienstandort Hamburg ausbauen

Hamburg ist ein führender Medienstandort in Deutschland. Auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt ist eine vielfältige Medienlandschaft mit einem Gesamtumsatz von 25 Mrd. Euro angesiedelt, in der rund 70.000 Beschäftigte in über 14.000 Unternehmen arbeiten. Hamburg gilt als „Kreativ-Hauptstadt“ und ist mit seinen Werbeagenturen in nationalen wie internationalen Wettbewerben stets im Spitzensegment präsent. Wir Freie Demokraten wollen, dass unsere Stadt ein wichtiger Standort bleibt und unterstützen die Ausbildung in diversen Journalistenschulen und fördern Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Medien. Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität Hamburgs als Produktionsstandort für Film und Serien zu stärken.

Die modernen Kommunikationstechnologien, die globale Vernetzung durch das Internet und der schnelle Austausch von Daten und Informationen eröffnen jedem Einzelnen bisher ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung. Die Digitalisierung schafft mehr Freiheit für mehr Menschen, nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen miteinander in Verbindung zu treten, sich zu beteiligen und kreativ zu betätigen. Sie verändert die Wirklichkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Damit stellt die Informationsgesellschaft auch das Recht vor neue Herausforderungen. Für uns Liberale gilt dabei online wie offline, dass die Grundrechte geachtet werden müssen, denn die Freiheit verteidigt man nicht, indem man sie aufgibt.

Unsere Medienpolitik fördert Maßnahmen, die einen Ordnungsrahmen für publizistische Medien schaffen und deren Spielraum definieren, sie ist Teil unseres liberalen Anspruchs zum Schutz der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit der Bürger.

Wir wollen die Attraktivität des Standortes für Medienexperten fördern. Die Digitalisierung und der damit verbundene Veränderungsdruck stellen diese Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten in den Fokus liberaler Politik. Denn die Fähigkeiten von Media-Experten sind heute überall gefragt, besonders auch in der IT-Wirtschaft.

Flexible Arbeitszeiten sind für Medienarbeiter Standard, auch beim Arbeitsort nimmt die Agilität zu: Mehr als 80 % der Media Worker arbeiten ohne feste Arbeitszeiten, zudem sind 55 % der Befragten auch bei der Wahl des Arbeitsorts flexibel. Deshalb werden wir dafür eintreten, die Attraktivität unserer Stadt, insbesondere durch die Modernisierung der technischen Infrastruktur dauerhaft zu steigern, um diese Berufsgruppe an Hamburg zu binden.

Auch im Bereich Medien werden KI-Technologien und -Methoden in zunehmendem Maße eingesetzt und verändern damit Prozesse und Arbeitsinhalte, Kostenstrukturen und Erlösströme. Liberale Politik unterstützt die Möglichkeiten und Entwicklungschancen, die sich durch den Einsatz künstlicher Intelligenz ergeben. Neben der Medienproduktion, in der es bereits eine Reihe von Beispielen für den Einsatz von KI und autonomen Systemen gibt, sind diese Systeme auch für das Design und die Vermarktung von Medienprodukten interessant und vielversprechend.

14. Sport und Bewegung für die Active City

In unserer Gesellschaft haben Sport und Bewegung einen hohen Stellenwert sowohl als Freizeitgestaltung als auch im Rahmen einer Gesundheitsvorsorge sowie bei der Integration von Zuwanderern. Deshalb ist eine gute Sport- und Freizeitinfrastruktur ein wichtiger Standortfaktor für Hamburg. Das städtische Angebot soll sich an dem veränderten Sport- und Freizeitverhalten der Nutzer orientieren. Dabei bekennen wir uns zur Selbstverwaltung im organisierten Sport und fördern die Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Hamburger Sport.

Integration der Strategie „Active City“ in die „Dekadenstrategie Sport“

Die 2011 vom Senat beschlossene „Dekadenstrategie Hamburg macht Sport“ läuft im Jahre 2021 aus. Schon jetzt ist absehbar, dass bis 2021 die Erfüllung aller Ziele dieser Strategie nicht erreicht werden wird. Um hiervon abzulenken, vermeidet der Senat diesen Begriff aktuell und betont stattdessen die Strategie „Active City“, die in der Beschreibung ihrer Ziele sehr viel weniger konkret ist. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Fortschreibung der Ziele der „Dekadenstrategie Sport“ für die nächsten zehn Jahre und die vollständige Umsetzung der Projekte des „Masterplan Active City“ ein.

Zudem sollen verbindliche Qualitätskennzahlen zu Quantität und Qualität der öffentlichen Sportstätten im Haushalt festgeschrieben werden. Damit erreichen wir eine bedarfsgerechte Priorisierung der Sanierungen von Sportstätten und eine konkrete Abbildung der notwendigen Maßnahmen.

Höhere Grundförderung und Planungssicherheit für den organisierten Sport

Die Sportförderung in Hamburg muss neu gedacht werden. Die Förderzeiträume müssen im Sinne der Planungssicherheit ausgeweitet werden. Die Förderhöhe muss in allen Förderpositionen mindestens einen jährlichen Inflationsausgleich erhalten. Hierfür kann die Einführung eines Sportfördergesetzes eine Antwort sein.

Eine weitere Komponente zusätzlicher Sportförderung kann die Beteiligung des gemeinnützigen Sports an Sportwetteneinnahmen sein. Hierfür bedarf es einer seit langem überfälligen rechtssicheren Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrages.

Sportflächenbestand in den Quartieren sichern

Der quantitative Sportflächenbestand in Hamburg ist seit 2013 sukzessive verringert worden. Als Global Active City ist dies keine gute Bilanz für Hamburg, die es umzukehren gilt. Wir wollen Stadtentwicklung und Sportentwicklung zusammenführen, denn wohnortnahe Sport- und Bewegungsmöglichkeiten erhöhen die Lebensqualität und fördern den sozialen Zusammenhalt in Hamburgs Stadtteilen. Dies gilt es besonders bei der Planung neuer Wohnquartiere zu berücksichtigen.

Um die angemessene Berücksichtigung der Sportbedarfe in zukünftigen Quartieren zu gewährleisten, ist die umfassende Einbeziehung des Hamburger Sportbundes als

Vertreter des Sports bei allen Maßnahmen der Quartiersentwicklung erforderlich. Zur Verbesserung der Koordination und um die Zuständigkeiten auf eine verantwortliche Dienststelle zu konzentrieren, empfehlen wir die Schaffung einer übergeordneten Instanz, die in allen Planungsvorhaben die Interessen des Sports verbindlich vertritt.

Wohnungsbau und Sportflächen integriert planen

Wir setzen uns dafür ein, dass Hamburg als wachsende Stadt in der Zukunft mehr und nicht weniger Sportflächen nachweisen kann. Dabei unterstützen wir die Schaffung von zentralen Sportparks, soweit diese verbesserte Trainingsbedingungen für umliegende Vereine ermöglichen, lehnen jedoch die Umnutzung von wohn- und quartiersnahen Sportflächen ab. Deren Erhalt bedeutet ein Angebot von Vereinen für die jüngsten Sportler nach dem Motto „kurze Beine kurze Wege“, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für den unorganisierten Sport von Anwohnern sowie Ausweichmöglichkeiten im Fall von Überbelegungen. Staatliche Schulsporthallen müssen bei Standortverlegungen dem Vereinssport unter der Verwaltung der Bezirksamter erhalten bleiben.

Schaffung vertikaler Sportflächen

Auch Hamburgs Flächen sind endlich. Deshalb soll das Flächenpotenzial der Dächer großer Gebäude künftig für eine Erweiterung der Sportflächen genutzt werden. Der Gebäudebestand muss hierfür auf Tauglichkeit geprüft werden. Im Neubau ist gerade bei der Planung neuer Quartiere die Möglichkeit vertikaler Sportflächen künftig mitzudenken und von Beginn an zu berücksichtigen.

Erhalt und Modernisierung von Sportstätten zukunftsorientiert planen

Hamburgs Sportflächen müssen regelmäßig instandgesetzt und renoviert werden, um ihre Qualität zu erhalten. Wir Freie Demokraten wollen sie auch stetig modernisieren, um dem Anspruch an eine Sportstadt Hamburg zu genügen.

Eine langfristige und auch für die Zukunft verbindliche Planung der erforderlichen Mittel im Haushalt gibt es jedoch ebenso wenig wie festgelegte Vorgaben, die Qualität der Sportanlagen stetig anzuheben. Mit der Festschreibung verbindlicher Qualitätszahlen im Haushalt auf Basis des ermittelten Investitionsbedarfs wollen wir hier eine solche Zukunftsplanung steuern. Gleichzeitig ist aber auch eine optimale Ausnutzung von Schulsportstätten durch den Vereinssport außerhalb des Schulbetriebes unabdingbar, um den Bedarf an Sportstätten insgesamt abzudecken.

Deswegen muss die bisher weitgehend getrennt betriebene Investitionsplanung für Schulsportstätten mit der oben beschriebenen Planung für bezirkliche Sportanlagen zu einem Zukunftsplan Sportstättenbau für Hamburg verschmolzen werden. Die bestehenden Ansätze, Vereins- und Verbandsinteressen durch Vertreter in entsprechenden Planungsbeiräten und Arbeitsgemeinschaften rechtzeitig einzubeziehen, sind dabei ebenso zu bündeln und auszubauen.

Nutzungszeiten der vorhandenen Sportflächen erweitern

Der Bedarf an Sportstätten ist insbesondere aufgrund des stetigen Zuzuges nach Hamburg nach wie vor ungebrochen. Neben dem Neubau von Sportstätten kommt es daher wesentlich darauf an, die vorhandenen Sportstätten optimal auszulasten und zu nutzen. Hierzu gehören Maßnahmen wie die Ausweitung der Nutzungszeiten in Schulsportshallen von derzeit 22.00 Uhr bis mindestens 24.00 Uhr, die Durchführung möglicher baulicher Veränderungen der Sportstätten wie z.B. die Umwandlung von Grand- und Rasen-Sportplätzen zu Kunstrasenplätzen, der Einbau moderner Schließanlagen in Sporthallen und die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen wie z.B. die Errichtung von Trainings-Lichtanlagen oder -Lärmschutzwänden.

Länderöffnungsklausel für Sportlärm

Bei allem Verständnis für das Interesse der Anwohner von Sportstätten darf Sportausübung nicht über Gebühr durch überzogene Reglementierungen im Bereich Lärmschutz eingeschränkt werden. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Neuregelung der Sportstätten-Lärmschutzverordnung, wonach Bestandsschutz in Bezug auf Lärmimmissionen für die Anlagen besteht. Dieser Bestandsschutz muss auf alle Altanlagen ausgeweitet werden (nicht nur die mit einem Baujahr vor 1991). Auch wurden die Richtwerte für Sportlärm erhöht. Damit ist es aber noch nicht getan. Deshalb wollen wir das „Kinderlärmprivileg“ auch auf Sportanlagen übertragen. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, Geräusche von Kindern und Jugendlichen auf Sportanlagen anders zu behandeln als auf Spielplätzen.

Traditionelle Sportstätten für den Pferdesport sichern

Bereits vor mehreren Jahren wurde auf Landes- und Bezirksebene über eine Erweiterung der Anlage in Horn zu einer Doppelrennbahn diskutiert, seitdem stehen Senatsentscheidungen zur Errichtung und zur Finanzierung aus.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, an der Realisierung einer Doppelrennbahn in Horn festzuhalten und die Planungen zügig fortzusetzen, sofern die Pferderennsportvereine an ihren Planungsabsichten festhalten und sich über Mäzene an den Investitionskosten namhaft beteiligen sowie einen wirtschaftlichen Betrieb ohne laufende Zuschüsse der Stadt nachweisen.

Ebenso zu modernisieren ist das Reiterstadion für den Springsport im Derbypark Klein Flottbek nach den Plänen im Masterplan Active City.

Sport hat viele Facetten – eSports ist eine davon

Mit der Digitalisierung hat sich auch der Sport verändert. Nicht nur auf dem Rasen, sondern auch vor dem Bildschirm werden Wettkämpfe ausgetragen. Längst begeistert eSports weltweit Millionen von Spielern und Zuschauern. Wir setzen uns daher für die Anerkennung von eSports als gemeinnützigen Sport ein, um den Aufbau von Vereinen zu unterstützen.

15. Stadt und Verwaltung modernisieren

Der Staat ist für den Menschen da! Daher muss sich aus unserer Sicht besonders die Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger orientieren und sich auf geänderte Lebensrealitäten einstellen, ohne dabei diejenigen zu verlieren, die mit der Fortschrittswelle nicht Schritt halten können. Doch die Verwaltung ist mehr als nur ein Dienstleister, sie sorgt auch für die Rahmenbedingungen, die eine florierende Wirtschaft ermöglichen. Aufgrund dieser wichtigen Ordnungsfunktion ist es so wichtig, dass die Verwaltung effizient und verlässlich arbeitet. Statt die Verwaltung in immer mehr Lebensbereiche eindringen zu lassen, wollen wir daher den Staat auf seine wichtigen Funktionen begrenzen, die er dafür aber gut erledigt.

Moderne und bürgerfreundliche Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen den Menschen den Umgang mit Behörden erleichtern und diese konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Bürger und Unternehmen sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen, um etwas zu erledigen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles Nötige erledigt werden kann – am besten online. So müssen alle Daten nur einmal erfasst werden, und vormals unterschiedliche Anmeldevorgänge bei unterschiedlichen Stellen werden synchronisiert.

Die Bürger Hamburgs erwarten einen kompetenten, zügigen und freundlichen Service. Genehmigungen müssen daher schneller erteilt werden und es muss überprüft werden, ob teilweise wirklich eine Genehmigung erforderlich ist und nicht eine Anzeige reicht.

Die Verwaltung muss bürokratische Strukturen abbauen und mehr auf die proaktive Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmen setzen – nur so können Innovationen und ein digitales Ökosystem für Hamburg entstehen und Hamburg zur echten Smart City werden. Die papierlose Verwaltung ist unsere Vision.

Wir wollen die Modernisierung der Hamburger Verwaltung durch die digitale Kommunikation als vorrangigem Kanal, Umsetzung des Once-Only-Prinzips im Verwaltungshandeln und weitgehende Datenvernetzung unter Beachtung von Datensouveränität erreichen. Zur Entlastung und Weiterentwicklung der Kundenzentrum soll das Onlinezugangsgesetz nutzerorientiert gestaltet werden.

Wir wollen moderne Berufsbilder auch in der Hamburger Verwaltung einführen (z.B. Service Designer, UX-Engineers).

Englisch als Verkehrssprache

Die Verwaltung muss internationaler und weltoffener agieren. Die zunehmende Internationalität der Stadt erfordert eine Kommunikation nicht nur auf Deutsch, sondern insbesondere auch auf Englisch. Englisch soll zudem als weitere Verkehrssprache eingeführt werden.

Weil es die Zeit der Bürger ist – digitale Verwaltung

Wir setzen uns dafür ein, jede behördliche Dienstleistung in elektronischer Form über das Internet bereitzustellen. Termine beim Kundenzentrum sollen somit zur Ausnahme werden. Für die wenigen Fälle, in denen ein persönliches Erscheinen notwendig ist, wie der Beantragung von Ausweisdokumenten, sollen alle Formalia vorab online erfolgen, sodass nur noch die Identität bei Abholung vor Ort überprüft werden muss.

Wir wünschen uns, dass all diese Vorteile auch Personen eröffnet werden können, welche keine „Digital Natives“ sind. Gutverständlich, mit einfachen Angaben und möglichst wenig Klicks ist so barrierefrei zu gewährleisten, dass möglichst alle Bürger die Angebote nutzen können. Wir wissen aber auch, dass die Lebensrealität einiger Mitbürger, für die selbst niedrigschwellige Online-Angebote eine zu hohe Hürde darstellen, anders aussieht. Deshalb muss es auch weiterhin die Möglichkeit geben, Verwaltungsdienstleistungen vor Ort zu erhalten. Terminvereinbarungen müssen daher auch per Telefon oder im Kundenzentrum möglich sein.

Die Verwaltung als attraktiver Arbeitgeber

Im ständigen Ringen um die besten Köpfe in unserem Land muss die Verwaltung als Arbeitgeber attraktiver werden. Ein wichtiger Vorteil der Verwaltung ist die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch behördens- und arbeitsplatznahe Kinderbetreuungsangebote, Ausbau von mobiler Arbeit und Home-Office wollen wir die Behörden noch familienfreundlicher machen. Führungspositionen sollen nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass diese auch in Teilzeit wahrgenommen werden können.

Um bestehende Defizite in den Hamburger Behörden anzugehen, streben wir Freie Demokraten eine (Re)auditierung „Beruf und Familie“ aller Hamburger Behörden an.

Wir wollen Diversität in der öffentlichen Verwaltung stärken, denn davon profitieren sowohl die Bürger, da die Belegschaft durch unterschiedliche Perspektiven zielgerichtet auf ihre Anliegen und Bedürfnisse eingehen kann, als auch die Verwaltung selbst, die sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren kann.

Der Staat kann es sich nicht leisten, auf gute Kräfte aufgrund von Vorurteilen zu verzichten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Bewerbungen für die öffentliche Verwaltung bis zur persönlichen Vorstellung anonym ohne Angabe von Bild, Namen, Herkunft, Familienstand und Geschlecht zu ermöglichen.

Wahl der Bezirksamtsleitung

Wir Freie Demokraten treten dafür ein, die Bezirksamtsleitungen nach jeder Bezirksversammlungswahl für die Dauer der gesamten Wahlperiode zu wählen.

16. Finanzen – Haushalt und Konzern entschulden

Wir Freie Demokraten stehen für eine nachhaltige Politik, die rechnen kann. Der Abbau des doppischen Haushaltsdefizits und die Entschuldung der Stadt bzw. des „Konzerns“ Hamburg haben für uns daher die höchste Priorität. Wir nehmen das Prinzip „pay as you go“ ernst. Notwendige Mehrkosten müssen durch Einsparungen an anderer Stelle vollständig finanziert werden.

Hamburg entschulden

Es zeigt sich, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ihre Wirkung lediglich bei althergebrachter Einnahmen-Ausgabenrechnung (Kameralistik) entfaltet, jedoch nichts über die wirtschaftliche Lage der Stadt aussagt. In Wahrheit ist der Konzern Freie und Hansestadt Hamburg – also Kernhaushalt zusammen mit allen öffentlichen Unternehmen – überschuldet. Zwischen Vermögen und Schulden klafft eine Lücke von 24 Mrd. Euro, ein Privatunternehmen müsste in diesem Fall Insolvenz anmelden.

Deshalb treten wir Freie Demokraten für eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten solide Finanzpolitik und Buchführung (Doppik) ein, mit dem Ziel, die Überschuldung zunächst im Kernhaushalt und bis 2050 im Konzern nachhaltig abzubauen. Das geht nur, wenn wir von der bisherigen kameralen zur ehrlichen doppischen Schuldenbremse übergehen und diese in der hamburgischen Verfassung festschreiben. Für den Schuldenabbau wollen wir zusätzliche Einnahmen und Zinseinsparungen zur Nettoschuldenentlastung verwenden. Über den Bundesrat werden wir verhindern, dass der Bund den Ländern weitere finanzielle Lasten aufbürdet – hier setzen wir auf das Bestellerprinzip: „Wer bestellt, der bezahlt!“.

Um die Kontrollrechte des Parlaments zu stärken, soll die Bürgerschaft das Recht der regelmäßigen Befassung bei großen Kreditaufnahmen (> 50 Mio. Euro) in öffentlichen Unternehmen erhalten. Wir werden für Transparenz im Sponsoring der öffentlichen Unternehmen sorgen und die regelhaften Zuwendungen der Stadt kritisch überprüfen, insbesondere auf Doppelförderung und Sinnhaftigkeit.

Ein schlanker und leistungsfähiger Staat

Die finanzielle Konsolidierung wird nur mit systematischer Aufgabekritik und Vermeidung von Doppelarbeit gelingen. Deshalb wollen wir eine umfassende Aufgabekritik in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Anzahl der Verwaltungseinheiten auf jeder Ebene zu reduzieren. Dabei gehören alle gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen auf den Prüfstand, um sie zu evaluieren und gegebenenfalls ersatzlos zu streichen. Wo es rechtlich möglich ist, sollen Genehmigungs- und Informationserfordernisse durch Genehmigungsfiktionen ersetzt werden.

Alle Beteiligungen der Freien und Hansestadt werden daraufhin überprüft, ob sie zur Daseinsvorsorge oder aus strategischen Gründen erforderlich sind oder ob aus ord-

nungspolitischen Gründen eine Privatisierung geboten ist. Diese Aufgabenkritik sehen wir als Daueraufgabe an.

Bei den Investitionen muss der Einsatz von Haushaltssmitteln zukünftig wieder effizienter erfolgen und damit den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen. Dies soll insbesondere dadurch erreicht werden, dass in Zeiten ohnehin ausgelasteter Baukapazitäten die entsprechende Nachfrage nicht unnötig vergrößert und damit die Preise erhöht werden.

Hinsichtlich der Personalkörper im öffentlichen Dienst muss eine verstärkte Hinwendung zu einem langfristig orientierten Personalmanagement erfolgen und der Wechsel zwischen Einstellungswellen und -stopps vermieden werden, der zu hohen Kosten beim Aus- und Abbauen von Ausbildungskapazitäten sowie zu ungünstigen Altersstrukturen in Personalkörpern führt. Dies führte bislang zu unnötigen, temporären Personalengpässen und Knowhow-Verlusten durch Ruhestandswellen sowie Stellenvakanzen.

Zum leistungsfähigen Staat gehört ein modernes und leistungsgerechtes Tarifsystem für den öffentlichen Dienst, dessen Entwicklung wir vorantreiben wollen, ebenso wie die Beschränkung der Verbeamtungen auf hoheitliche Aufgaben im engeren Sinne.

Die Rentenreformen wollen wir auf das Pensionswesen der Beamten übertragen und einen zukunftssicheren Versorgungsfonds für Hamburger Beamte einrichten.

Grundsteuer – fair für Kommunen und Steuerzahler

Bei der Neuordnung der Grundsteuer werden wir darauf achten, dass nach der Reform die Grundsteuer „bezahlbar“ bleibt, indem Hamburg die Öffnungsklausel im neuen Gesetz für ein Flächenmodell nutzt und nicht eine verkappte Vermögensteuer daraus macht. Eine „Baulandsteuer“ in Form der Grundsteuer C lehnen wir ab.

Im Rahmen der nächsten Föderalismusreform werden wir Hamburger Freie Demokraten uns für die Herauslösung der Grundsteuer aus dem Länderfinanzausgleich und ihre Abschaffung einsetzen. Stattdessen sollen kommunale Hebesätze auf Ertragssteuern die wegfallenden Einnahmen ersetzen. Um die Auswirkungen konjunkturabhängiger Schwankungen dieser Einnahmen abzufedern, soll die Sockelfinanzierung der Kommunen erhöht werden.

Die Bildung von Wohnungseigentum soll durch einen Grunderwerbsteuerfreibetrag für die erste, selbst genutzte Wohnimmobilie steuerlich gefördert werden. Die aktuelle Grunderwerbsteuer in Höhe von 4,5 % des Kaufpreises einer Immobilie soll nicht erhöht werden.

Eine Steuer- und Gebührenpolitik mit Augenmaß

Deutschland ist Hochsteuerland, sowohl für Bürger als auch Unternehmen. Dem steht Hamburg mit hohen Hebesätzen und Gebühren in nichts nach. Unsere Stadt muss attraktiv und bezahlbar bleiben.

Deshalb werden wir die Gewerbesteuerhebesätze in Hamburg senken, uns für eine Überprüfung der Gebührenordnungen mit dem Ziel einsetzen, dass Gebühren maximal in Höhe der verursachten Kosten erhoben werden.

Über den Bundesrat wollen wir uns weiterhin für den Abbau der kalten Progression einsetzen und die Ungerechtigkeit beseitigen, dass über die Hälfte einer Gehaltserhöhung dem Staat zufließt. Entschieden wehren wir uns gegen die Einführung neuer Steuern wie Finanztransaktionssteuer, Digitalsteuer, CO2-Steuer. Auch nach der Entscheidung des Bundestags wollen wir den Solidaritätszuschlag komplett streichen und alle Steuerzahler ausnahmslos entlasten.

Eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Durch die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs 2017 fließen den Ländern ab 2020 zusätzlich 9,7 Mrd. Euro aus Bundesmitteln zu. Eine Reform fand nicht statt, nur Umverteilung und Mehrbelastung für die Steuerzahler.

Wir wollen dagegen ein föderales Finanzsystem, das an die regionalen Wertschöpfung anknüpft, Wachstumsanreize setzt, die steuerliche Eigenverantwortung der Bundesländer stärkt, die Steuerautonomie der Länder durch ein eigenes, landesspezifisches Hebesatzrecht bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer festigt und die Finanzkraft und den Wettbewerb der Länder fördert.